

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 36 Nummern: monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugensburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkocht täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf., (zweiwöchentlich 25 Pf., dreiwöchentlich 30 Pf., vierwöchentlich 35 Pf., monatlich 40 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Monate über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 22. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

## Reichskanzler oder Reichstag?

Der vorgelegte „Gesetzentwurf über den Verkehr mit Leuchtöl“ will der privaten Vertriebsgesellschaft so außerordentlich weitgehende Befugnisse überlassen, daß selbst die Regierung eine gewisse Aufsicht durch das Reich für notwendig hält. Allerdings läßt sich die Regierung bei der Abmessung dieser Kontrolle mehr von der Absicht leiten, die Gesellschaft müsse nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen betrieben werden. Denn sonst hätte sich die Regierung wenigstens das Recht gesichert, selbst Aktien der Gesellschaft zu erwerben und dadurch einen direkten Einfluß auf die Geschäftsführung zu erlangen. Selbst diese als „gemischter Betrieb“ bezeichnete Form der Vereinigung zwischen privaten und kommunalen bzw. staatlichen Aktionären, die sich bei der Gründung und Unterhaltung von Lieferzentralen, Gas- und Elektrizitätsanlagen einzubürgern scheint, kann natürlich nicht den Konsumentenschutz bieten, wie ein volles Staatsmonopol; aber gegen die vorgeschlagene rein private Vertriebsform bietet solch ein gemischter Betrieb immerhin keine Vorzüge.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Aufsicht über die Vertriebsgesellschaft kann um so weniger genügen, als sie nur dem Bundesrat und dem Reichskanzler beziehungsweise seinem Kommissar vorbehalten bleiben soll. Der Hauptzweck des Gesetzes soll es doch sein, dem Konsumenten niedrigere Preise zu sichern. Das Reich selbst ist aber ebenso wie die Gesellschaft an hohen Gewinnen interessiert. Die fiskalischen Interessen laufen also mit denen der privaten Aktionäre parallel und es wird ganz selbstverständlich eintreten, daß auch die staatlichen Aufsichtsorgane mehr die Einnahmen des Staates als die Wünsche der Verbraucher berücksichtigen. Die vorgesehene Regelung, daß mit höheren Verkaufspreisen die Gewinne und die Reichseinnahmen sinken, bietet dagegen keinen genügenden Schutz. Zwar darf jetzt der schon recht hohe Verkaufspreis von 20 Pf. ab Tankanlage nicht überschritten werden, ohne daß die Gewinne von Reich und Aktionären sinken. Aber nach § 4 Ziffer 4 ist der Bundesrat befugt, diesen Durchschnittspreis heraufzusetzen und damit auch die Gewinnmöglichkeiten zu erweitern. Gedacht ist wohl daran, eine solche Erhöhung nur bei besonderen Verhältnissen in der Weltproduktion und auf dem Weltmarkt vorzunehmen. Aber wer bietet den Verbrauchern die Garantie, daß sie nicht auch in anderer Absicht vorgenommen wird? Die Befugnis ist für die Konsumenten von so großer Wichtigkeit, daß sie nur dem Reichstag überlassen werden kann.

Nun soll zwar der Bundesrat erst nach Anhörung eines Sachverständigenbeirates von 20 Personen den Durchschnittspreis, nachdem sich die Gewinnanteile gliedern, heraus- oder herabsetzen. Aber dieser Beirat wird für die Dauer von drei Jahren von dem Reichskanzler selbst ernannt. Es liegt kein Grund vor, daß nicht der Reichstag die Mitglieder wählt. Der Beirat hat insbesondere Vorschläge über die Ausbildung der Verkaufsorganisation sowie Beschwerden über die Vertriebsgesellschaft zu begutachten. Erweitert man diese Pflicht der Begutachtung durch das Recht eigener Wünsche, so stände die Vertriebsgesellschaft unter einer viel wirksameren Kontrolle. Das Versprechen, die Beiratsprotokolle dem Reichstag zugänglich zu machen, genügt dazu nicht.

Auch die übrigen recht weitgehenden Befugnisse der Aufsichtsorgane müßten diesem zweckmäßiger zusammengefaßt. Beirat übertragen werden, soweit nicht eine direkte Beaufsichtigung durch den Reichstag geboten ist. Die Wahl von Aufsichtsrat und Vorstand sowie Satzungen und Satzungsänderungen bedürfen nach dem Entwurf nur der Zustimmung des Reichskanzlers. Der Reichskommissar, dem die Teilnahme an Generalversammlungen, an Aufsichtsratsversammlungen, die Einsicht in sämtliche Geschäftsbücher und ein Vetorecht beim Leuchtölbezug zusteht, wird ebenfalls nur vom Reichskanzler ernannt.

Noch gefährlicher ist, daß eine Reihe von Vergünstigungen an die Vertriebsgesellschaft und Entschädigungen an die aufgelösten Unternehmungen dem Belieben von Kommissar, Kanzler und Bundesrat überlassen bleiben. So ist nach § 12 der Reichskanzler gar befugt, zur Deckung der Entschädigungen, die eigentlich der Vertriebsgesellschaft zufallen, Einnahmen des Reiches aus dem Petroleumgesetz zur Verfügung zu stellen. Die für die Veteranen und andere sozialpolitische Zwecke bereitgestellten Mittel können also durch den Kanzler ohne Zustimmung des Reichstages zugunsten der Vertriebsgesellschaft vermindert werden.

Völlig ausgeschaltet ist der Reichstag auch bei der Auflösung der Vertriebsgesellschaft. Nach § 1 des Gesetzentwurfes steht die Einfuhr, die Herstellung und der Großhandel von Leuchtöl ausschließlich dem Reiche zu. „Sofern das Reich diese Befugnisse nicht selbst ausübt, können sie durch den Bundesrat an Dritte übertragen werden.“ Die gesetzliche Bestimmung, daß nur durch Gesetz, d. h. Bundesrat und Reichstag gemeinsam, eine Übertragung möglich ist, würde die Klarheit über das Mitbestimmungsrecht des Reichstages bei der Auflösung der Vertriebsgesellschaft fördern. Nach § 15 ist der Reichskanzler befugt, die Vertriebsgesellschaft aufzulösen oder ihr die

übertragenen Befugnisse zu entziehen. Ebenso bedarf eine Selbstauflösung der Gesellschaft innerhalb der ersten 10 Jahre der Zustimmung des Reichskanzlers. Da das Gesetz überhaupt eine Übertragung an Dritte vorsieht, aber nur die an eine Vertriebsgesellschaft im einzelnen regelt und auch nicht eine Übernahme aller Einrichtungen durch das Reich als Zwang vorsieht, bleibt immerhin die Möglichkeit, daß der Bundesrat ohne Zustimmung des Reichstages die Monopolbefugnisse wiederum an einen Dritten überträgt. Selbst ein Beschluß des Reichstages auf Aufhebung des ganzen Gesetzes würde das nicht hindern können, da der Bundesrat ja nicht an den Willen des Volkes gebunden ist. Der Reichstag wird deshalb bei der Beratung des Gesetzes seine dauernde Mitwirkung um so mehr wahren müssen, wenn ihm nach eventueller Zustimmung nicht jede Handhabe fehlen soll, selbst das beabsichtigte Ziel, die Entlastung des Konsums, in der zweckmäßigsten Form durchzusetzen.

In dem Leitartikel vom 20. d. Mts. „Sichert ein Petroleummonopol niedrige Preise?“ hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Die Erhöhung des Verkaufspreises von 20 auf 21 Pf. würde den Gewinn der Aktionäre der Vertriebsgesellschaft um 286 858 M. schmälern, die Einnahmen der Produktionsgesellschaften dagegen um 8,8 (nicht 7,5) Millionen Mark erhöhen. Die Regierung legt übrigens nicht einen Konsum von 1000 Millionen Litern Leuchtöl, sondern nur von 600 Millionen zugrunde. Eine Erhöhung des Verkaufspreises von 20 auf 21 Pf. würde demnach für die Produktionsgesellschaften, falls sie ein Drittel des Konsums bestreiten, einen Gewinn von drei Millionen bedeuten.

Die von der Regierung berechnete Gewinnabelle würde durch die Berücksichtigung der Tatsache, daß Produktionsgesellschaften und Vertriebsgesellschaft ein sind, folgendes Bild erhalten:

Verkaufspreis	Gewinn der Vertriebsgesellschaft	Einnahme der Produktionsgesellschaften
22 Pf.	— 546 279 M.	+ 6 000 000 M.
21 „	— 286 858 „	+ 8 000 000 „
20 „	—	—
19 „	+ 747 610 „	— 8 000 000 „
18 „	+ 1 681 527 „	— 6 000 000 „
17 „	+ 2 848 180 „	— 9 000 000 „

Die Banken, die sowohl die Vertriebsgesellschaft als auch die Petroleumproduktionsgesellschaften finanzieren, haben also ein wesentlich größeres Interesse an hohen als an niedrigen Verkaufspreisen trotz der Gewinnkala des Gesetzentwurfes.

## Wiederaufnahme des Kampfes.

Dienstag früh sind die Feindseligkeiten bei Tschataldscha eingestellt worden. Vulgarische und türkische Unterhändler besprachen die Bedingungen, die zum Abschluß des Waffenstillstandes und dann zum Frieden führen sollten. Die Balkanstaaten forderten die Kapitulation von Adrianopel, Skutari und der anderen besetzten Plätze der europäischen Türkei; dafür sollte dieser Konstantinopel verbleiben. Die Forderung aber hat die bulgarischen Vorschläge nicht angenommen und ihr Generalissimus hat Befehl erhalten, den Kampf fortzusetzen. Es ist klar, daß der Misserfolg der bulgarischen Angriffe bei Tschataldscha der türkischen Regierung die Hoffnung gibt, doch noch mildere Bedingungen zu erhalten. Und noch ein anderes scheint die Pforte in ihrem Widerstand zu stärken: die Aussicht auf die Unterstützung durch Rußland. In der Tat scheint die russische Regierung auch diesmal wieder, wie schon so oft vorher, einen allzu großen Sieg der slavischen Brüder verhindern zu wollen. In einer schwachen Türkei sieht es eine bessere Stütze für seine Pläne, als in einem starken Balkanbund. Das gräßliche Massenmorden soll also nochmals beginnen, die Cholera ihren schrecklichen Todeszug fortsetzen. Es ist wirklich grauenhaft.

Was den österreichisch-serbischen Konflikt anlangt, so steht es jetzt fest, daß um den Herrn Prochaska kein Krieg geführt werden wird. All die Nachrichten, die die Wiener Offiziösen und namentlich die kriegerische „Reichspost“ in die Welt gesetzt und die deutsche Presse gläubig aufgenommen hat, haben sich als freche Lügen und frivole Erfindungen herausgestellt. Herr Prochaska, den die „Vossische Zeitung“ bereits als ein Opfer serbischer Mordgier betrauert hatte, lebt, ist völlig wohlbehalten und befindet sich in der Tat auf dem Wege nach Ueskub. Die serbische Regierung hat zugleich nach freilich viel zu langem Zögern die Forderung Oesterreichs erfüllt und einem österreichischen Kommissar die Möglichkeit gegeben, in Prizrend die gewünschte Untersuchung anzustellen. Sie hat zugleich erklärt, daß sie die völkerrechtliche Stellung der Konsulen in den eroberten Gebieten respektieren werde. Es scheint auch, daß Serbien auf Albanien, dessen Unabhängigkeit bei der bevorstehenden Ankunft Ismael Kemal in Durazzo proklamiert werden soll, keine Ansprüche mehr erhebt. Dagegen bleibt es bei seiner Forderung eines adriatischen Hafens und es heißt, daß serbische Truppen im Vormarsch auf Durazzo begriffen sind. Die österreichischen Offiziösen versichern nach wie vor, daß ihre Regierung in dieser Frage unnachgiebig bleiben werde und trotz aller Dementis wollen die Gerüchte über Truppenverschiebungen in Oesterreich aber auch in Rußland nicht verstummen.

**Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen.**  
Konstantinopel, 21. November. Die Pforte hat die bulgarischen Vorschläge nicht angenommen. Rasim Pascha erhielt Anweisung, den Kampf fortzusetzen.

**Die Kampfpause.**  
Sofia, 20. November. Infolge Einleitung der Verhandlungen zum Abschluß des von den Türken erbetenen Waffenstillstandes haben die vor Tschataldscha operierenden bulgarischen Truppen Befehl erhalten, die Feindseligkeiten einzustellen und sich innerhalb der eingenommenen Stellungen zu halten.

**Die Bedingungen.**  
Konstantinopel, 21. November. In den von den vier Balkanstaaten gestellten Bedingungen für einen Waffenstillstand und

Friedensschluß wurde der Verzicht auf die ganze europäische Türkei, Konstantinopel ausgenommen, verlangt.

**Die Bedingungen sind nicht endgültig.**  
Sofia, 21. November. Nach Mitteilungen von kompetenter Seite sind die Bedingungen der Balkanstaaten weder der Form, noch dem Inhalt nach intransigent und lassen sogar eventuelle Modifikationen durch die Verhandlungen zu, so daß anzunehmen ist, daß die Türken sie annehmen, und daß ein Waffenstillstand zustande kommt.

**Die Unterhändler.**  
Konstantinopel, 21. November. Zu Bevollmächtigten für die Verhandlungen über einen Waffenstillstand sind ernannt worden: der Generalissimus der türkischen Armee Nazim Pascha, der frühere Chef des Generalstabes Jazet Pascha und der Staatsrat Chadan Bey. Viel bemerkt wird hier, daß Bulgarien in seiner Antwort von der Ernennung von Bevollmächtigten zu Unterhandlungen nicht nur für den Abschluß eines Waffenstillstandes, sondern auch für den Abschluß des definitiven Friedens spricht.

**Oesterreich und Serbien.**  
**Der Konsul Prochaska.**  
Wien, 21. November. Die „Neue Freie Presse“ erhielt aus Prizrend ein vom 17. November nachmittags datiertes Telegramm des Konsuls Prochaska, in dem dieser mitteilt, daß er sich wohl befinde und nun nach Ueskub abreise.

**Die Vorstellungen in Belgrad.**  
Belgrad, 20. November. Der österreichisch-ungarische Gesandte von Ugron machte gestern beim Ministerpräsidenten Pasitsch in sehr ernstem Tone nachdrücklich Vorstellungen wegen des seitens der serbischen Militärbehörden gegenüber dem in dem besetzten Gebiet befindlichen österreichisch-ungarischen Konsul beobachteten Vorgehens.

Pasitsch hat auf die energische Intervention von Ugrons diesem gestern mitgeteilt, daß die serbischen Militärbehörden der Entsendung eines Abgesandten des österreichisch-ungarischen Ministeriums zur Aufklärung der Affäre des österreichisch-ungarischen Konsuls Prochaska nach Prizrend keine Hindernisse mehr in den Weg legen.

**Budapest, 20. November.** In der Plenarsitzung der ungarischen Delegation erklärte ein Regierungsvertreter, die serbische Regierung habe gestattet, die direkte Verbindung mit dem Konsulat in Prizrend wiederherzustellen, so daß heute nachmittag ein österreichisch-ungarischer Konsulatsbeamter nach Prizrend reisen werde.

**Die Rechte der Konsule.**  
Wien, 21. Novbr. Ueber den Beschluß, den die serbische Regierung bezüglich der fremden Konsule in den von den Serben besetzten Gebieten gefaßt hat, wird der „Politischen Korrespondenz“ aus Belgrad gemeldet, daß den Konsul die durch die Militärbehörden bisher eingeschränkt gewesene Bewegungsfreiheit zwar wieder eingeräumt worden sei, die ihnen im Sinne der in der Türkei bestehenden Kapitulationen zustehenden Befugnisse jedoch auch weiterhin nicht zugestanden werden.

**Äußerungen des österreichischen Kaisers.**  
Wien, 21. November. Den Wärtlern zufolge bemerkte der Kaiser bei dem gestrigen Delegationsdiner in Budapest gegenüber ungarischen Delegierten: er müsse die Ungarn hewundern, wie sie sich im Kriege gehalten hätten; andererseits sei nicht zu

begreifen, daß den Türken das Kriegsglück so wenig günstig gewesen sei. Der Kaiser erwähnte auch die Entsendung eines Konfatsbeamten nach Prizren und sprach die Hoffnung aus, daß sich die Zeitungsmeldungen über die Vorgänge in Prizren als übertrieben herausstellen werden, und daß die Angelegenheit eine friedliche Lösung finden werde.

### „Reichspost“-Bege.

Wien, 21. November. Ein Berichterstatter der „Reichspost“, welcher sich drei Tage in Niksch aufgehalten hat, berichtet über erschütternde Einzelheiten der von serbischen Truppen begangenen Unmenslichkeiten an gefangenen Türken und Albanesen. Unter anderem habe ihm ein Arzt des Roten Kreuzes in Niksch folgendes erzählt: Bei Strajamo ließ General Stefanowitsch Hunderte von gefangenen Albanesen in zwei Gliedern antreten und sie mit Maschinengewehren niederknallen. Dazu erklärte der General: diese Brut müsse ausgerottet werden, damit Oesterreich seine albanesischen Dicklinge nicht mehr finde. General Djipowitsch ließ bei Szentja 860 albanesische und türkische Notabeln niedermeßeln, nachdem 10 000 Albanesen dem Vorrücken der serbischen Truppen große Schwierigkeiten bereitet hatten.

### Die europäische Konferenz.

London, 21. November. Im Unterhause fragte Sir Hilbert Carlisle den Staatssekretär Grey, ob, falls nach Einstellung der Feindseligkeiten eine europäische Konferenz zur Regelung der türkischen Angelegenheiten zusammenberufen würde, sich diese auf die unmittelbare Ausdehnung der Kriegsergebenden Fragen beschränken oder ob sie auch die besonderen Beziehungen der Türkei zu anderen Staaten umfassen würde. Staatssekretär Grey antwortete: Die Frage, ob eine Konferenz abgehalten werden soll oder nicht, ist von den Mächten noch nicht endgültig entschieden worden. Ich bin daher nicht in der Lage, über ihre mögliche Ausdehnung oder ihr Programm irgend eine Erklärung abzugeben.

Der liberale King fragte an, ob die Großmächte bei der Stellung von Forderungen an die verbündeten Balkanstaaten oder an Serbien mit Bezug auf seine Gebietsveränderungen an irgend einem Teile der Adriatischen Küste gemeinsam vorgehen, oder ob Oesterreich-Ungarn selbständig seine Forderungen Serbien aufdränge. Sir Edward Grey antwortete: Daß, soweit er unterrichtet sei, es nicht ein genaues Bild der Lage geben würde, wenn er sage, daß irgend eine der Großmächte schon Forderungen an die verbündeten Staaten formuliert hätte. Der Meinungsaustausch sei zwischen den Mächten seit Beginn des Krieges fortgesetzt worden. Die Ansicht der britischen Regierung, die von anderen Mächten geteilt werde, sei, daß es nicht wünschenswert sei, wenn bei der eventuellen Regelung ein Teil durch verfrühte Verhandlungen von dem Ganzen abgetrennt werde.

### Gegen Mobilisierungsgerüchte.

Petersburg, 20. November. Eine vom Kaiser veranlaßte Befragung des Kriegsministers besagt, daß angeichts der von gewissen Militärs in der Gesellschaft verbreiteten falschen Gerüchte über Vorbereitungen zum Kriege und die Mobilisierung von Heeresstellen strenge Maßregeln gegen die Urheber derartigen Beschwörtes getroffen werden sollen.

## Die militärische Lage.

Die alte zähe Defensivkraft, die die Türken, freilich reichlich spät, an der Tschataldscha-Linie wie in Adrianopel, Monastir und Schara bewiesen haben, erhält ihnen offenbar einen kleinen Streifen ihres einst so gewaltigen europäischen Besitzes, rettet ihnen besonders ihre Hauptstadt Konstantinopel.

Heute läßt sich mit ziemlicher Sicherheit feststellen, daß die Bulgaren bis jetzt an der Tschataldscha-Linie auf Granit gebissen haben. Auf die Dauer läßt sich eine rücksichtslose Offensive, die die Marsch- und Kampffähigkeit auch der begehrtesten Truppen überanstrengt, nicht ausreicht erhalten. Die bulgarischen Gefechts- und Krankheitsverluste, die von der Regierung sorgfältig verschwiegen werden, sind jedenfalls erschreckend hoch. Das schwachbevölkerte Land, das schon halbe Kinder und Greise in die Front schicken mußte, kann keinen Menschenersatz mehr finden. Zudem entzog die Belagerung von Adrianopel der Hauptarmee auf ihrem Vormarsch auf Konstantinopel einen beträchtlichen Teil Truppen. Es ist daher begreiflich, daß Bulgarien bereitwillig auf Waffenstillstandsverhandlungen einging; es kann sein Volk nicht zum Verbluten kommen lassen. Außerdem ist die Aussicht, nach einem, vielleicht sehr verlustreichen Siege an der Tschataldscha-Linie mit überanstrengten Truppen durch choleraerkranktes Gelände zu rücken, nicht gerade verlockend. Selbstverständlich werden auch Rückzügen auf internationale Schwierigkeiten, in die die Bulgaren durch einen Einmarsch in Konstantinopel geraten wären, ihre Friedensbereitschaft beeinflusst haben.

Die Erfolge der türkischen Defensive an der Tschataldscha-Linie sind darauf zurückzuführen, daß die Trümmer der geschlagenen Dnarmee an frischen kleinasiatischen Truppen Halt und Rückgrat fanden, und daß die verbrecherische Lotterei im Verpflegungswesen wenigstens einigermaßen beseitigt wurde, so daß trotz des Wüthens der Cholera dem Andrängen der bulgarischen Artillerie und Infanterie ein energischer Widerstand entgegengesetzt werden konnte. Nicht unwesentlich ist dabei auch die Mitwirkung der Flotte, deren Geschütze den Bulgaren den Durchbruch an den beiden Flügeln der Tschataldschalinie unmöglich machte. Zu einer Forcierung dieser Linie hätten die Bulgaren schwere Positionsartillerie gebraucht. Diese mußte aber zur Beschleunigung Adrianopels verwendet werden. Die tapfere Haltung der dortigen türkischen Truppen kann bewirken, daß die erste Residenz der türkischen Sultane auf europäischem Boden dem Halbmond erhalten bleibt. Ein weiterer energischer Kampf der Türken an der Tschataldscha-Linie wird die Balkanstaaten zwingen, ihre Forderungen bedeutend zu mildern.

Auch die türkische Bestarmee hat sich bei Monastir noch einmal zu energischem Widerstande aufgerafft. Die serbischen Meldungen über die Eroberung dieser Stadt sind nicht recht klar; jedenfalls haben die Serben hier noch verlustreiche Kämpfe zu bestehen gehabt.

Die Montenegriner kommen vor Skutari nicht von der Stelle. Es scheint, als ob sie einen großen Teil ihrer Truppen dazu verwenden, an der Küste des Adriatischen Meeres Terrain zu gewinnen.

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die letzten Kämpfe an der Tschataldscha-Linie.

Konstantinopel, 21. November. Generalissimus Nazim Pascha meldet telegraphisch: Gestern Abend verließ der Feind die Verschanzungen, welche er nach seinem dreitägigen Vorrücken errichtet hatte und zog sich an einigen Punkten sieben Kilometer von der Verteidigungslinie zurück.

Starke Reconnoszierungskolonnen, die unter dem Kommando von Offizieren von unseren Divisionen entandt worden waren, fanden an mehreren Orten eine Anzahl von Verwundeten und erbeuteten eine Menge von Gewehren, Munition und Ausrüstungsgegenständen. Es wurden auch zahlreiche Tote aufgefunden.

### Die Mitwirkung der Flotte.

Konstantinopel, 20. November. Ein Telegramm des türkischen Flottenkommandanten von Büyük Tschefmedsche (südlicher Flügel der Tschataldscha-Linie) vom 17. d. M. besagt: Die Stille, die bis Mitternacht dauerte, wurde gestern 8 Uhr 50 Minuten durch Mitrailleusefeuer der Posten auf den Höhen von Kalifratia unterbrochen. Das Feuer dauerte bis 4 Uhr 15 Minuten morgens und begann auf der ganzen Linie wieder um 6 Uhr 40 Minuten. Nachdem wir die Position des Feindes festgestellt hatten, eröffneten wir das Feuer von den Kriegsschiffen aus, wodurch dem Feinde große Verluste beigebracht wurden. Nach den Signalen unserer auf dem Lande befindlichen Leute wurde eine feindliche Batterie zerstört. Die Kanonen der Panzerschiffe brachen bald eine zweite bulgarische Batterie zum Schweigen. Die Granaten von den Panzerschiffen legten verschiedene Dörfer in Brand. Papasburgas wurde teilweise zerstört. Der Feind, der sich bemühte, in Tschatepe am See Büyük Tschefmedsche Artillerie in Stellung zu bringen und Verschanzungen zu errichten, wurde vernichtet und die Verschanzungen zerstört.

Ein vom Kommandanten des Panzerkreuzers Torgut-Reich heute früh 1 Uhr aufgegebenes Telegramm besagt: Das türkische Detachement in Derkos (nördlicher Flügel der Tschataldscha-Linie) hat dank unserer dreitägigen Kanonade und unter unserer Bedeckung den Feind an der Küste von Demonlu, zehn Meilen nördlich von Karaburnu zurückgetrieben.

### Bulgarische Meldungen.

Sofia, 20. November. Die „Agence Bulgare“ veröffentlicht alle Meldungen aus türkischer Quelle über angebliche Siege der Türken bei Tschataldscha für falsch und tendenziös.

Das Blatt „Mir“ meldet, daß gestern eine Abteilung bulgarischer Kavallerie mit drei Bataillonen Infanterie die türkische Besatzung auf den Höhen nördlich der Stadt Fere an der Straße nach Dedeagatsch, die aus etwa zwei Bataillonen bestand, angegriffen und nach kurzem Kampfe in die Flucht geschlagen habe. Die Türken hätten einen aus einer Lokomotive und vierzehn Wagon bestehenden Eisenbahnzug, der mit Lebensmitteln, Munition und Pferden angefüllt war, zurückgelassen. Der Zug sei nach Dimotica gebracht worden.

Bei Adrianopel hätten die Türken vorgestern einen Durchbruchversuch unternommen, seien aber nach lebhaftem Kampfe, der den ganzen Tag über andauert habe, mit beträchtlichen Verlusten in die Festung zurückgeworfen worden. Die Eisenbahnverbindung zwischen Dimotica und Dedeagatsch sei wiederhergestellt.

### Das Glend unter den Flüchtlingen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 20. November. Die Sophien-Moschee ist seit dem 15. d. Mts. mit zahlreichen Flüchtlingen und kranken Soldaten, deren Zahl angeblich etwa 3000 beträgt, gefüllt. Infolge eines Zwischenfalls zwischen der Stadtpräsektur und anderen Behörden entstandenen Kompetenzkonfliktes (1) wegen der Verpflegung der Flüchtlinge verließen diese am 16. die Moschee und nahmen in zwei nahe gelegenen Läden gewaltsam Lebensmittel weg. Die Moschee wurde darauf durch einen Militärordon abgesperrt.

### Die Cholera.

Konstantinopel, 20. November. Infolge der Cholera sind sämtliche Schulen geschlossen.

Sofia, 21. November. Ein aus Tschataldscha zurückkehrender Arzt erzählte, die Türken hätten täglich 1000 Cholerafälle. Bulgarien ergreift umfassendste Maßnahmen gegen die eventuelle Einschleppung. Alle südlich von Philippopel belegenen Spitäler werden gesperrt.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Die Kämpfe bei Monastir.

Belgrad, 21. November, vormittags. Von amtlicher Seite wird über die Kämpfe bei Monastir jetzt folgender Bericht verbreitet: Das Gefecht erstreckte sich über eine Linie von 50 Kilometern. Die Türken hatten 70 000 bis 80 000 Mann (?) mit 100 Geschützen zusammengezogen. Die türkischen Positionen, besonders die im Nordwesten von Monastir, waren besetzt und durch Blenden unkenntlich gemacht. Die Verdrängung der Türken aus diesen Stellungen war mit großen Opfern verbunden, zumal die Bevölkerung der in der Gegend liegenden Ortschaften gegen die Serben kämpfte. Die serbische Artillerie griff erfolgreich in den Kampf ein. Die Infanterie rückte durch über-schwertes Gebiet vor und war großen Verlusten ausgesetzt. Nachdem die wichtigsten türkischen Stellungen genommen worden waren, versuchten die Türken nach Ohrida durchzubrechen. Als dieser Versuch mißlang, wandten sie sich zur Flucht. Infolge des Rebells gelang es zunächst einer Division, nach Florina zu entkommen. Dann begann die völlige Auflösung der türkischen Armee, die in wilder Flucht ihr Heil suchte. In den Kämpfen, die vier Tage währten, wurden 2000 Türken getötet oder verwundet. Auch die Serben erlitten große Verluste. Schon am zweiten Tage der Schlacht eroberten die Serben eine türkische Gebirgsbatterie und vier Belagerungsgeschütze. Am letzten Kampftage erbeutete die Drinadivision 36 Feldgeschütze. Die fliehenden Türken wurden von der serbischen Kavallerie verfolgt.

Belgrad, 21. November. Das Hauptquartier der ersten Armee ist von Briley nach Monastir verlegt worden.

Die Griechen gegen die Trümmer der türkischen Bestarmee.

Athen, 21. November. Der Kronprinz telegraphiert unter dem 20. d. Mts. aus Panika: Nachdem meine Armee die Pässe von Gornitschevo und Kirilberdan überfahren hatte, entwickelte sie sich auf der Linie Jabrdani-Florina und besetzte diese letzte Stadt. Die türkische Armee, die bei Monastir von den Serben angegriffen und von der Verbindung mit Resna abgeschnitten wurde, zog sich in Unordnung auf Florina zurück. Ich habe heute diejenigen, die nicht mehr Zeit hatten, sich zurückzuziehen, abgefangen. Eine große Menge Munition und Kriegsmaterial fiel in unsere Hände. Die Anzahl der Türken, die sich auf Florina zurückgezogen haben, beläuft sich auf 30 000 Mann.

## Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

### Die Eroberung von Alessio.

Niksa, 20. November. Ueber den am Montag bei Alessio stattgefundenen Kampf berichten hierhergebrachte Verwundete, die an dem Kampfe teilgenommen haben: Unterhalb der Höhe des Crni Brh machten die Türken einen Frontangriff gegen die gedeckte Stellung der Montenegriner. Als bald entwickelte sich ein lebhafter Bajonettkampf. Die Türken hielten sich glänzend, doch gelang es den Montenegrinern, den Feind unter großen Verlusten zu zersprengen. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf türkischer Seite wird mit 600 angegeben; die Montenegriner hatten sechs Tote und 82 Verwundete. Die türkische Kriegskasse mit 100 000 österreichischen Kronen wurde erbeutet und acht Soldaten gefangenengenommen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November 1912.

### Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses

erörterte am Donnerstag zunächst die Frage, was als Werbungs-kosten beim Bergbaubetrieb von dem Einkommen abgeschrieben werden darf. Entgegen der Regierungsvorlage, die eine Abschreibung in bestimmten Prozentsätzen des Verkaufswertes der jährlichen Förderung vorsah, einigte man sich auf einen konservativen Antrag, der im wesentlichen nur die Festlegung der bereits jetzt geltenden Rechenformel bedeutet.

Von größerer Wichtigkeit war die Beratung des § 19, der von dem Kinderprivileg handelt. Hier hat die Kommission in erster Linie eine Erweiterung des Kinderprivilegs insofern vorgenommen, als bei Pensionen mit einem Einkommen von weniger als 1200 M. bereits bei dem Vorhandensein eines Kindes oder eines anderen Familienangehörigen, zu dessen Unterhaltung sie verpflichtet sind, eine Ermäßigung um eine Stufe eintreten sollte. Gegen diesen Beschluß machte der Finanzminister namens des Ministers des Innern das Bedenken geltend, daß dadurch die Gemeinden einen großen Ausfall an Steuereinnahmen erleiden würden, er hat deshalb um Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Ein freikonservativer Vermittlungsantrag, der dahin ging, daß die auf Grund dieser Bestimmung gewährten Ermäßigungen bis auf weiteres für die nach dem Maßstabe der Einkommensteuer zu entrichtenden Kommunalabgaben außer Betracht bleiben sollen, fand weder bei der Regierung noch bei der Mehrheit der Kommission Gegenliebe. Zwar wurde allseitig die Nothlage der meisten Gemeinden anerkannt, aber man war sich im großen ganzen darüber einig, daß zur Beseitigung dieses Zustandes das Kommunalabgabengesetz geändert werden müsse, daß jedoch mit dem freikonservativen Antrage wenig anzufangen sei, zumal da damit den Pensionen auch nicht gebüht wäre. Auf's allerhöchste wandte sich der Finanzminister gegen einen auch von sozialdemokratischer und teilweise auch von nationalliberaler Seite unterstützten fortschrittlichen Antrag, der bei Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 6000 M. auch die Ehefrau zu den Unterhaltungsverpflichteten gerechnet wissen wollte, bei deren Vorhandensein eine Steuerermäßigung Platz greift. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß die Staatsausgaben mehr und mehr wachsen, daß das Abgeordnetenhaus fortwährend auf eine Steigerung der Ausgaben dränge und daß man unmöglich den durch den Antrag bedingten Ausfall von rund 16 Millionen Mark tragen könne. Im schroffen Gegenhitz hierzu stellten sich die Redner der Linken auf den Standpunkt, daß man, solange keine Aussicht auf Beseitigung der Steuerzuschläge vorhanden sei, wenigstens auf eine Entlastung der Minderbemittelten hinarbeiten müsse. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Zu § 28, der von der Auskunftsspflicht der Arbeitgeber handelt, hatte die Regierung vorgeschlagen, die Auskunftsspflicht auch auf die Angestellten mit über 3000 M. Gehalt auszudehnen, doch sollte von diesen Angestellten nur der Name, nicht aber das Einkommen angegeben werden. Die Kommission hat statt dessen den Arbeitgebern die volle Auskunftsspflicht auch in bezug auf diese Kategorie ihrer Angestellten auferlegt. Ein freikonservativer Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurde damit begründet, daß man die Privatbeamten nicht als zweifelhafteste Steuerpflichtige absteuern darf, daß man keine Mißstimmung erzeugen und ihre Einkommensverhältnisse nicht der Öffentlichkeit preisgeben dürfe. Demgegenüber betonte der sozialdemokratische Redner, daß alle diese Argumente genau so auf die Arbeiter zutreffen. Wollte man Mißstände vermeiden und eine Ungerechtigkeit beseitigen, dann müsse man überhaupt die Auskunftsspflicht der Arbeitgeber streichen und allgemein den Deklarationszwang einführen. Auf dem gleichen Standpunkt stellte sich das Zentrum und ein fortschrittlicher Redner, während sich die Nationalliberalen, ein Teil der Konservativen und ein anderer fortschrittlicher Redner für den freikonservativen Antrag aussprachen. Der Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Zu § 25 endlich wurde ein freikonservativer Antrag abgelehnt, der verlangte, daß nicht nur jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. zur Einkommensteuer veranlagte Steuerpflichtige zur Abgabe einer Steuerklärung verpflichtet ist, sondern überhaupt jeder, der in dem vorausgehenden Kalender- bzw. Wirtschaftsjahre ein Einkommen von mehr als 3000 M. gehabt hat, auch wenn er zu einem geringeren Einkommen veranlagt war. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend statt.

### Die christlichen Gewerkschaften und die päpstliche Enzyklika.

In Köln tagte am Donnerstag der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, um zu der durch die päpstliche Enzyklika geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Der Ausschuß beschloß, zur Klärung und zum Abschluß der Angelegenheit einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß zu berufen, der am Dienstag, den 26. November, in Essen a. d. Ruhr im städtischen Saalbau zusammenzutreten soll. Der Ausschuß des Gesamtverbandes ist eine aus 40 christlichen Gewerkschaftsverbänden bestehende Institution, in der alle angeschlossenen Verbände durch ihre Vorsitzenden und Redakteure vertreten sind. Es wird noch über die Tagung berichtet. Einmütig einigte man sich dahin, daß über die Abhaltung des Kongresses sowie auch über die Beurteilung der Situation innerhalb des Gesamtverbandes vollkommene Uebereinstimmung bestehe. Als Referent zu dem Gewerkschaftskongreß ist Stegerwald ernannt.

### „Der Nutzen der päpstlichen Enzyklika.“

Aus Bestalen wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ nahm in der Dienstagnummer Notiz von dem Verhalten eines katholischen Fabrikanten in Remden, der die streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter unter Berufung auf die neueste päpstliche Enzyklika zur bedingungslosen Unterwerfung auf-forderte. Es dürfte vielleicht interessieren, daß der betreffende Unter-nnehmer Besitzer einer Devotionalienfabrik und außerdem „päpstlicher Hoflieferant“ ist! Dem christlichen „Vergnügen“ erscheint es „un-gewöhnlich“, daß die Firma „die Enzyklika für ihre geschäftlichen Zwecke mißbraucht“. Die aussperrenden Fabrikanten sind fast durchweg fromme Zentrumsteute, die ausgesperrten christlich organisierte Arbeiter! Anläßlich einer ähnlichen Sachlage, nämlich bei der Aussperrung der christlichen Textilarbeiter durch die fromm-katholischen Textilindustriellen

des Münsterlandes im Jahre 1902, wußte derselbe „Bergknappe“ kräftigere Töne zu finden. Damals schrieb er nämlich:

„Hier glauben wir wieder eine oftmals gemachte Erfahrung bestätigt zu finden, daß diejenigen am allerwenigsten taugen und die größten Tunichtigste sind, die in der Kirche den Aufseher erwecken, als wollten sie aus lauter Liebe zum Ertriden diesen vom Kreuz nehmen und sich selber daran hängen. An den Vorkämpfern müßten solche Tyrannen von Unternehmern gebracht werden, die vom Schweiß der armen Arbeiter sich ihre faulen Körper nähren, den Arbeitern kümmerlichsten Lohn zahlen und das gesetzlich gewährleistete Recht der Organisation verkümmern.“

Daß sich die Schwarzgelben mit solchen Erfahrungen selbst ohrtreuen, scheinen diese Leute gar nicht zu merken. Es ist ihnen begreiflicherweise sehr unangenehm, daß es ausgerechnet fromm-katholische Kapitalisten sind, die den christlichen Arbeitern die Klassenkampfsidee mit der Hungerpeitsche einbläuen. Aber die Tatsache können sie auch heute nicht bestreiten!

### Koldromb und seine Folgen.

Der Gutsbesitzer von Treznitz hat jetzt noch gerade zwei Monate Zeit, dann muß er den Sack mit Goldstücken nehmen, ob er will oder nicht, und das Gut Koldromb, das kürzlich mit enteignet wurde, verlassen. Wir haben schon zu verschiedenen Malen festgestellt, daß und solche Revolutionserzitterten — um ein von der „Deutschen Tageszeitung“ viel benutztes Wort zu gebrauchen, durchaus nicht unangenehm sind. Die Regierung und ihre Junken behaupten allerdings, der Zweck dieser Enteignung sei, den deutschen „Bauernstand“ vor der polnischen Invasian zu schützen. Koldromb wird aufgeteilt, das herrschaftliche Schloß und noch etliches dazu wird eines der berühmten oder richtiger berücksichtigten Festgüter. Warum gerade in der Provinz Posen das Bedürfnis des Bundes der Landwirte, seiner Freunde und der preussischen Regierung nach Restituten so groß ist, zeigen die folgenden Auslassungen, die wir dem „Tag“ vom 17. April 1900 entnehmen. Dort schrieb der Grundbesitzer Ruske, Klein-Dreuzen, unter anderem das Folgende:

„Infolge der in einzelnen Kreisen recht weit vorgeschrittenen Aufteilung der großen Güter fürchten die Großgrundbesitzer ihren bis dahin allein maßgebenden Einfluß in den Kreisagenden etwas zu verlieren, obwohl die Gefahr noch gar nicht einmal so groß ist. Denn infolge der famosen Kreisagendenordnung für Posen hat der Kleinbesitz gegenüber dem Großbesitz eine so geringe Wahlberechtigung, daß letzterer überall bei weitem in der Mehrheit in den Kreisagenden vertreten ist. Selbst aber eine Herabminderung ihrer bisherigen Zahl wollen diese Herren nicht dulden, denn es könnte dann doch gelegentlich zur Opposition kommen, und dieser Eventualität soll durch Bildung der Restgüter, auf die dann das bisherige Stimmrecht des ganzen Gutes übergehen würde, vorgebeugt werden.“

Gerade aber auf dem kommunalen Gebiete stehen sich die Interessen von Groß- und Kleinbesitz oft recht scharf gegenüber. Besonders sind es die Wegebau- und andere Verkehrsverhältnisse, bei denen die Großgrundbesitzer infolge ihrer Majorität nur ihre Vorteile wahrnehmen. Große Summen werden auf Kosten der Allgemeinheit des Kreises für Chaussee- und Bahnbauten verausgabt, die eigentlich nur für die großen Güter in Frage kommen. Hier im Kreise Plesne sind bei einem Bahnbau große Bauernhöfe von 800 bis 1000 Einwohnern einfach übergegangen worden, nur damit die Bahn an zwei bis drei Gütern vorbeiführen konnte. Ebenso verhält es sich mit den Chausseebauten. Dagegen wird für die Bauernhöfe fast nichts getan, trotzdem diese den größten Teil der Kommunallasten aufbringen müssen.“

Die Enteignungspolitik der preussischen Regierung ist also zu einem Teile Mittel zu dem Zweck, der Entjunkerung Preußens vorzubeugen.

Und wie steht es mit der anderen Sache, der Entpolonisierung? Auf allen deutschen Fideikommissen in Polen gibt es 8803 Deutsche und 20460 Polen, oder in Prozenten ausgedrückt: über 84 Prozent der Bevölkerung entfallen auf die Polen und noch nicht 16 Proz. auf die Deutschen. Dies stellen nicht wir fest, sondern der Reichstagsabgeordnete und Führer des Bauernbundes Dr. Karl Vöhrle in seiner Schrift: „Deutsche Bauernpolitik“, 3. Auflage 1912, Seite 103; die überdies noch mehr Interessantes über die Restgüter zu sagen weiß. Diese Restgüter sind nämlich ihrer ganzen Struktur nach Herde des Polentums. „Auf so einem Rittergute ist doch gewöhnlich nur der Besitzer mit seinem Inspektor deutsch.“ Wir sind zwar keineswegs der Ansicht, daß die polnischen Arbeiter so ohne weiteres eine preussische Staatsgefahr sind. Und interessiert neben dem damit verbundenen Revolutionserzitterten am preussischen Enteignungsgesetz nur die Tatsache, daß es einmal durch die Restgüterpolitik Großjunkerinteressen wahrnimmt und zum anderen, daß die durch die Enteignung angeblich erzielte Germanisierung der polnischen Gebiete fauler Schwindel ist.

### Steuern zur Wahl.

Wie die „Tägliche Rundschau“ erklärt, ist die bereits seit geraumer Zeit angehängte Denkschrift des Reichsfinanzamtes zur Besteuerungsfrage fertiggestellt und den Regierungen der Einzelstaaten zu gegangen. Das Reichsfinanzamt nimmt in dieser Denkschrift zu keiner der vorgeschlagenen Steuern Stellung, will es vielmehr den verschiedenen Regierungen überlassen, sich auf den einen oder anderen Steuerorschlag zu einigen. Die Denkschrift wird zunächst im preussischen Staatsministerium beraten werden und erst dann wird der Reichsanwalt mit dem Antrage Preußens vor den Bundesrat treten. Vor dem Bundesrat soll noch eine Erklärung der leitenden Minister über die Besteuerungsfrage herbeigeführt werden. Die Vorlage selbst dürfte erst gegen Ende März dem Reichstage zugehen.

### Das „Wahlrecht“ der Beamten.

In einem Wahllokal der Stadt Bochum trat ein Schuhmann an den Wahlstisch und wählte die sozialdemokratische Liste. Darauf großes Erstaunen des Wahlvorstehers, der nochmals die Wahlausweisliste musterte, auf die der Wähler als Schuhmann verzeichnet war. Sie haben sich wohl mit dem Vorlesen der Namen geirrt, wollen Sie diese wirklich wählen? Nein, nein, Irrtum ist ausgeschlossen, entgegen der Schuhmann und verschwand. Als man den Uebelthäter „fassen“ wollte, stellte sich heraus, daß der Wähler früher Schuhmann gewesen war. Kaum war die Szene beendet, trat wieder ein Schuhmann vor — aber diesmal ein wirklicher — und wählte die sozialdemokratische Liste. Verlegenes Schweigen. Nach einer Viertelstunde tritt jedoch plötzlich derselbe Schuhmann an den Wahlstisch und spottet nun eine Entschuldigung hervor, er habe vorher durchaus nicht gewußt, daß es sich bei der Wahl um Politik handle, um die er sich nicht bekümmere! . . .

Der Wahlvorsteher machte ein bedenkliches Gesicht und zuckte dann mit der Achsel.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Graf Tisza in Arab.

Budapest, 21. November. (Fig. Ver.) Seit Tagen wurden die Vorbereitungen zum Empfang des Grafen Tisza in Arab von der Regierung getroffen. Gendarmen und Militär wurden konzentriert, ein Trupp hauptsächlich Detachments rückte an, um die Arbeiterorganisationen zu beschneiteln und jeden von Budapest einziehenden Genossen auf Schritt und Tritt zu beobachten.

Die Arbeiterorganisationen beschloßen für den Tag der Ankunft des Grafen, da dieser wohlweislich einen Arbeitstag wählte, den Generalstreik. Dem Beschluß zufolge sollte der Generalstreik um 1/12 Uhr mittags beginnen. Die Fabrikanten drohten

Ausperrung für die ganze Woche an. Die Arbeiter künmerken sich aber nicht um diese Drohung, und legten zur bestimmten Stunde die Arbeit nieder. Nur der Waggonfabrik gelang es, einen Teil der Arbeiter, etwa 280 Mann, zurückzuhalten, indem sie den Trakt, in welchem dieselben arbeiteten, absperrte. Nach der Ankunft Tiszas wurden auch diese herausgelassen, was dieselben jedoch nicht abhielt, die Fabrikdirektion wegen Beschränkung der persönlichen Freiheit zu verklagen.

Am Tage der Ankunft standen 35 berittene Polizisten, die gesamte Polizei mit ihren Offizieren, zwei Duzend Detachments, 800 Gendarmen vor dem Bahnhof und auf den Straßen, die Tisza passieren mußte. Alle Straßen, die nach dem Versammlungsort führten, waren vollständig gesperrt. Tagsüber ließ man niemanden passieren. Der Bahnhof war von den Gendarmen garniert, die Straßen vom Bahnhof zum Hotel durch einen Polizeikorps geschützt.

Tisza wurde mit ohrenbetäubendem Geschrei und Pfeifen empfangen, vor seinem Hotel war der Lärm ein furchtbarer. Wieder mit dem Versammlungshändler Nieder mit Tisza! Pfui! wurde gerufen trotz der Bajonette, die ihn schützten, selbst dann noch, als die Gendarmen einen Bajonettangriff gegen die Demonstranten machte.

Die Erbitterung des Volkes wuchs immer mehr, der Polizeihauptmann befürchtete einen Sturm auf das Hotel, er ließ durch die Gendarmen und berittene Polizisten das Volk auseinanderreiben. Und nun begann ein erbitterter Straßenkampf zwischen Gendarmen und Arbeitern. Die Gendarmen hausten wie die Kannibalen und trieben das Volk zur Notwehr. Ein Diebstahlwagen, der zu einem Bau fahren wollte, wurde von den Arbeitern angehalten, und in wenigen Minuten war der Wagen seiner Last ledig. Die Diebstahlwagen auf die Gendarmen und Polizisten. Diese antworteten mit Revolvergeschüssen. Ein zwölfjähriger Knabe wurde durch die Stirn getroffen, mehrere Arbeiter durch Revolvergeschüsse verwundet. Ein berittener Polizist wurde vom Pferd gerissen. Acht Gendarmen und 14 Polizisten wurden verwundet. Die Zahl der verwundeten Arbeiter ist unbekannt, da dieselben von ihren Kameraden fortgebracht wurden. Alle Fensterhebeln des Hotels, des Stadthauses, beim Bürgermeister und bei Regierungsbeamten wurden eingeschlagen. Die Demonstration endete erst am späten Abend. Nach 11 Uhr fuhr Tisza in aller Stille auf den Bahnhof, um Arab zu verlassen. 36 Arbeiter sind verhaftet worden.

### Eine Niederlage der ungarischen Regierung.

Budapest, 21. November. (Fig. Ver.) Am Mittwoch stand das Parteiorgan der ungarischen Sozialdemokratie vor dem Geschworenengericht. Am 4. Juni brachte das Blatt einen energischen Aufruf an die Arbeiterklasse, worin gesagt wird, daß von nun an kein Gesetz in Ungarn gilt, da die Regierung das Gesetz mit Füßen getreten habe. Der Artikel wurde inkriminiert. Mittwoch haben die Geschworenen den Verfasser dieses Artikels freigesprochen. Dieser Freispruch hat in Regierungskreisen große Konfektion verursacht.

### Belgien.

#### Der Ministerpräsident gegen die Wahlreform.

Brüssel, 20. November. (B. L. V.) Deputiertenkammer. Bei der Debatte über die Regierungserklärung führte der Ministerpräsident aus, daß die Regierung den Antrag der Sozialisten auf Abänderung der Verfassung deshalb ablehne, weil er unter Androhung des Generalstreiks erfolge sei. Der sozialistische Abgeordnete Vandewelde wies darauf hin, daß bei der kategorischen Weigerung der Regierung die Lage gefährlich werden würde.

### Generalstreitvorbereitungen.

In Gent wird in zwei der bevölkersten Teilen der Stadt eine Probe mit der gemeinsamen Speisung, der „komunistischen Suppe“, gemacht. Die Resten sind schon beschafft. Ein Liter Suppe wird für 10 Centimes abgegeben. Es sind Vorkehrungen zur Verpflegung von 20 000 bis 25 000 Streikenden ins Auge gefaßt. Der „Boortuit“ hat an die Schlichter der Stadt die Anforderung gerichtet, mit ihm wegen Lieferung des erforderlichen Fleisches in Verbindung zu treten. Eine Anzahl hat zustimmend geantwortet.

### Flottenpläne.

Kaum ist die neue Behörde eingebracht, die eine gewaltige Steigerung der Gut- und Mutton für die hehre Idee des belgischen „Vaterlandes“ fordert, da verlaute schon wieder von neuen, noch weiter ausgreifenden militärischen Plänen. Wie der „Temps“ berichtet, wird in einigen, namentlich Antwerpen Kreisen die hehre Gelegenheit der Weltpolitik für günstig gehalten, auch den Grund zu einer Kriegsmarine zu legen. Man weist darauf hin, daß die Landesverteidigung eine Sicherung der Unterselbe erfordert, und empfiehlt zunächst Schaffung einer Flotte von Torpedobooten, die als Kern einer Marine dienen soll. Daß die Regierung diesem Plane freundlich gegenübersteht, geht aus der Schaffung einer besonderen Abteilung für Seewesen hervor, an deren Spitze der Antwerpener Abgeordnete Segers gestellt ist. Dieser hat bei einem Bankett der Antwerpener Handelskammer erklärt, der König habe durch Schaffung des neuen Ministeriums seinen Willen ausgedrückt, dem Seewesen den Ehrenplatz zu geben, der ihm in einem auf den Außenverkehr angewiesenen Lande zukomme. Also „der Dreißig gehört in unsere Haus“ auch in Belgien. Es ist die natürliche Konsequenz des Eintretens in die Reihe der Kolonialmächte, während die vorgeschobene Landesverteidigung auch hier zum Deckmantel für kapitalistische Interessen- und Weltunterwerfungspläne und monarchischen Ehrgeiz gut genug ist. Das Volk aber darf zahlen.

### Italien.

#### Bertolini Kolonialminister.

Rom, 19. November. (Fig. Ver.) Wie die „Tribuna“ mitteilt, wird der konservative, erst unlängst zum Giolittianus bekehrte Abgeordnete Bertolini zum Kolonialminister ernannt werden. Seine Befähigung für dieses Amt scheint der zu Ernennende durch seine unglaublich wertlose Relation zum Gesandten über die Wahlrechtserweiterung erbracht zu haben. Was der Relation an Geist fehlte, ersah sie freilich durch Willfährigkeit: war doch Bertolini feinerzeit ein Gegner der Wahlrechtserweiterung gewesen. Im Portefeuille des Kolonialministers heimst er jetzt den Lohn für seine Beförderung ein. Wie schade, daß wir wohl den Minister haben, daß aber die Kolonien fehlen!

Rom, 21. November. (B. L. V.) Der König hat ein Dekret unterzeichnet, durch das ein Ministerium der Kolonien eingerichtet und der Deputierte Pietro Bertolini zum Kolonialminister ernannt wird. Dem Kolonialministerium werden Tripolis, die Azoren, Erythraea, Italienisch-Somaliland und die Protektorate von Nord-Somaliland unterstellt.

### Die vierte Verlustliste des libyschen Krieges.

Das Kriegsministerium veröffentlicht soden die vierte offizielle Verlustliste, die die Namen von 22 Offizieren und 240 Soldaten enthält. Als Summe aller vier Listen ergibt sich die Zahl von 58 Offizieren und 1028 Mann, wobei, wohlverstanden, nicht

die an Krankheit Verstorbenen und nicht die Verstorbenen anbe-griffen sind. In der Liste befinden sich Namen von Toten, die schon im Oktober vorigen Jahres gefallen sind! Es dürfte kaum die letzte Liste sein!

### England.

#### Ämtliche Feststellungen über die Putumajogreuel.

Vor der vom Hause der Gemeinen eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Menschenqualereien im Putumajogebiet erschien der englische Generalkonsul in Rio de Janeiro, Sir Roger Casement, der mit der Untersuchung an Ort und Stelle beauftragt gewesen ist, um über seine Erhebungen und speziell über die Mitschuld der Direktoren Auskunft zu geben. Er erklärte, daß er über die Kenntnis der in London lebenden Direktoren der Gesellschaft nichts sagen könne. Von den in Amerika lebenden Teilhabern der Firma Arana Brothers aber erklärte er mit voller Bestimmtheit auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sie für verantwortlich halte:

„Ich halte sie für strafrechtlich verantwortlich. Das System kam nicht auf durch Zufall, Irrtum oder Nachlässigkeit. Ich halte es für plamäßig eingeführt. Die Direktoren am Putumajog waren meiner Ansicht nach mit den Dingen bekannt. Sir Arana, der Seniorchef, besuchte das Gebiet 1903.“

Über die Vorgänge selbst teilte Sir Roger auch manches neue mit. Er erzählte von Streifzügen, die von Angestellten der Firma vor seinem Besuche in mehreren Staaten von Columbia veranstaltet und bei denen Eingeborene ermordet, ihre Häuser und Besitz weggenommen wurden. In einem Falle wurden 33 in einem Handelskaufe in Columbia geraubte Tonnen Gummi als Eigentum der Putumajog-Amazonas-Gesellschaft nach London gebracht. Sir Arana war davon unterrichtet. Er besuchte die Gegend nach diesen Vorgängen. Vorsitzender: „Um einzugreifen?“ — Sir Roger: „Nein, um die Verbrecher zu verdeden.“ — Vorsitzender: „Wurde eine Verhaftung der Verbrecher eingeleitet?“ — Zeuge: „Gang und gar keine.“

Der Zeuge bestätigte die Mitteilungen über die Eingeborenenjagden. Leute wurden mit Gewehren ausgesandt, um Indianer wie wilde Tiere zu fangen. Die Weggelaufenen wurden niedergeschossen, die anderen, weggetrieben von ihrem Heim, wurden in die Wälder gejagt. Wenn sie dort zu wenig Gummi sammelten, wurden sie gepeitscht. Entlassen sie dann, so wurden wieder Bewaffnete ausgesandt, um sie niederzuschlagen. Manche dieser Menschenjäger verübten auch Verbrechen auf eigene Hand. Von einigen sagt Sir Roger, daß sie milder zu beurteilen seien, da sie schon in der Jugend eingekerkert und zu ihrer „Erzogen“ worden seien. Das Wesen des Systems war die Terrorisierung der wilden Stämme, damit sie alles täten, was die Agenten forderten. — Als Abhilfemittel wählte auch dieser Sachkundige nichts anderes vorzuschlagen, als bessere Überwachung durch die Direktoren und irgendein Ueberwachungs-system. Wieviel aber mag das alles nützen, wenn das System: Beschäftigung widerstandsunfähiger Eingeborenen auf private Rechnung und für privaten Profit aufrechterhalten werden soll? Die „Kadwäse“ dieser Art Kolonialpolitik sind eben, wie die Vorgänge in den verschiedensten Kolonialgebieten zeigen, ein untrennbarer Bestandteil des ganzen Kolonialsystems. Ist doch dessen Zweck nicht etwa die Beschaffung sonst unzugänglicher tropischer Naturgüter, sondern die Erzielung unverhältnismäßigen Gewinns auf Kosten wehrloser Naturvölker. Alles natürlich zur höheren Ehre des Christentums und der Kultur.

### Amerika.

#### Sozialistische Fortschritte in Nordamerika.

Daß die sozialistische Partei irgendwo einen Stillstand zu verzeichnen oder unterliegt sie einmal den vereinten Anstrengungen der Reaktion, so kann die kapitalistische Presse nicht genug Druderschwärze über das „Ende der roten Herrschaft“ verschütten, macht sie aber Fortschritte, so werden sie in allen Sprachen totgeschwiegen. Das gilt für die kapitalistische Presse aller Länder, am meisten aber für die Amerikas. Die Niederlage unseres Genossen Berger in Wisconsin, des einzigen sozialistischen Kongreßabgeordneten, hat sie sofort und laut in alle Welt hinausposaunt, über die sozialistischen Stimmsergebnisse aber ist sie vollständig stumm. Diesmal allerdings aus recht triftigen Gründen. Denn wenn irgend eine Partei Ursache hat, mit Stolz auf die Präsidentenwahl zurückzublicken, so ist es die sozialistische. Mit ihrem Gewinn an Stimmen übertrug sie alle bürgerlichen Richtungen. Es erhielten Stimmen:

	Sozialisten	Republikaner und Progressisten	Demokraten
1908 . . . . .	424 000	7 878 000	6 408 000
1912 . . . . .	826 000	7 781 000	6 192 000
Zu- oder Abnahme +	402 000	+ 68 000	- 217 000

Demnach haben die Demokraten einen Verlust von 3,30 Proz., die Republikaner einen Gewinn von nur 0,89 Proz., die Sozialisten aber eine Zunahme von fast 95 Proz. zu verzeichnen. In den großen Industriestaaten ist das sozialistische Votum durch die Wahl und zum Teil beträchtlich in die Höhe geschneilt, so zum Beispiel in New York von 48 000 auf 60 000 Stimmen, in Illinois von 49 000 auf 110 000 und in Pennsylvania von 59 000 auf 92 000. In der Stadt Chicago allein haben wir 37 000 Stimmen gewonnen. Leider hat die Zunahme nicht gereicht, einem Sitz im Kongreß zu erobern. Dem Genossen Meyer London im größten New Yorker Wahlkreis fehlen noch der offiziellen Zählung nur noch 290 Stimmen an Sieg. Die Wahl soll angefochten werden, da Gründe genug dafür sprechen, daß Genosse London von den Genossen der Tammany Hall „hin-angezählt“ worden ist, ein Trick, der in Amerika immer dort gegen mißliebige Kandidaten angewendet wird, wo alle anderen Mittel versagen.

So günstig nun auch der Wahlausgang für unsere Partei ist, die Genossen in Europa, die an größere Fortschritte gewöhnt sind, werden ihn nicht ganz befriedigend finden. Allein bei der Bewertung dieses Resultats darf nicht mit europäischem Maßstab gemessen werden. In Nordamerika hat die sozialistische Partei im allgemeinen und bei dieser Wahl im besonderen mit viel größerem Schweregrad zu rechnen als in Europa. In den Vereinigten Staaten sind geistige Rückständigkeit der Arbeiterklasse, Demagogie, Korruption und Geldmacht für die sozialistische Propaganda viel mächtigere Hindernisse als anderswo. Diesmal wurde der Arbeiter ein „echter Mann“ in Wilson und ein „radikaler Fortschrittler“ in Roosevelt vorgeführt und eine Masse wirklich fortschrittlich gesinnter Arbeiter hat sich sicherlich von dem bürgerlichen Klassen-sängern einsparen lassen, um nur wenigstens Laßt, den Vater des Einhaltsbefehls, aus dem Weißen Hause zu entfernen. Ohne Zweifel haben die Wähler, die ihre Stimme diesmal für Debs abgaben, den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus klar erkannt. Das wird auch durch die Steigerung der Mitgliederzahl der sozialistischen Partei bestätigt. Wer da weiß, wie uner-dlich schwer es ist, die auf direkten materiellen Gewinn so sehr er-pichteten amerikanischen Arbeiter für den Eintritt in die sozialistische Partei zu gewinnen, wird die Bedeutung der folgenden Zahlen wohl zu würdigen verstehen. Im Jahre 1904 musterte die sozialistische Partei erst 20 703 Mitglieder, vier Jahre später 41 751 und jetzt 123 094.

# Gewerkschaftliches.

## Marktsteine.

Zwei Berliner Organisationen konnten am Vortag auf einen wichtigen Abschnitt ihrer Wirksamkeit zurückblicken: die Metallarbeiter, denen ihr altes Haus zu eng geworden, und die Buchdrucker, welche das goldene Jubiläum ihrer Organisation begingen.

Es ist erst fünf Jahre her, daß die Berliner Metallarbeiter ihr erstes Heim in der Charitstraße bezogen. Trotzdem ist es ihnen schon jetzt zu eng geworden. Kein Wunder: die Zahl der Organisierten ist seitdem von 50 000 auf 93 000 gestiegen. So mußte man in der Linienstraße auf dem Terrain der ehemaligen Taubstummenanstalt, durchgehend nach der Elsser Straße neubauen. Am Vortag wurde das neue Gebäude einer Anzahl von Gästen aus den Kreisen der Gewerkschaften und der Partei gezeigt. Im Sitzungssaal des Gebäudes begrüßte Genosse Cohen die Erschienenen; dann übernahm er die Führung durch den Bau. Die Einrichtungen sind im wesentlichen die gleichen wie im alten Gebäude, nur größer, praktischer und moderner. Auch ist noch auf die Möglichkeit einer Ausdehnung Rücksicht genommen. Was eine ganz wesentliche Aenderung erfahren hat und als musterhaft bezeichnet werden kann, das ist die Einrichtung des Arbeitsnachweises. Die Arbeitslosen haben keine Treppen mehr zu steigen, sondern finden im Parterre eine Halle von gewaltigen Dimensionen für ihre Aufnahme bereit. Diese Halle ist bis in Ueberramshöhe mit Treppen ausgelegt, die eine leichte Reinhaltung gewährleisten. Mächtige Fenster lassen Licht und Luft herein und ausreichende Zentralheizung garantiert auch im Winter die notwendige Erwärmung. Die Anlage der Arbeitsloshalle im Parterre entlastet zu gleicher Zeit die Zugänge zu den höher gelegenen Büreaus. Alle Türen, Fenster usw. sind in einfachen, zweckmäßigen Formen, aber aus bestem Material hergestellt. Auch das Gebäude selbst verzichtet auf jeden architektonischen „Schmuck“. Es ist ein reiner Zweckmäßigkeitsbau, der lediglich durch seine gewaltige Masse aus der Partie der ihn umgebenden Gebäude hervorsticht. Auch die in Berlin für moderne Geschäftshäuser so beliebt gewordene Nachahmung des Ressel-Stils hat man für das Haus der Metallarbeiter mit vollem Recht vermieden. Etwas Abwechslung in der Fassade brachte in der Linienstraße die Notwendigkeit, der Baupolizeiverordnung wegen in der oberen Etage aus der Front zurückzutreten. Hier zeigte auch der Baumeister ein feines Verständnis für die vielleicht trübe, immerhin charakteristische Architektur dieser Straße. Mit zwei niedrigeren Anbauten rechts und links leitete er den Bau auf die geringere Höhe der nebenliegenden Wohnbauten über. Die Fassade in der Elsser Straße darf sich der größeren Straßenbreite wegen frei erheben. Sie zeigt im säulengetragenen Hauptportal den einzigen bildnerischen Schmuck des Gebäudes, ein Relief mit einer allegorischen Darstellung der Verbandstätigkeit. Das neue Metallarbeiterhaus hat übrigens im Gegensatz zu wohl fast allen Gewerkschaftsgebäuden keinerlei Restaurationsräume. Für die Arbeitsloshalle ist lediglich zur Erfrischung eine hygienische Trinkanlage angebracht, die in Form eines ein- und ausschaltbaren kleinen Springbrunnens das Trinken ermöglicht, ohne daß man genötigt ist, den Mund mit Gefäßen in Verbindung zu bringen, die auch von anderen benutzt werden. Man wird es uns hoffentlich nicht als Niederträchtigkeit auslegen, wenn wir den Berliner Metallarbeitern wünschen, daß auch dieses Haus ihnen möglichst bald zu eng werden möge!

Das 50-jährige Jubiläum der Berliner Buchdrucker haben wir ja bereits in unserer Mittwochsummer gewürdigt. Natürlich kann keine Organisation einen solchen Anlaß vorübergehen lassen ohne eine würdige Feier. Eine solche fand denn auch am Vortag im Zirkus Schumann statt. Leider konnte der Zirkus nur etwa die Hälfte der Ortsvereinsmitglieder fassen. Von auswärts hatten sich die Vertreter fast aller Gauen des Verbandes eingefunden. Die nicht vertretenen sandten Begrüßungsbefehle. Der zweite Vorsitzende des Ortsvereins Albrecht begrüßte die Erschienenen, besonders die Jubilare, die den Verein vor fünfzig Jahren mit gründen halfen. Massini, der erste Vorsitzende, hielt die eigentliche Festrede. Für den Zentralvorstand sprach Böblin, für die Generalkommission Karl Legien, der die Verdienste der Buchdrucker um die allgemeine Arbeiterbewegung feierte und ebenso wie vor ihm schon Massini neben der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen die der politischen Organisation betonte.

Das Programm der Feier zeugte in seinem ersten Teil von hohem künstlerischen Geschmack und gab ihr einen würdigen Rahmen. Der zweite Teil trug mehr dem Humor Rechnung, wobei es auch an politische Satyre nicht fehlte. Am Vormittag war der Feier schon eine stille würdige Einleitung vorausgegangen. Der Vorstand des Vereins hatte die Grabstätte Wilhelm Liebknechts, der den Berliner Buchdrucker so oft aufklärend und pfadweisend zur Seite gestanden, in dankbarer Erinnerung geschmückt.

## Berlin und Umgegend.

### Bewegung in der Herrenkonfektion.

Am 31. März 1913 laufen die für die Herrenkonfektion geltenden Tarife ab, wenn am 1. Dezember von einem Tarifkontrahenten die Kündigung erfolgt. In einer öffentlichen Versammlung der Konfektionsarbeiter erörterte Klitzke die dadurch geschaffene Situation, mit der sich am 4. und 5. November schon eine Konferenz der Herrenkonfektionsarbeiter beschäftigt hatte. Unbedingt notwendig sei eine Erhöhung der gegenwärtig bestehenden Tarifpreise. Die Lohnsätze müßten zum mindesten denen der Herrenmachbranche gleichgestellt werden. Auch wäre es erforderlich, darauf zu drängen, daß in der Heimindustrie nicht länger als 10 Stunden gearbeitet werde. Am 27. November solle in einer allgemeinen Mitgliedserversammlung beschlossen werden, ob eine Kündigung des Tarifs eingereicht werden soll. — In der Diskussion wurde allseitig eine umfassende Agitation befürwortet. Den Indifferenten wurde dringend ans Herz gelegt, nicht tatenlos zuzusehen, wie andere arbeiten, sondern sich der Organisation anzuschließen und nach besten Kräften zum Wohle aller mitzuarbeiten.

**Achtung, Töpler!** Die Sperre über Kaschan ist bis auf weiteres vorläufig als erledigt zu betrachten. Die Verbandleitung.

## Deutsches Reich.

### Eine Eisenbahnerkonferenz.

Eine Konferenz von Vertretern der Ortsgruppen und Einzelmitglieder der Reichssekktion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes fand in diesen Tagen statt. (Ort und Datum können mit Rücksicht auf die Teilnehmer an der Konferenz nicht bekanntgegeben werden.) Es war dies die erste Konferenz seit dem Anschluß des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands an den Transportarbeiterverband. Der Besuch war ein außerordentlich

starker. Vertreter waren mit Ausnahme der bayrischen, badischen und württembergischen alle Staatsbahnen und einige Privat-Eisenbahnen. Bei der Einberufung der Konferenz war besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß als Delegierte nur aktive Eisenbahner gewählt wurden, die mindestens ein Jahr dem Verbands als Mitglied angehört.

Die Konferenz hatte verschiedene wichtige Angelegenheiten zu erledigen, von denen wir hier nur folgende Beschlüsse registrieren: An Stelle des bisherigen Einheitsbeitrages von wöchentlich 40 Pf. wurden die Klassenbeiträge von 40, 45 und 60 Pf. festgesetzt, mit der Maßgabe, daß die Ortsgruppen selbst bestimmen können, welcher Beitragsklasse sie angehören wollen. Die besonderen Unterstützungsätze sind aufgehoben worden und haben die Mitglieder der Reichssekktion der Eisenbahner nunmehr Anspruch auf die vollen vom Verbands gewährten Unterstützungen nach Maßgabe ihrer Beitragsleistung.

Zur Frage des Koalitionsrechts hat die Konferenz ebenfalls erneut Stellung genommen und einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

„Auf das allen Arbeitern und Bediensteten im wirtschaftlichen Ringen unentbehrliche volle Koalitionsrecht können auch die in Staatsbetrieben Beschäftigten nicht verzichten. Die Selbstachtung gebietet allein schon den Eisenbahnbediensteten, an diesem Rechte unbedingt festzuhalten, weil durch Preisgabe desselben sich der Eisenbahner selbst zum Staatsbürger zweiter Klasse degradieren würde.“

Die Reichssekktion der Eisenbahner und ihre Organe propagieren nicht den Streik, sondern sind stets bestrebt, den berechtigten Wünschen der Eisenbahner durch Anwendung friedlicher Mittel Geltung zu verschaffen und dadurch den Streik und die Benutzung ähnlicher Kampfmittel von den staatlichen Verkehrsanstalten fernzuhalten. Die Reichssekktion der Eisenbahner erklärt in Uebereinstimmung mit dem internationalen Transportarbeiterkongress in Wien 1908, daß mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahnen und aller staatlichen Verkehrsanstalten der Streik oder die passive Resistenz zwecks Erringung besserer Arbeitsbedingungen oder sonstiger wirtschaftlicher Vorteile nur als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden darf, wenn sich weder auf dem Wege der Verhandlung der Organisation mit den Eisenbahnverwaltungen oder durch das Parlament eine notwendige Verbesserung der Lage des Personals erreichen läßt, und auch dann nur, wenn die Stimmung der Bevölkerung nicht gegen die Anwendung solcher Nachmittel ist.

Das letzte und gerade deshalb unentbehrliche Mittel im wirtschaftlichen Kampfe ist der Streik, dessen Anwendung nach Erschöpfung aller anderen Mittel, das unveräußerliche Recht aller Arbeiter bleiben muß.

Die beste Gewähr für die Fernhaltung des Streiks erblickt die Konferenz in der gesetzlichen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und deren Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Ferner hat die Konferenz beschlossen, beim Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation zu beantragen, daß auf die Tagesordnung des im nächsten Jahre in London stattfindenden internationalen Transportarbeiter-Kongresses gesetzt wird: Das Koalitionsrecht und seine Anwendung auf staatliche Verkehrsanstalten.

### Der Barbierinnungsband gegen die Kleinmeister.

Die Ausnahmestimmungen über die Sonntagsruhe für das Barbier- und Friseurgewerbe besagen, daß, wenn die Sonntagsarbeiten länger als drei Stunden dauern, den Gehilfen und Lehrlingen in jeder Woche die zweite Hälfte eines Arbeitstages, oder aber alle 14 Tage 24 Stunden oder alle drei Wochen 36 Stunden von Sonntags früh 6 Uhr ab freizugeben ist. Den Lehrlingen ist in den meisten Bundesstaaten die Erholungszeit für mehr als dreistündige Sonntagsarbeit durch ministerielle Verfügungen genommen, da sie ihnen auf die Zeit des Nach- und Fortbildungsschulunterrichts angerechnet wird. Die Gehilfen haben in der Regel einen freien Wochennachmittag. Es steht also den Arbeitgebern frei, ihre Gehilfen des Sonntags nur drei Stunden zu beschäftigen, wodurch sie der Verpflichtung entkommen sind, ihnen einen Wochennachmittag freizugeben zu müssen. Doch nur in Geschäften mit mehreren Gehilfen kann davon Gebrauch gemacht werden.

Der Innungsband will nun auf dem Wege des § 41 der Gewerbeordnung die dreistündige Sonntagsarbeitszeit obligatorisch einführen. Die Gehilfen wehren sich ganz entschieden dagegen, daß ihnen der freie Wochennachmittag genommen wird. Sie fordern von jeder die fünfständige, um 12 Uhr mittags endigende Sonntagsarbeitszeit. Diese Forderung ist in verschiedenen Städten bereits voll oder teilweise erfüllt und kommt immer mehr zur Einführung; vielfach wird im Sommer um 12 Uhr und im Winter um 1 Uhr geschlossen. Mit fünfständiger Sonntagsarbeit kann das Gewerbe heute auskommen, während der unvermittelte Übergang von der sechs- bis achtständigen zur dreistündigen Sonntagsarbeitszeit für die Geschäftsinhaber in den Arbeiterbezirken außerst nachteilig sein müßte, da deren Hauptgeschäft sich Sonnabends und Sonntags abspielt. Die Gehilfenorganisation nimmt auf diese Geschäftsinhaber nicht nur Rücksicht, weil sie mit ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt hat, sondern auch, weil viele Gehilfen gezwungen sind, ebenfalls selbständig zu werden. Das würde durch die dreistündige Sonntagsarbeit wesentlich erschwert. Dem Innungsband scheint es denn auch hauptsächlich darauf anzukommen, durch diese „Reform“ einen Teil der Klein- und Kleinmeister aus dem Gewerbe zu verdrängen. Charakteristisch ist nun, daß der Barbierinnungsband sich bei seiner Aktion darauf beruft, daß die Gehilfen die dreistündige Sonntagsarbeit gefordert haben. Das ist eine offensbare Unwahrheit. Der Standpunkt der Gehilfenorganisation in dieser Frage ist in völliger Uebereinstimmung mit den Kolalvereinen der Gehilfen seit Jahren festgelegt. Der Bund befürchtet eine Verbesserung der Sonntagsruhebestimmungen insofern der zu erwartenden Aenderung der für das Handelsgewerbe geltenden Vorschriften und will daher das Gewerbe auf die dreistündige Sonntagsarbeit festlegen, damit daran nichts mehr geändert wird, und den Arbeitern für die Sonntagsarbeit keine Erholungszeit in der Woche mehr gewährt zu werden braucht. Da die Gehilfen an Wochentagen frühestens um 9 Uhr abends (in wenigen Städten um 8 Uhr), Sonnabends erst um 10 Uhr Feierabend haben und meist nicht einmal eine Mittagspause haben, können sie auf den freien Nachmittags zur Besorgung ihrer persönlichen Angelegenheiten nicht verzichten.

Der Friseurgehilfenverband hat in der ersten Oktoberwoche zahlreiche öffentliche Versammlungen zugunsten einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit veranstaltet, in denen der vom Allgemeinen Friseurgehilfenkongress vorbereitete Resolution einstimmig zugestimmt wurde. Durch die unwahre Behauptung, die Gehilfen wollten die dreistündige Sonntagsarbeit, sucht der Innungsband nachträglich den Anschein zu erwecken, als herrsche eine andere Strömung unter der Gehilfenschaft vor, um durch Irreführung der Öffentlichkeit die Eingabe der Gehilfen an die gesetzgebenden Körperschaften unwirksam zu machen.

**Achtung, Textilarbeiter!** Weil in Göppingen 29 Spulerrinnen streiken, hat der süddeutsche Textilindustriellenverband über ganz Württemberg die Aussperrung verhängt. Es wird dringend ersucht, alle Arbeitsangebote nach Württemberg abzulehnen. Besonders zu meiden sind folgende Firmen: Baumwollspinnerei „Wühl“ bei Ehlingen, Baumwollspinnerei und Weberei Hornschuch in Unterbach, Kammgarnspinnerei Vietzheim und Kammgarnspinnerei Merkel und Kleinlin in Ehlingen.

## Versammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. Die Gips- und Zementbranche hielt am Vortag ihre Generalversammlung ab, in der Stellung genommen wurde zum kommenden Verbandstag. Das

einleitende Referat hielt Gaeße, der sich insbesondere mit der Frage der Arbeitsloshunterstützung beschäftigte, deren Einführung eine vom Hauptvorstande ausgearbeitete Vorlage zugrunde liegt. Redner bemerkte, daß diese Vorlage den Mitgliedern ziemlich überraschend gekommen sei, zumal der inzwischen verstorbene Zentralvorsitzende Bömelburg noch in den letzten Jahren die Möglichkeit der Einführung einer solchen Unterstützung in weitere Fernen gerückt hatte. Immerhin dürften unter den Mitgliedern prinzipielle Gegner wohl kaum vorhanden sein, wenngleich auch alle sich darin einig sind, daß der Kampfcharakter des Bauarbeiterverbandes unbedingt gewahrt werden müsse. Im übrigen ging Redner Punkt für Punkt die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes durch und betonte, daß wenn die Unterstützung abgelehnt werden sollte, was ja kaum eintreten dürfte, eine Erhöhung der Beiträge nicht borgehen ist.

In der Diskussion wurde gefordert, daß auf keinen Fall die vornehmste Aufgabe des Verbandes, auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken, unter der einzuführenden Arbeitsloshunterstützung leiden dürfe. Es wurden auch gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfes Bedenken geäußert, die jedoch ausschließlich die finanzielle und technische, nicht die prinzipielle Seite der Angelegenheit betrafen. Ferner bemängelten einzelne Redner die Fügigkeit, mit der der Hauptvorstand die Vorlage eingebracht habe, auch wurde der Zeitpunkt der Unterbreitung des Entwurfs nicht als günstig bezeichnet. Von anderer Seite wurde dem entgegengestellt, daß günstigere Zeitpunkte wohl kaum kommen dürften, die Wirtschaftsverhältnisse seien eben derart, daß Konflikte und Differenzen nicht ausbleiben. Der Entwurf des Hauptvorstandes passe sich sehr richtig den in Betracht kommenden Umständen an. Des weiteren kam die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Einführung der Arbeitsloshunterstützung den Verband von seinen eigentlichen Zwecken ablenken und zum Versicherungsinstitut herabdrücken werde. Einzelne Redner wünschten eine Vertagung der Vorlage, worauf Gaeße in seinem Schlußwort erwiderte, man möge hierbei nicht vorgreifen, zweifellos würden dahinschwebende Anträge ohnehin schon am Verbandstage gestellt werden. Eine Reihe Abänderungsanträge sowohl zum Statut als auch zu dem Entwurf wurden angenommen. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden vorgeschlagen: Gaeße, Gahle, Müller, Hermann, Plagemann, Lemm.

## Der Balkankrieg.

### Offizielle Darstellung der serbischen Stimmung.

Belgrad, 21. November. (Nachricht des Wiener I. L. Tel.-Korrespondenz.) Die Ausführungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen Grafen Berchtold in den Delegationen haben in den serbischen Kreisen die tiefste Beachtung gefunden. Sie trugen in hohem Maße zur Verstärkung des Eindruckes bei, daß in der albanesischen Frage nicht nur unter den Mächten des Dreibundes die vollste Einmütigkeit herrsche, sondern daß auch die Triplemächte ernstlich gewillt ist, diese Frage unter keinen Umständen zu einem europäischen Konflikt ausarten zu lassen. Diese Erkenntnis beginnt ihre beruhigende Wirkung auf die serbische öffentliche Meinung auszuüben, und selbst in leitenden serbischen Kreisen gewinnt langsam die Auffassung an Boden, daß das starre Festhalten an der ursprünglich von serbischer Seite ins Auge gefassten Lösungsform der Hofenfrage unter dem obwaltenden, immer offenkundiger zutage tretenden Reinigungsumschwung in der europäischen Öffentlichkeit keine zuverlässige Gewähr für die Befriedigung der serbischen Wünsche und der serbischen Interessen bietet. Allerdings muß hierbei festgestellt werden, daß das Schwergewicht der Staatsgewalt augenblicklich nicht in Belgrad, sondern im Hauptquartier des Oberkommandos liegt, und daß ein gründlicher Reinigungsumschwung wohl erst nach Beendigung der militärischen Operationen in Aussicht gestellt werden kann.

### Ein Segefest.

Konstantinopel, 21. November. (W. L. B.) Der Kreuzer „Hamidie“, der im Schwarzen Meer auf der Höhe von Verlos operierte, wurde von sechs bulgarischen Torpedobooten angegriffen. Gerüchtheilweise verlautet, daß er zwei Torpedobooten zum Sinken gebracht hat.

## Letzte Nachrichten.

### Die französischen Genossen und die Internationale.

Paris, 21. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der zum internationalen Kongress vorbereitende Parteitag beschloß nach längerer Debatte einstimmig eine Resolution, welche ausspricht, daß das Proletariat gegen den Krieg alle gesetzliche Mittel — im Parlament Aktionen gegen Geheimverträge und für Schiedsgerichte, außerhalb des Parlaments Versammlungen und Manifestationen — anzuwenden soll. Werde dennoch ein Krieg entfesselt, seien revolutionäre Mittel, wie Generalstreik und Insurrektion, gerechtfertigt, um einem Krieg vorzubeugen, ihn zu beenden und der herrschenden Klasse die Macht zu entreißen. Die französische Delegation in Basel wird beauftragt, in vollem Einvernehmen mit der ganzen Internationale einen einstimmigen Beschluß über eine kraftvolle Aktion gegen den Krieg zu fassen.

### Weiße Ränke.

London, 21. November. (W. L. B.) Unterhaus. Der Unionist Johnson Pids wiederholte heute seine Frage, ob am Abend des 14. Oktober ein Zeppeleinflug über Ebernach geschehen sei. Der Marineminister Churchill erwiderte, er habe Nachforschungen anstellen lassen und in Erfahrung gebracht, daß am Abend des 14. Oktober, ungefähr um 7 Uhr, ein unbekanntes Luftfahrzeug über Ebernach gehört worden sei. Man habe nahebei in Geadshurch Leuchtfeuer aufflammen lassen, doch sei das Fahrzeug nicht dort gelandet. Es seien keinerlei Merkmale vorhanden gewesen, die auf die Nationalität des Fahrzeuges hätten schließen lassen.

### Folgen des Wagenmangels.

Herrborn, 21. November. (B. C.) Die durch den Güterwagenmangel verursachten Betriebsstörungen haben nach dem „Herborner Tageblatt“ schon einen ziemlichen Umfang angenommen. Die Firma Herwig u. Söhne in Dillenburg hat den Betrieb ihrer Walz- und Puddelmühle bis auf weiteres stillgelegt, ebenso die Friedrichshütte bei Laasphe, die Charlottenhütte bei Weisweid. Die Agneshütte, die still gelegt hatte, ist jetzt wieder in Betrieb. Das Aufhören der elektrischen Beleuchtung konnte nur durch das Eingreifen der Dillenburger Bergbehörde vermieden werden.

### Töbliche Fliegerabstürze in Frankreich.

Stampes, 21. November. (W. L. B.) Der Unteroffizierflieger Laurent ist aus hundert Meter Höhe abgestürzt. Er erlag bald darauf seinen schweren Verletzungen. Der ihn begleitende Fluggast wurde leicht verletzt.

Reims, 21. November. (W. L. B.) Der Flieger Fretz ist bei einem Flug mit einem Eindecker tödlich abgestürzt. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsskizzen

Die internationalen Friedenskundgebungen.

Die französische Presse über die Friedenskundgebungen.

Paris, 18. November. (Fig. Ver.) Die gestrigen Kundgebungen des sozialistischen Proletariats innerhalb und außerhalb Frankreichs beschäftigten natürlich die ganze Presse. Nach alibiellierter Methode bestrebt sich ein Teil der bürgerlichen Blätter, besonders die großkapitalistischen und reaktionären, ihre Bedeutung herabzudrücken. Die Unredlichkeit gibt sich hierbei nicht nur im Urteil, sondern schon im bloßen Bericht kund. Die Polizeipräfektur hat allerdings hierbei die Note angegeben, indem sie mitteilte, die Zahl der Demonstranten im Pré-Saint-Gervais habe 18 000 betragen — ausgerechnet 18 000! Die der Generalkommission des Herrn Lépine auf dem ungeheuren Platz, wo zwischen den Miesentreiben von Zuhörern, die sich um die neun Tribünen geschart hatten, viele Tausende hin und her wogten, diese Berechnung angestellt hat, sagt er freilich nicht. Indes haben ein paar Blätter diese Ziffer gern übernommen, und erklären dreist, das Meeting sei misslungen. Der „Clair“ setzt hinzu, „trotz guten Wetters“, obgleich gestern drei Millionen Pariser über das regenstrahlende Wetter geklagt haben, die Straßen tagsüber schlammig blieben und der immerzu befürchtete Regen wirklich, kaum daß die Kundgebung fertig war, in Strömen herunterging.

Nicht alle Blätter lägen indes in dieser Weise los. Mehrere bürgerliche Organe geben 50 bis 60 000 Teilnehmer zu. „Das ganze Volk von Paris war da“, schreibt „Excelsior“ und die Photographie, die er auf der ersten Seite reproduziert, reicht völlig hin, um die Polizeitaktik Lügen zu strafen.

Bemerkenswert ist die nachstehende Stelle des Leitartikels der radikalen „Lanterne“: „Wir werden uns hüten, diese Bewegung zugunsten des Friedens zu verspotten. Wir sehen in ihr den ersten Versuch einer direkten Mitwirkung der Völker an der Leitung der Weltgeschichte und glauben, daß an dem Tage, wo diese Völkerbewegungen eine wirkliche Breite erlangt haben werden, der allgemeine Frieden fester begründet sein wird.“ Die „Lanterne“ meint freilich, die Zeit sei noch nicht, wo selbst der einstimmige Willen der Nationen genüge, jede Kriegsgefahr zu beseitigen. Ueberaus sympathisch steht der radikalsozialistische „Appel“ der Demonstration gegenüber. Er nennt sie ein merkwürdiges und tröstliches Schauspiel und rühmt die Disziplin und Selbstbeherrschung der Demonstranten: „Man konnte sich, wenn man die endlosen Reihen der Manifestanten auf dem Abhang sah, wo sich ihre Waffen gegen den grauen Himmel abzeichnete, nicht enthalten, an jene ihnen gleichen Massen zu denken, die auf anderen, ähnlichen Hängen mit Gewehren und Kanonen auf einander lauern. . . Der Krieg ist unmöglich! So hat gestern das Volk von Paris gerufen. Die Völker wollen in Frieden arbeiten. Die Diplomaten können diesen einmütigen Willen nicht mißachten!“

In den Artikeln der Abendblätter spielt das Jagowske Sprachverbot gegen Jaurès eine Hauptrolle. Das „Journal des Débats“ erklärt, es sei überflüssig und kindisch, in Paris gegen den Krieg zu demonstrieren. Die Gefahr komme nicht von Frankreich, wo alles für den Frieden sei, sondern von anderswo. Und zum Beweise verweist das Blatt auf die Ausweisung Herbés und die Schikane gegen Jaurès. In Frankreich hätten die ausländischen Redner volle Freiheit der Rede gehabt. — Man sieht, zu welcher Ausdeutung sich die Jagowske Geldentart darbietet.

Der „Temps“ findet, man könne den Zweck der Manifestationen nicht verdammen, da diese ja zu sehr den Bestrebungen der Diplomaten entsprächen. Aber man dürfe die Sozialisten nicht sagen oder glauben lassen, daß der europäische Frieden nur durch ihre Drohungen aufrecht erhalten werde. — Das sozialistische Apostelstum schwäche die Nationen, die ihnen erlügen und lege sie den Einschüchterungen und selbst den Angriffen ihrer Gegner aus. Die Regierung, gestützt auf die nationale Macht, arbeite wirksamer für die europäische Eintracht als die Sozialisten. . .

Ueber die gestrigen Provinzversammlungen liegen bisher Meldungen aus Sedan (1000 Manifestanten), Troyes (2000), Clermont-Ferrand (Partei und Arbeitsbörse

gemeinsam Einberufer), Rochefort, Chartres, Bordeaux (Partei und Gewerkschaftsverband geeint, viele Tausend Demonstranten, Umzug mit Fahnen), Lyon (Umzug), Bourges (7000 Demonstranten), Lens, Saumur und Lille vor. Ueberall zeigte sich dieselbe Entschlossenheit zum Kampf für den Frieden.

Die Ausweisung und Verhaftung Gastab Herbés.

Rom, 17. November. (Fig. Ver.) Der Akt frecher Provokation und russischer Polizeiwilddie, durch den Italien sich vor der ganzen modernen denkenden Welt lächerlich gemacht hat, ist in Rom zunächst mit ungläubigem Staunen aufgenommen worden. Man sollte es nicht glauben, daß ein französischer Schriftsteller, der im Auftrage der sozialistischen Internationale in Rom für den europäischen Frieden sprechen sollte, von der italienischen Polizei verhaftet werden konnte.

Herbés war mit dem Abendzug um 7 1/2 Uhr angekommen und von zwei Mitgliedern des Parteivorstandes empfangen worden. Als diese ihn ins Hotel begleitet hatten, näherte sich dem Genossen Herbés ein Herr, der ihm die Hand reichte und der von dem Angekommenen, der glaubte, einen Genossen vor sich zu haben, freundlich begrüßt wurde. Dieser Herr gab sich dann als Polizeibeamter zu erkennen und ersuchte Herbés, ihm aufs Polizeiamt zu folgen, was Herbés, begleitet von den Genossen Della und Voghera tat. Den Begleitern wurde verwehrt, bei dem Verhör anwesend zu sein; es wurde ihnen nur mitgeteilt, daß gegen Herbés seit dem Jahre 1908 ein Ausweisungsbefehl vorliege, der angeblich aus Rücksicht auf die öffentliche Ordnung seinerzeit als Polizeimahregel erlassen worden ist. Herbés wurde sofort in das Gefängnis von Regina Coeli überführt.

Zu derselben Stunde fand eine von den bürgerlichen Radikalen, Republikanern und Reformisten einberufene Versammlung statt, die den nationalen Bestrebungen der Gallanbölter ihre Sympathie aussprechen sollte. Unsere Genossen teilten den unerhörten Willkürakt der von etwa 1000 Personen besuchten Versammlung mit, und entfesselten einen wahren Sturm der Entrüstung. Nach Auflösung der Versammlung kam es zu einer Demonstration auf der Straße, die vor dem Palais der österreichischen Botschaft endete. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, in der Nacht sind aber alle Verhafteten wieder freigelassen worden. Der heutige Tag wird sicher neue Demonstrationen bringen. Sogar die nationalsozialistischen Blätter, die seit mehreren Tagen Herbés als „ungern gesehenen Gast“ bezeichneten, schämten sich jetzt des Erfolges ihrer Hege und finden keine Worte, um die Verhaftung und Ausweisung zu rechtfertigen. Der „Avanti“ bezeichnet sie als einen Akt des Serbilitätstums und des Kalantums gegen Oesterreich, weil man in Herbés den Wortführer gegen die österreichischen Kriegsgelüste zu treffen gesucht hat.

Genosse Treves im Namen der sozialistischen Parlamentsfraktion und Della Seta im Namen des Parteivorstandes haben an Giolitti das folgende Telegramm gerichtet:

„Die Verhaftung des Bürgers Herbés bei seiner Ankunft in Rom, wozu er für die Agitation zugunsten des internationalen Friedens gekommen war, stellt eine schwere Verletzung der Grundzüge der Gastfreundschaft, Gastung und Freiheit dar. Unter Protest gegen die Maßnahmen fordern wir ihre sofortige Aufhebung.“

gez. Treves, Della Seta.

Giolitti denkt natürlich nicht daran, die in seinem Auftrage erfolgte Ausweisung zu widerrufen. Für ihn vertragen sich solche russischen Bräuche sehr gut mit dem „italienischen Liberalismus“.

Protest der Petersburger Arbeiter gegen den Krieg.

Auf der Bevollmächtigtenversammlung der Petersburger Arbeiter wurde einstimmig folgender Protest gegen den Krieg angenommen:

„Wir, die Bevollmächtigten der Arbeiter des Petersburger Gouvernements, betrachten es als unsere Pflicht, unsere Stimme zu erheben gegen den Krieg, der am Balkan entbrannt ist.“

Wir, die Arbeiter Rußlands, wie das Proletariat aller Länder, sind entschiedene Gegner des Krieges. . .

Warum unterjocht die Wiener Presse dieses sinnige Wort? Er hat es doch schon oft gesagt! Oder stimmen die Herren der Philosophie des Librettisten nicht zu? Erscheint ihnen am Ende das Talent doch als ein Motor? Man kann ihn anerkennen und es geht vorwärts und überall hin, wo Geld zu verdienen ist. Einmal tut man so, als ob man dächte und einmal schmiedet man einen Operettenstich. Man hurbelt einfach an. Steht man aber im Kreis der Verständigen, so heuchelt man feierlich, daß so etwas wie das Anerkennen gar nicht möglich ist. Denn Talent ist — wie oft soll er's noch sagen? — nicht wie ein Motor. Nur gedruckt und veröffentlicht muß so etwas nicht werden. Denn angekurbelt wird ja doch!

Der Kampf um die Heimatkunst. Im Departement Haute Garonne liegt eine kleine Stadt namens Alan, weit entfernt vom Lärm und Treiben der modernen Welt. Aber Alan, das so still und verschlafen in unseren Tagen ruht, hat wenigstens den Stolz einer größeren Vergangenheit; im Mittelalter war die Stadt der Sitz eines Bischofs und hat manchen Sturm erlebt. Von dieser geschichtlichen Bedeutung ist ihr nichts mehr geblieben als ein alter Torweg, ein Juwel gotischer Baukunst des 15. Jahrhunderts. Die Alanesen wissen, was sie daran haben, und zeigen den Besuchern mit Genehmigung das herrliche Steinwerk. Vor einigen Wochen verirrte sich ein Kunstbändler in die kleine Stadt und blieb eine Nacht in dem einzigen Gasthof, den Alan aufweist. Am nächsten Morgen langerte er noch etwas herum, und natürlich entlang der Torweg seinen begehrlischen Augen nicht. Er hatte bald heraus, daß das Portal einem Privatmanne gehörte, den er ansuchte. Nicht lange darauf ging es wie ein Lauffeuer durch die Straßen von Alan: ein Trupp Arbeiter war aus Paris angelangt, und sollte das Steinwerk abtragen. Der Stolz Alan sollte Stein für Stein verpackt und fortgeschafft werden, um irgendwo in Amerika seine Wiederauferstehung zu feiern. Der beleidigte Lokalpatriotismus bäumte sich auf, eine Revolution erfüllte den sonst so friedlichen Ort. An der Spitze der Bürgermeister, so zogen die Männer Alan mit Trommeln und Fahnen in den Kampf. Die Gerüste, die bereits für die traurige Arbeit aufgerichtet waren, waren im Nu umgestürzt, die Arbeiter vertrieben. Vergebens protestierten der jetzige und der frühere Eigentümer gegen diesen Gewaltakt. Ihre Beschwerden überdiente der einstimmige Schrei der kunstfertigen Bürgerchaft: „Alan und der Kunstschatz Alan für die Alanesen.“ Der Vorfall wird ein gerichtliches Nachspiel haben, aber Magistat und Bürgerchaft von Alan wissen, daß sie für eine gute Sache kämpfen.

Das erbliche Schnarchen. In seiner englischen Heimat hat der Dekan von Manchester Bischof Wellbon bei seinen Landsleuten ein heiteres Aufsehen erregt, indem er in einer Versammlung bei Gelegenheit einer Rede ein Bekenntnis über den Ursprung des Schnarchens ablegte. Jeder weiß, daß die Entstehung der Schnarchtöne mit dem Öffnen des Mundes während des Schlafes zusammen-

Der Krieg am Balkan droht in ein allgemeines Kriegsfeuer überzugehen und alle europäischen Staaten, in erster Linie Rußland mit hineinanzuziehen. Unter dem Vorwand eines gerechtfertigten Protestes gegen die Unterdrückung der Slawen durch die Türken führen die Balkanstaaten in Wirklichkeit einen Krieg im Interesse der Besitzergreifung von neuen Gebieten. Unter demselben Vorwande suchen die reaktionären Kreise Rußlands, von den Liberalen Kreisen unterstützt, Rußland in das blutige Ringen am Balkan, in ein neues Kriegsbenteuer hineinanzuziehen, das das Land wiederum an den Rand des Untergangs und des Ruins zu führen droht.

Wir protestieren laut gegen die Blut- und Eisenpolitik, die gegen den Willen der Balkanvölker begonnen hat. Wir entsenden unseren brüderlichen Gruß und den Ausdruck unserer vollen Solidarität an die Arbeiter Bulgariens, Serbiens, Griechenlands und der Türkei, die mutig ihre Stimme erhoben haben gegen den von den Regierungen inszenierten Krieg. Wir schließen uns den Arbeitern Deutschlands, Frankreichs, Oesterreichs, Englands und der ganzen Welt an, die dem Kriege den Krieg erklärt haben, um das ausgebrochene Feuer zu löschen und einen Weltkrieg zu vermeiden. Wir erheben Protest gegen unsere russischen Liberalen, die dem dunklen Werke der Hineinziehung Rußlands in einen neuen Krieg ihre schmähliche Unterstützung leisten. Wir machen es den Auserwählten der Arbeiterklasse im Verein mit allen wirklichen Volksvertretern zur Pflicht, in und außerhalb der Reichsduma die Politik des kriegerischen Abenteuerstums mit allen Mitteln zu bekämpfen. Wir sind überzeugt, daß unser Protest gegen den Krieg Widerhall findet bei allen Arbeitern Rußlands, bei allen ehrlichen Demokraten und den Arbeitern aller Länder zur Kenntnis gelangt. Nur die Feinde der Freiheit bedürfen des Krieges; die Arbeiterklasse will die Eintracht der Völker.“

Friedensdemonstration in Budapest.

Die Protestversammlung in Budapest war eine der mächtigsten und imposantesten Versammlungen, die je in Budapest abgehalten wurden. Ein Demonstrationzug ging der Versammlung voraus, an welchem sich mehr als 30 000 Menschen beteiligten. Bei der Ankunft des Demonstrationzuges in dem Versammlungsort, dem größten der Hauptplätze, konnte der Zug keinen Einlass finden, da das Lokal bereits völlig besetzt war. Reichstagsabgeordneter Liebnecht-Berlin hielt das Referat, das lebhaften Beifall auslöste. Dann sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Wilh. Ellenbogen und nach ihm der ungarische Parteiführer Vokanny.

In der Provinz fanden außerdem 43 große Protestversammlungen statt. Eine Resolution wurde angenommen, die in energischen Worten gegen den Krieg Stellung nimmt.

Kundgebungen im Reiche.

In Düsseldorf war Mittwoch vormittag (Vuztag) eine imposante Kundgebung gegen den Krieg in dem Riesensaal des Apollotheaters veranstaltet worden. Obwohl der Saal etwa 8000 Personen faßt, mußte er wegen Ueberfüllung schon lange Zeit vor Beginn der Versammlung abgeperrt und eine Parallelsammlung im „Volkshause“ abgehalten werden. Referenten waren die Genossen Haberland (Reichstagsabgeordneter) und S. Grumbach-Paris. Die Polizei hatte nach dem Rufser Jagows das Reden in französischer Sprache verboten. Heiterkeit erweckte es daher, als sich Genosse Grumbach als „erobierter Elfsch-Lothringer“ vorstellte. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage beifällig zu, dem Internationalen Sozialistenkongress in Basel brüderliche Grüße und beste Wünsche zur erfolgreichsten Tagung zu senden. Die Polizei nahm keinen Anstoß, sich bemerkbar zu machen.

Aus der Partei.

Zum internationalen Kongress.

Die deutsche Delegation tritt in Basel am Sonntagvormittag 9 Uhr in der Klarastraße zusammen.

Wegen Quartier müssen sich die Delegierten mit dem Quartierkomitee, Adresse: Redakteur Frey, Basel (Schweiz), Petersberg 29, in Verbindung setzen und bei ihrer Ankunft in Basel sich beim Auskunfts-Bureau, das am Badischen Bahnhof eingerichtet ist, melden.

hängt. Man pflegt daher schon bei der Erziehung der Kinder darauf zu halten, daß sie nicht mit offenem Mund schlafen, freilich nicht nur mit Rücksicht auf Vermeidung des Schnarchens, sondern namentlich weil die Nase bei der Atmung als Filter für die Luft dienen und den Staub abhalten soll. Diese Ansicht über das Schnarchen ist nun aber zum wenigsten unvollständig, denn es kann gar keinem Zweifel unterliegen, und jeder kann es bei sich selbst ausprobieren, daß man auch mit geschlossenem Mund schnarchen kann. Es müßte überhaupt erst noch bewiesen werden, daß die Mehrzahl der Schnarcher oder die größten Virtuosen in dieser Kunst mit offenem Mund ihre nächtlichen Unluten verüben. Außerdem aber kann man ernstlich die Frage aufwerfen, ob das Schnarchen vielleicht erblich ist. Der Bischof von Manchester führte zur Stütze dieser Vermutung ein Wort des berühmten Rechtsgelehrten Bentham an: „Mein Vater schnarchte, meine Mutter schnarchte, und wenn mein Sohn nicht schnarcht, dann ist er ein Verräter.“ Die Wahrheit wird wohl in der Annahme liegen, daß das Schnarchen auf sehr verschiedenem Wege zustande kommen und daß es in einigen dieser vielen Fälle auch auf erblichen Einflüssen beruhen kann. Es ist dann vielleicht zu vergleichen mit Eigentümlichkeiten der Sprache oder des Stimmklanges, die ja auch insoweit erblich sein können, daß man zuweilen die Verwandtschaft zwischen zwei Personen an der Ähnlichkeit der Sprache zu erkennen vermag. Außerdem gibt es, wodurch die Vielfältigkeit in der Entstehung des Schnarchens am schärfsten gekennzeichnet wird, auch ein eigentlich krankhaftes Schnarchen, das in Zusammenhang mit bestimmten Krankheiten der Mundorgane oder auch des Gehirns steht und zuweilen ein recht bedenkliches Merkmal darstellt.

Notizen.

Der Verein für Frauen und Mädchen veranstaltet Sonntag nachmittag 4 Uhr im Wühner-Saal, Lühovstr. 76, ein Schumann-Konzert. Mitwirkende: Frau Paula Weinbaum und das Nestenberg-Trio.

Der Patriotismus als Geschäft. Der „Kunstwart“ bringt unter dem Titel „Anzeigen als Anzeichen“ von Zeit zu Zeit Inserat-Ausschnitte, die helle Schlaglichter auf die Meinung und den Ausdruck bestimmter Kreise werfen. Zu was allem der Patriotismus ausbeulet wird, zeigt folgende Anzeile aus Berliner Blättern:

Für große patriotische 1913-Sache werden zur Gründung einer G. m. b. H. 20 000 Mark (auch geteilt) gesucht. Sowie zeitig hohe Anerkennungen und bringt großen Gewinn. Herstellungs-Unkosten betragen M. 0,25; Verkaufspreis M. 2,50. Offerten an: Dipl.-Ingenieur 1813—1888—1913, usw.

Kleines feuilleton.

Theaterbauten. Im Berliner Westen, beim Bahnhof Zoo, gibt es seit gestern ein großes Variété. Ein Institut also, das vorerit den nichtsonnigen Cavalieren und den unter Pleureusen wandelnden Damen eine himmlische Soiree bereitet, das aber zuweilen auch uns anderen eine vergessene Lustigkeit sein kann. In den Focetten der Menschlichkeit gehören eben auch Chansons, Ballettbeine und Akrobatennusfeln. Mit Raß darf selbst der Strebende das Ringeltangel heimsuchen. In der neuen Vergnügungsbude aber wird sich sogar der Geschmadvolle behaglich fühlen. Was Arthur Wieberfeld aus der langgestreckten „Dundehütte“ der Ausstellungsbauden gemacht hat, verdient alle Achtung. Er sollte einen Raum für etwa 1600 Menschen herichten; er tat es mit Geschid. Trotz der Abmessungen von 40 zu 80 Metern mangelt es nicht an einer gewissen Intimität, die noch erhöht wird durch eine ungewöhnliche, jedem einzelnen zugute kommende Bequemlichkeit des Gesißels. Dazu addiert eine heitere Farbigkeit, ein Klang aus lila, grün und gelb, durchweht von diskret verteilten Blitzeffekten. Von dem üblichen Studisitz, wie er im Wintergarten und im Metropol haust, gibt es hier keine Spur; statt dessen eine anständige Festlichkeit und die Temperatur gepflegter Spahmacherel. — Gleichzeitig ist vom Wettbewerb um das Berliner Opernhaus zu berichten, daß die Akademie des Bauwesens aus den 68 eingelieferten Entwurfsentwürfen fünf als würdig erlor. Nämlich: die Arbeiten von Dülfer, Jürgensen und Bachmann, Otto March, Karl Moritz, Richard Seel. Das ist immerhin etwas anderes, als das, womit das Ministerium am Anfang aufwartete. Dem Beamtentwurf Grundes scheinen nun doch die Vorschläge freier Künstler gefährlich zu werden. Oder: war der Wettbewerb vielleicht nur ein Spiel, die kritische Meute zu belustigen, während in Wirklichkeit alles beim alten bleiben soll? Wir möchten das nicht hoffen und haben vorläufig auch noch keine Ursache dazu. Immerhin bliebe zu wünschen, daß so schnell wie möglich sämtliche Wettbewerbsentwürfe zur Ausstellung kämen. R. Br.

Er hat's oft gesagt. Aus Wien wird uns geschrieben: Sonntag gab es hier eine seltsame Feier. Unter dem Ehrenvorsitz des klerikalen Kultusministers Hussarek versammelten sich die jüdischen Schriftsteller Wiens, um — Gerhart Hauptmann in ihrer Mitte zu begrüßen. Hussarek, Erlich (der Präsident der „Concordia“) und Hauptmann — die dichterische Kraft der Wirklichkeit ist unerreichbar. Die Festrede hielt Felix Salten, der Verfasser von Operettenregien! Ein Schlein seiner Anspache beschwören die bürgerlichen Blätter der Haupt- und Residenzstadt gartfähig: „Talent — ich hab es oft gesagt — ist nicht in uns gelegt wie ein Motor in ein Fahrzeug eingebaut ist. Nun kann man ihn ankurbeln und es geht vorwärts.“

### Eine Konferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

logie am Mittwoch in Frankfurt a. M. berichtet wurde, daß im Bezirk auf allen Gebieten gute Fortschritte gemacht wurden. Die Partei zählte in den 11 Wahlkreisen vor 12 Jahren 7517, im Vorjahre 23 213, jetzt 27 042 Mitglieder, darunter 3182 weibliche. Die „Volksstimme“ hat 40 000 Abonnenten. Bei der letzten Reichstagswahl stieg unsere Stimmzahl um 26 640, gleich 31,02 Proz. In kommunalen Körperschaften hatte die Partei Vertreter: 1906: 169, 1908: 195, 1910: 251, 1912: 291.

1717 Mitglieder- und 1055 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten, 183 000 Flugblätter, 74 000 Broschüren und 120 000 Kalender verbreitet. Das Bibliothek- und Bildungswesen wurde weiter entwickelt und die Jugendbewegung vorangebracht.

Ueber die preussischen Landtagswahlen referierte Genosse Liebknecht. Unter lebhafter Zustimmung der Konferenz betonte er, daß der Freisinn nur auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen könne, wenn er Gegenleistungen gewährt. — Genosse Wendel sprach über den Internationalen Kongress in Basel. An das Referat knüpfte sich eine lebhaft debattierte Debatte. Als Delegierter wurde Genosse Wendel mit 74 gegen 51 Stimmen gewählt.

Der Bezirksvorstand wurde durch Frau Emmenbach ergänzt und dem scheidenden Bezirkssekretär Rudolph wurden warme Worte der Anerkennung gesollt. Die Bezirkskonferenzen sollen künftig nur noch in Frankfurt abgehalten werden.

### Gemeindevahlen.

In der Stadt Dessau vereinigte sich bei der Stadtratswahl auf die gemeinsame Liste der Sozialdemokraten und Fortschrittler eine Mehrheit von rund 500 Stimmen. Gewählt wurden 5 Sozialdemokraten, 5 Fortschrittler und 2 Demokraten. Die national-liberal-mittelständlerische Mehrheit im Stadtparlament ist nun ersetzt durch die sozialdemokratisch-fortschrittliche.

Die Erfurter Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung endeten am Dienstag nach siebenstündiger Dauer mit einer Niederlage unserer Genossen. Von 15 410 Wahlberechtigten übten 7357 ihr Wahlrecht aus gleich 47,74 Proz. Stimmen erhielten unsere Genossen 2806 bis 2856, die Gegner 4378 bis 4336; wir erhielten 30,30 Proz. der gesamten abgegebenen Stimmen. Bei der letzten Wahl hatten unsere Genossen 42,31 Proz. der abgegebenen Stimmen, während die Beteiligung nur 38,13 Proz. betrug. — Wahlertrismus zeigte sich in der traktierten Form an allen sieben Tagen. Die Wahlbeteiligung war 1908 zum erstenmal über 30 Proz. gestiegen, die Angst vor einigen Sozialdemokraten hat diesmal fast 48 Proz. auf die Beine gebracht.

In Hensburg wurden die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt. Vier Sozialdemokraten sitzen dort nunmehr im Stadtverordnetenkollegium. Gegenüber den Wahlen im Vorjahre ist ein Zuwachs von reichlich 700 sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen.

Bei der Bürgerauswahl (3. Klasse) in Rosbach (Baden) erhielten die Sozialdemokraten 5 von den 20 Sitzen. Hätte die sozialdemokratische Liste eine Stimme mehr erhalten, so würde ein weiteres Mandat erobert worden sein.

In Konstanz brachten die Bürgerauswahlwahlen in der 3. Klasse bei einer Wahlbeteiligung von 64 Proz. den Sozialdemokraten 8 Stadtverordnetenstimmen von 32 im ganzen. Bei den Wahlen der 2. Klasse, an der sich 81 Proz. der 1363 Wahlberechtigten beteiligten, fielen auf die sozialdemokratische Liste nur 34 Stimmen. Es wurde in dieser Klasse keiner unserer Kandidaten gewählt.

In Herbst regten die Sozialdemokraten und Demokraten über die bürgerlichen Kandidaten.

### Eine Konferenz der Bildungsausschüsse Thüringens

fand am Sonntag, den 17. November, im „Volksaue“ zu Weimar statt. Anwesend waren außer 3 Vertretern des Bezirksbildungsausschusses in Erfurt 9 Delegierte von Wahlkreisbildungsausschüssen, 47 Abgeordnete der örtlichen Ausschüsse und je ein Vertreter des Arbeiterbildungsinstituts in Leipzig, des Bezirksbildungsausschusses für die Provinz Sachsen und für Anhalt in Magdeburg und des Jugendagitationsbezirks Thüringens. Der Zentralbildungsausschuss hatte sich wegen Behinderung entschuldigt.

Genosse E. M. Höllein-Jena eröffnete das erste Referat über: „Die Arbeiterbildung in Theorie und Praxis“. Die vom Referenten vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Genosse Eugen Prager-Erfurt behandelte das Thema: „Schülerwanderungen“. Ausgehend von der Erkenntnis, daß wir auf keinen Fall die proletarische Schuljugend den gewerkschaftlichen Organisationen (Jugenddeutschlandbund usw.) überlassen dürfen, propagierte er den Gedanken der bezirksweisen Organisation von Schülerwanderungen, des Austausches von proletarischen Schülern von Stadt zu Land und von der Einrichtung von Waldspieltagen in den Ferien. In der sehr ausgiebigen Diskussion, die sich durchaus in zustimmendem Sinne bewegte, wurde empfohlen, die Zusammenfassung der proletarischen Schuljugend nicht bloß auf die Ferien zu beschränken, sondern sie das ganze Jahr über durch Einrichtung von Spieltagen und Kinderkochen usw. zu betreiben.

Genosse Ost. Reichhaus-Erfurt besprach die Theaterfrage. Er beleuchtete den künstlerischen Tiefstand des kapitalistischen Geschäftstheaters und die Schäden des Dilettantenwesens und erörterte die Frage der Organisation einer Schauspielbörse in Thüringen.

### Konferenz der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz.

In St. Gallen tagte am Sonnabend und Sonntag die Konferenz der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz, die von 35 (von 38) Sektionen durch 44 Delegierte besetzt war. Vom sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin und der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs in Wien lagen Glückwunschschreiben vor. Zum gedruckten Tätigkeitsbericht des Bundesauschusses gab Sekretär Blatten-Zürich noch mündliche Erläuterungen, in denen sowohl wie in der anschließenden Diskussion wiederum wie auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Neuenburg von allen Seiten Klagen erhoben wurden über willkürliche und gesehloßene Behandlung und Rückführung von ausländischen Arbeitern in der Schweiz durch die Polizei. Es fand dann folgende von Zimmer-Winterthur beantragte Resolution einstimmige Annahme:

Die am 16. und 17. November in St. Gallen tagende Konferenz der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den von Delegierten aus allen Teilen des Landes erstatteten Berichten über polizeiliche Mißhandlung und Schikane von ausländischen Arbeitern, die so als völlig rechtlos und vogelfrei erscheinen, obwohl ihnen die Niederlassungsverträge das volle Recht des Aufenthalts in der Schweiz garantieren. Die Konferenz protestiert gegen diese Mißhandlung ruffischer, die schweizerische Demokratie schändenden Zustände und beauftragt den Landesauschuss, alles bezügliche Material zu sammeln, zu veröffentlichen und in jedem Falle die geeigneten Schritte zu unternehmen, namentlich auch durch die Mitwirkung der sozialdemokratischen Vertreter in den Behörden, um diesen unerträglichen und unwürdigen Verhältnissen ein Ende zu machen.

Die wichtigste Frage, die die Konferenz beschäftigte, war die des Anschlusses der internationalen Arbeitervereine an die schweizerische sozialdemokratische Partei und der Auflösung der seit 30 Jahren bestehenden Landesorganisation. Eine ganze Anzahl von Vereinen hat diesen Anschluss bereits vollzogen und es wäre auch die Frage der Auflösung der Landesorganisation reif gewesen, wenn die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei dem Landesauschuss gegenüber das erwünschte Entgegenkommen bezeugt hätte. Nach mehrwöchiger lebhafter Diskussion fand mit 39 gegen 4 Stimmen eine Resolution Annahme, die sich grundsätzlich für die Auflösung der Landesorganisation erklärt,

weil die Entwicklung zur Parteienheit in der Schweiz vordrückt geht und die Sektionen verpflichtet, in die Kantonalverbände einzutreten. Vom 1. Januar 1913 ab sollen in den internationalen Arbeitervereinen, soweit es nicht schon jetzt der Fall ist, die Mitgliedsbücher und Beitragsmarken der Partei eingeführt werden. Endlich sollen die Sektionen und der Landesauschuss die nötigen Vorbereitungen für die Auflösung der Landesorganisation treffen. — Der Beschluß ist geradezu ein Ereignis für die Geschichte der Arbeiterbewegung, der von hoher politischer Einsicht und Reife der ausländischen Genossen in der Schweiz zeugt und dessen volle Würdigung und Anerkennung man mit Recht auch von den schweizerischen Parteigenossen und den leitenden Organen der Partei fordern darf.

Vorläufig besteht die Landesorganisation noch fort und wurde Zürich als Vorort, Winterthur als Sitz der Beschwerdekommision bestätigt.

Schließlich fand noch eine Resolution gegen Völkerrück und Imperialismus einstimmige Annahme, worauf die Konferenz vom Präsidenten Kugler-Zürich mit einem dreifachen begeisterten Hoch auf die internationale, revolutionäre und völkerbefreiende Sozialdemokratie geschlossen wurde.

### Kongress der sozialistischen Seinesöderation.

Am Sonntagmorgen fand in St. Gerolds der außerordentliche Kongress der Seinesöderation statt, an dem über 300 Delegierte teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand: „Die internationale Lage und die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg“. Im Verlauf einer längeren Debatte erklärte Genosse Vaillant, daß man den zum Basler Kongress Delegierten freie Hand lassen müsse, um ihnen zu ermöglichen, in Basel einer gemeinsamen Resolution zuzustimmen. Es wurde mit 313 gegen 26 Stimmen eine Resolution angenommen, die an die von den Kongressen in Limoges und Nancy angenommenen Beschlüsse erinnert, die zur Verhinderung des Krieges alle Mittel empfahlen, „von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation, den Massenmanifestationen bis zum Arbeitergeneralstreik und der Insurrektion“. Auf dem am Donnerstag in Paris stattfindenden außerordentlichen Nationalparteitag der französischen Sozialdemokratie wird diese Resolution ebenfalls zur Annahme vorgeschlagen werden.

### Parteiliteratur.

Im Verlag von J. G. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen als Nr. 25 der Kleinen Bibliothek: 1807 bis 1812. Von Tilsit nach Taurrogen. Von Franz Mehring. Aus dem Inhalt heben wir hervor: 1. Einleitung. 2. Der Friede von Tilsit. 3. Die agrarische Reform. 4. Die militärische Reform. 5. Der Septembervertrag von 1808. 6. Ein Sieg der Junker. 7. Die städtische Reform. 8. Der Krieg von 1809. 9. Das westfälische Bulletin. 10. Das französische Bündnis. 11. Der russische Feldzug. 12. Die Kondition von Taurrogen.

## Jugendbewegung.

### Internationale Jugendkonferenz.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands schreibt und: Mehrere Anfragen veranlassen uns mitzuteilen, daß die proletarische Jugendbewegung Deutschlands auf der Konferenz in Basel nicht vertreten sein wird. Nach der Münchener Resolution über die Jugendbewegung ist „die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisation.“ Aus diesen Gründen ist die deutsche Jugendbewegung bisher nicht an das Internationale Jugendsekretariat angeschlossen.

## Soziales.

### Aus einem Berliner Nachtcafé.

Im Café Borussia (Inh. Wäseker) in der Hasenheide ist zur Unterhaltung und Aufheitung der Gäste eine Kapelle angeheftet. Für den Monat September war eine Kapelle von 5 Personen (2 Damen und 3 Herren) vertraglich verpflichtet. Die Spielzeit sollte täglich von 8 Uhr abends bis 4 Uhr morgens und Sonntags von 4 Uhr nachmittags bis 4 Uhr morgens einschließlich einer Pause von einer Stunde betragen. Als Säge waren für jede Nacht 47 M. vereinbart, die nach Beendigung jeder Spielzeit bezahlt wurden. Am 8. September kam es zwischen Herrn Wäseker und der Dirigentin der Kapelle, Frau La Moudelle, zu Differenzen. Infolge derselben entließ Herr W. die Kapelle ohne Zahlung der Säge. Frau W. klagte jetzt vor dem Gewerbegericht auf Zahlung der Säge von 8. bis 16. September pro Tag mit 47 M., ermäßigte aber schließlich ihre Forderung auf 250 M. In der Verhandlung vor dem Kammer VI des Gewerbegerichts gab der Beklagte Müjeler zu, daß er mit der Klägerin einen Vertrag für den Monat September abgeschlossen habe. Mit den gespielten Musikstücken sei er öfter nicht zufrieden gewesen, weil die Kapelle zu viel ernste Stücke gespielt habe. In der Nacht, in welcher der Konflikt ausbrach, hätte er den Besuch eines früheren Kapellmeisters bekommen. Dieser habe etwas Gutes von der Kapelle hören wollen. Darauf habe er durch einen Angestellten die Kapelle ersuchen lassen, doch einmal die zweite Kapellprobe von Mozart zu spielen. Die Klägerin habe dies abgelehnt und ihm sagen lassen, ein derartiges Verlangen sei eine unerhörte Humutung. Dann habe er der Kapelle sagen lassen, sie sollte die „Traviata“ spielen. Auch dies habe die Klägerin zuerst abgelehnt, dann aber erklärt, sie wollten einen Teil spielen, so gut es eben gehe; die Mitglieder der Kapelle seien übermüdet. Einen Teil habe die Kapelle auch gespielt. Ueber das Verhalten der Klägerin wäre er als Besitzer des Lokals sehr erregt gewesen und habe schließlich auf ihre weiteren Dienste verzichtet. Die Klägerin habe ihn auch vor den Gästen seines Lokals bloßgestellt. Um seine Autorität als Besitzer des Lokals zu wahren, habe er einige Gäste, die sich der Klägerin als Zeugen anboten, aus dem Café verwiesen. Dieser Vorgang habe sich in der vierten Morgenstunde abgespielt. Am folgenden Tage habe er von der Kapelle einen Brief erhalten, worin diese ihm mitteilte, daß sie sich ihm wieder zur Verfügung stellten. Er habe aber auf die weiteren Dienste verzichtet.

Die Klägerin hob hervor, daß die Kapelle die Dienste nicht verweigert habe. Es wäre ganz unmöglich gewesen, morgens um 4 Uhr, nachdem sie viele Stunden anstrengend gespielt hätten, so schwere und so große Musikstücke zum Vortrag zu bringen. Sie seien vollständig abgespannt und übermüdet gewesen. Herr Wäseker habe eine gewisse Animosität gegen sie gehabt und den Konflikt nur vom Zaune gezogen.

Einige Zeugen legten dar, daß die Mitglieder der Kapelle morgens um 4 Uhr in der Tat überanstrengt waren. Die als Zeugin vernommene Cellistin gab noch an, daß sich Herr W. sehr für sie interessiert habe, er sei ihr gegenüber sehr nett und zuvorkommend gewesen, habe sie öfter gehandelt und einmal ins Bein gezwikt. Als sie sich dies verbat und ihm auf die Hand geschlagen habe, hätte er gesagt, sie dürfe ihren Ehemann nicht schlagen. Als die Zeugin diese Angaben machte, rief ihr Herr Wäseker einige kränkende Bemerkungen zu. Darauf verhängte das Gericht eine Ordnungsstrafe von 20 M. wegen Ungebühr über ihn. Im dritten Termin kam ein Vergleich zustande. Nach diesem verpflichtete sich der Beklagte, das Gehalt für den Entlassungstag und 100 M. an die Klägerin zu zahlen.

Der Vergleich, dem die Klägerin nur auf wiederholtes Drängen des Vorsitzenden, Magistratsassessor Nieße, und eines Arbeitgeberbesitzers zustimmte, bedeutet ein außerordentlich großes Entgegenkommen dem Beklagten gegenüber. In der Verhandlung ist erwiesen, daß die Kapelle die Arbeit nicht verweigert hatte, sondern nur wegen Ueberanstrengung den an sie gestellten Anforderungen nicht nachkommen konnte. Außerdem war sie überhaupt nicht verpflichtet, weil es einem Freunde des Beklagten gerade paßte, die

zweite Kapellprobe von Mozart zu spielen. Es ist bedauerlich, wenn in so gelagerten Rechtsfällen der Vorsitzende durch Einreden auf die klagende Partei diese zur Aufgabe ihres klaren Rechts veranlaßt.

Nach dem Ergebnis der Verhandlung hätte der Beklagte zur Zahlung der gesamten Forderung verurteilt werden müssen.

## Gerichts-Zeitung.

### Freie Bahn den Kinderhändlern?

Der Rentier und Ratsherr Peters in Königswalde (Kreis Oststernberg) ging gegen ein zwölfjähriges Mädchen, das in seinem Haushalt beschäftigt war, mit unfittlichen Handlungen vor. Das Kind sträubte sich, unterlag aber schließlich den Verlockungen und Drohungen des Wüstlings. Erst durch Eingreifen Dritter wurde Strafverfolgung, Verhaftung und Bestrafung des Verführers herbeigeführt. Darauf begann eine Sejjagd gegen das geschändete arme Kind. Es wurde wegen angeblichen Diebstahls angeklagt, mußte aber freigesprochen werden. In dem vom Lehrer angestellten, vom Pastor als Schulinspektor bestätigten Zeugnis hieß es: „Zu tadeln wegen sittlicher Vergehen“, weil es schließlich den rohen Angriffen des Ratsherrn unterlegen war. Gemeinsame Konfirmation wurde dem Kinde verweigert. Es wurde auch mit Fürsorgeerziehung bedroht. Der Pastor Lehmann aus Königswalde wollte des Ratsherrn Verhalten mit christlicher Liebe bedecken, als er es noch nicht in seiner ganzen Scheußlichkeit erkannt hatte. Beeilte sich das Konsistorium das ungerechte Schulzeugnis zu ändern? Keineswegs. Es stellte Strafantrag wegen vermeintlicher Beleidigung des Pastors, weil nach durchaus unzutreffender Ansicht des Konsistoriums dem Pastor im Vorwärtsartikel in den Mund gelegt sei, die Mutter solle die Tat verschweigen, dann werde das Kind eingesejnet, sonst nicht.

Und in der Tat verurteilte die Strafkammer des Landgerichts unsern verantwortlichen Redakteur Genossen Albert Wachs am 23. März zu einem Monat Gefängnis. Unsere Erwartung, das Reichsgericht werde dieses ungerechte Urteil aufheben, ist nicht in Erfüllung gegangen: das Reichsgericht hat am Dienstag die Revision verworfen. Es hat das erste Urteil nur insoweit geändert, als es die Publikationsbesugnis dem Konsistorium statt dem Pfarrer zusprach.

Vereits nach Fällung des Strafkammerurteils erklärten wir, durch solche unseres Erachtens durchaus ungerechte Urteile werden wir uns nicht abhalten lassen, zum Himmel schreiende Schandungen unschuldiger Kinder und die dem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagende Behandlung eines solchen Kindes zu besprechen und zu kritisieren. Schamlos, wer sich durch Gerichtsurteile davon abschrecken ließe. In ein Schulzeugnis hineinzuschreiben: „Zu tadeln wegen sittlicher Verfehlungen“, weil das Kind seinen Widerstand gegen seine Schändung durch den Rentier, Ratsherrn und Herrschaft hatte brechen lassen, heißt nicht den Sittlichkeitsverbrecher, sondern sein Opfer an den Pranger stellen.

Eine Korrektur des Zeugnisses hätte das Konsistorium von Amts wegen bewirken sollen; es hat aber vorgezogen, gegen die Kritiker der Sittlichkeitschändung Strafantrag zu stellen. Es hat auch erachtet, daß unser verantwortlicher Redakteur durch falsche Auslegung des Artikels einen Monat Gefängnis erhielt. Wir beneiden das Konsistorium nicht um die Einsparungen, die sein Vorgehen gegen andere als uns ausgelöst hat. Nach wie vor werden wir, unbekümmert um konsistoriale Strafanträge und Fehlurteile des Gerichts, gegen entsetzliche Verwüstungen von Kinderglück uns wenden.

### Die Polizeistunde.

In der Ermittlung und Festnahme von Kapitalverbrechern verjagt die polizeiliche Indignität meistens. Desto größere Triumphe feiert sie dagegen auf dem Gebiet der sogenannten polizeilichen Kleinarbeit. Welche Menge von Kraft und Zeit wird nicht verschwendet, um beispielsweise Uebertretungen der für Schanklokale beschriebenen Polizeistunde festzustellen. Dabei halten die polizeilichen Feststellungen vor Gericht in vielen Fällen nicht stand. Der Gastwirt Franz Schulz in der Oberstraße ist schon öfter mit polizeilichen Strafverfügungen bedacht worden, die sich aber vor Gericht als unbegründet herausstellten. Gestern hatte Schulz wieder wegen zwei derartiger Fälle vor der Berufungskammer zu erscheinen. In beiden Fällen hat ihn der Kriminalassistent Günther angezeigt, nach der Polizeistunde noch Gäste bewirtet zu haben. Im einen einzigen Gast handelte es sich in jedem Falle. Aber diese beiden Gäste waren, wie vor Gericht festgesetzt wurde, Mitglieder oder geladene Gäste eines in Schulz'schen Lokale an dem betreffenden Abend tagenden Vereins, der nicht an die Polizeistunde gebunden war. Das Gericht kam deshalb in beiden Fällen zu einem freisprechenden Urteil.

### Gericht nachgeordnetes Organ der politischen Polizei?

Auf Veranlassung der politischen Polizei war die Arbeiterin Razinowska wegen Uebertretung der Meldevorschriften mit der höchsten zulässigen Strafe von 60 Mark oder fünf Wochen Haft bedacht worden. Wie kam es, daß sich die politische Polizei mit dieser gar nicht in ihr Ressort einschlagenden Sache befaßte? Die Arbeiterin Razinowska, die jetzt nicht mehr in Berlin wohnt, war seinerzeit Schriftführerin in der Partei politischer Sozialisten (P. P. S.) und derjenige, der unangemeldet kurze Zeit bei ihr wohnte, war ein russischer Arbeiter, den die politische Polizei auszuweisen beabsichtigte. Der Arbeitgeber des Russen scheint von dieser Absicht der Polizei Wind bekommen zu haben. Er mochte den in seinem Fach sehr tüchtigen russischen Arbeiter nicht gern entbehren und gab ihm deshalb den Rat, sich unangemeldet in Berlin aufzuhalten. Das ging auch einige Wochen. Inzwischen hatte die politische Polizei den Aufenthalt des Russen angestellt. Dieser wurde ausgewiesen und seine Wirtin, eine Arbeiterin, die nur 12—14 M. in der Woche verdient, bekam ein auf 60 Mark lautendes Strafmmandat, welches auch vom Schöffengericht bestätigt wurde. — In der Berufungskammer, die sich gestern mit dieser Sache zu beschäftigen hatte, wies Rechtsanwalt Oskar Cohn auf den ganz ungewöhnlichen Fall hin, daß die politische Polizei sich dieser Uebertretung der Meldevorschrift annahm. Ebenso ungewöhnlich, ja unerhört sei es, daß das Gericht erster Instanz, dem Ersuchen der politischen Polizei folgend, auf die Höchststrafe erkannt habe. Ein solches Ersuchen der Polizei sei ein Uebergriff in die Befugnisse, welche allein dem Gericht zustehen. Kein Gericht solle sich derartige Uebergriffe gefallen lassen.

Das Gericht bestätigte demnach das Urteil erster Instanz. Also hat auch hier die politische Polizei ihren Willen bekommen.

### „Streifbrecher“ eine Beleidigung?

Vom Reichsgericht wurde am Dienstag das Urteil des Landgerichts Dortmund vom 23. April aufgehoben, durch welches der Bergmann Stankinski wegen Beleidigung auf einer Woche Gefängnis verurteilt worden ist. Nach Ansicht des Reichsgerichts ist in dem

Urteil nicht genügend dargelegt, daß in dem Worte „Streifbrosch“ eine Beleidigung zu erblicken ist. Die Sache wurde an das Landgericht zurückverwiesen.

Das Wort „Streifbrosch“ spricht nur eine Tatsache aus, kann also nicht beleidigend sein, wenn diese Tatsache wahr ist oder wenn der angeblich Beleidigte Streifbruch für nichts Verächtliches hält. Indes das Landgericht wird ein paar „Feststellungen“ über den beleidigenden Charakter des Wortes machen und dann wird dasselbe Reichsgericht auch dies wie so viele Streifurteile für frei von Nachsicht erklären.

**Der Tarifvertrag der Maler vor dem Reichsgericht.**

Für das Malergewerbe besteht ein am 26. Januar 1910 zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe (Sitz Berlin) einerseits und drei Arbeitnehmerorganisationen, nämlich dem Verband der Maler Deutschlands (Sitz Hamburg), dem Zentralverband christlicher Maler (Sitz Düsseldorf) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund andererseits abgeschlossener Reichstarifvertrag, der Festsetzungen über die zu zahlenden Löhne usw. enthält. In dem Tarifvertrage findet sich aber auch eine über den sonstigen Rahmen solcher Verträge hinausgehende Bestimmung, die eigentlich nur die Arbeitgeber untereinander betrifft: Nach § 10 müßen die vertragschließenden Parteien ihre Mitglieder verpflichten, sich gegenseitig zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz zu unterstützen; solche liegt vor, wenn ein Meister einen Auftrag unter dem Selbstkostenpreis übernimmt. Solchenfalls sollte die Sperre verhängt werden können.

Am 20. März 1910 verhängte die Ortsgruppe Spandau des Arbeitgeberverbandes über ihr Mitglied, den Malermeister P. und sein Geschäft, die Sperre, weil dieser Submissionsangebote für die königlichen Institute und für die städtische Badeanstalt in Spandau unter Selbstkostenpreis abgegeben habe. P. will hierdurch schwer geschädigt worden sein. Auf Veranlassung des Verbandes der Arbeitnehmer hätten 25 seiner Gehilfen die Arbeit eingestellt, dadurch sei sein Betrieb lahmgelegt worden; er habe deshalb schließlich klein beigeben und um Aufhebung der Sperre ersucht. Es fanden dann Verhandlungen statt, die dazu führten, daß P. die Kosten der Sperre übernahm, worauf diese am 23. März aufgehoben wurde. Dann strengte aber P. eine Klage gegen die am Tarifvertrag be-

teiligten Verbände, sowohl gegen den Hauptverband der Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmerverbände an. Er richtete die Klage ferner gegen die Ortsgruppen Spandau des Arbeitgeberverbandes und des Verbandes der Maler, und schließlich gegen je drei Vorstandsmitglieder dieser beiden Ortsgruppen. Der Kläger behauptet: die Sperre habe gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung und gegen § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verstoßen. Er habe die Submissionsangebote nicht unter seinen Selbstkostenpreisen abgegeben. Der Kläger verlangt Schadenersatz wegen der Sperre, Rückzahlung der von ihm gezahlten Kosten der Sperre und Feststellung, daß die Beklagten in Zukunft nicht berechtigt seien, auf Grund des Tarifvertrages wegen Unterbietung der Selbstkostenpreise des Verbandes wiederum die Sperre über den Kläger zu verhängen.

Das Landgericht und Kammergericht Berlin haben die Klage abgewiesen. In seinen Entscheidungsgründen führt das Kammergericht aus: Soweit der Kläger seine Ansprüche auf den Vertrag stützt, sind sie unbegründet. Der Kläger ist kraft des Vertragsverhältnisses verpflichtet, die Ausübung der dem Vertragsgegner nach dem Tarifvertrag zustehenden Sperre wegen Schmutzkonkurrenz zu dulden. Die Sperre war auch berechtigt. Es lag in der Tat eine Schmutzkonkurrenz des Klägers vor. Maßgebend waren die vom Verband festgesetzten Mindestpreise, nicht die eigenen Selbstkostenpreise des einzelnen Unternehmers. Aber auch ein Angebot unter seinem eigenen Selbstkostenpreis lag offenbar vor, denn der Kläger hat bei der Ausschreibung derselben Arbeiten sein eigenes früheres Gebot selbst unterboten, um seinen Konkurrenten herauszudrängen. Hat aber der Kläger die Sperre durch sein Verhalten selbst veranlaßt, so kann er hieraus keinen Schadenersatzanspruch geltend machen. Auch soweit der Kläger sich auf außervertragliche Haftung beruft, ist die Klage unbegründet. Die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung sind nicht anwendbar, weil Tarifgemeinschaften keine Kampforganisationen sind und eine Nötigung des Klägers nicht vorliegt. Auch die vom Kläger behauptete Sittenwidrigkeit der Sperre im Sinne des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist zu verneinen. Jedenfalls hat aber der Kläger, indem er sich der Sperre unterwarf und deren Kosten zahlte, damit auf alle Schadenersatzansprüche verzichtet.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts am Dienstag bestätigt.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vierzehnten — Fünfzehnten —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abmahnungsentwässerung beifolgt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

G. M. 82. 1. Konfirmationschein genügt. 2. Die Kosten für placir amtliche Zeugnisse sind in den einzelnen Gemeinden recht verschieden. Lassen Sie den Betrag durch Nachfrage erheben. 3. Ihre Frau bliebe kircheneuerpflichtig, bei Zurückziehung des Antrages sind trotzdem die Kosten zu zahlen. — F. R. 40. Bei Großjährigkeit der Kinder hat das Vormundschaftsgericht nicht die Befugnis, die Auseinandersetzung herbeizuführen. (§§ 1314, 1669 B. G. B.) — 20. R. 6. Wenn es sich um ein Verlobungs handelt, nein. — D. H. 14. Die notwendigen Küchenarbeiten unterliegen nicht der Beschlagnahme oder Einbehaltung, sie können auch veräußert werden. — C. F. 100. Die Firma ist zur Rücknahme der Maschine nicht verpflichtet, kann vielmehr Weiterzahlung der Mieten fordern. Ein Recht, die Maschine zu verkaufen, steht Ihnen nicht zu, für einen solchen Fall besteht die Gefahr der Verfallung. — R. 24. Stellen Sie bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission einen Antrag auf Erlass der Steuer für die Monate September und Oktober; gleichzeitig einen Antrag auf Stundung. — A. B. 126. Ein ungestempelter Vertrag hat dieselbe Gültigkeit wie ein gestempelter. Nur ist für den Fall, daß ein solcher Vertrag dem Gericht eingereicht wird, eine Stempelstrafe zu gewärtigen. — G. R. 164. Wenn Ihre Tochter sich eines Scheidungsgrundes schuldig gemacht hat, ist nur der Mann zur Erhebung der Klage befugt. Ihre Tochter könnte nur auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Ergeht ein Urteil auf Wiederherstellung und leistet der Mann diesem Urteil innerhalb Jahresfrist von der Rechtskraft des Urteils an nicht Folge, so hat Ihre Tochter einen Scheidungsgrund. — M. S. 70. Ja, soweit sie nicht durch die infolge des auswärtigen Aufenthalts entsetzten Mehrkosten verdrängt werden. — C. G. 35. 1. und 2. Nein. 3. Vangericht II, Palast des Hofes. — G. R. 35. Ja, wenn aber die Lebensnahme von Verpflichtungen damit verbunden ist, ist die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts notwendig. 2. Nach Ablauf von zwei Jahren. Die Frist beginnt mit Ende des Kalenderjahres, in dem die Forderung entstanden ist. — R. 7. 1. und 2. Nein. — A. B. 56 551. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, wann Sie geheiratet haben und wo der erste Ehegenuß gewesen ist. — C. M. 32. Die Beschlagnahme war zulässig. — Nummer 2. 1. Ja. 2. Das eingebrachte Vermögen muß, soweit es zurzeit noch vorhanden ist, in vollem Umlaufe angegeben werden. — T. R. 50. Der Mann würde sich strafbar machen



# Sunlicht Seife

ist die Parole am Reinmachetag! Alles, was abgewaschen werden darf, verlangt nach der Wohlfat dieser Seife, denn ihr Erfolg ist glänzend. Sie wirkt Wunder vom Keller zum Dach, vom Fussboden zur Decke. Email, Zink, Holz, Linoleum und Oelanstrich scheuert man am besten mit Sunlicht Seifen-Lösung.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Tischlermeister  
**Gustav Mewes**  
Eimeonstraße 23, Bezirk 219 gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Eimeon-Friedhofes in Belg. Tempelhofer Weg, aus statt.  
Ihre tege Beteiligung erucht  
211/7 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Glasbläser  
**Paul Gebel**  
Bismarckstraße 21, im Alter von 24 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 22. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des heiligen Gemeinde-Friedhofes aus statt. 203/10  
Die Mitglieder treffen sich um 3 Uhr im Bogenheim, Bismarckstraße 11.  
Rege Beteiligung erwartet  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.**  
**Nachruf**  
für unseren Genossen, den Former  
**Adolf Staude**  
Delmholtzstr. 11, der am 10. November 1912 verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
**Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und zahlreichen stützenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Karl Saalmann**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein des 2. Kreises, meinen werten Gästen, den Mitgliedern des Sparvereins „Süd“ sowie den Sängern für den erhabenen Gesang unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Saalmann nebst Familie.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter  
**Paul Berke**  
Südengasse 75, im Alter von 50 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 22. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des St. Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, West, Humboldtstraße 71, aus statt.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Johann Wolter**  
im Alter von 27 Jahren am 17. November gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
21/10 Die Ortsverwaltung.

Am 21. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt  
**Wilhelm Otto**  
im 53. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrußt an  
Wwe. Julie Otto geb. Winkel, Margarete Otto, Johanna Otto.  
Die Beerdigung findet am Samstag, den 23. d. Mts., von der Leichenhalle des Rajareth-Kirchhofes in der Kögelstraße aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme an dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters 124  
**Karl Selmeke**  
sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein Reinickendorf, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Sparverein „Ruhwangs-Ecke“ und den Sängern für den erhabenen Gesang, insbesondere den Herren Gels und den Arbeitern der Firma Georg Krausert u. G. Stralau, unseren besten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
Witwe Auguste Selmeke nebst Kindern.  
**Dankfagung.**  
Allen Verwandten, Bekannten, Genossinnen und dem Sparverein „Hohe Kante“, Reinickendorf, für die zahlreichen Teilnahme und Anwesenheit bei der Beerdigung meiner lieben unversehrlichen Frau und guten Mutter unseren herzlichsten Dank. 124  
Der trauernde Gatte  
Paul Müller nebst Kindern.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie  
**Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. — 35

**Bolero**  
feinste 2 Pfennig Cigarette

**Paul Obiglio's Festsäle, Schwedter Str. 23/24**  
Telephon: Amt Norden 33.  
2 Säle mit Bühne für Hochzeiten und Gesellschaften noch einige **Sonnabende und Sonntage** frei.  
3 Vereinszimmer für Sport-, Gesang- und andere Vereine.  
2 Kegelbahnen für Winter und Sommer. 4790L\*

**Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69**  
(Laden)  
**J. B. von Schweitzer**  
**Politische Aufsätze und Reden.**  
Mit Einleitung und Anmerkung herausgegeben v. Fr. Mehring.  
**Sozialistische Neudrucke V.**  
Preis broschiert 3.— M., gebunden 4.— M.

**Aufruf an die Arbeiter Berlins!**  
Die anhaltende Teuerung zwingt einen Jeden, sich vor **Uebersvorteilung zu schützen!**  
Kaufen Sie nur beim **Fachmann**  
**Elegante fertige Herren-Garderobe**  
Teilzahlung von **1 Mark** wöchentlich an.  
Vornehmste Maßanfertigung und **Garantie.**  
**Besichtigung Lagers** in fertiger Garderobe in deutschen u. englischen Stoffen **ohne Kaufzwang** gern gestattet. Ein Versuch führt zu **dauernder Kundschaft.**  
**Julius Fabian,** I. Gesch.: Gr. Frankfurter Str. 37 II  
II. Gesch.: **Turmstraße 18 I**  
kein Laden.  
Schneidermeister

Jedes Paket von Dr. Gentner's **Vollweissenpulver Goldperle** enthält ein reizendes praktisches Geschenk. — 24.  
**Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuherems „Nigra“: Carl Gentner, Göppingen.**  
Vertretung und Lager bei **Hermann Kunder, Neukölln, Horfurtherstr. 25.**

**Patente etc.** erwirkt u. verwertet amerik. schnell  
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer  
Berlin, Gilschinerstr. 108, n. 2. Pat.-Amt  
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschafft sein?“ **gratis** u. franko

**Phänomen-Gold Feinste Cigarette** Specialmarke **Phänomen-Club 3 Pf.**



Erdrosselung der eigenen Ehefrau.

Der Buchhalter Julius Zinke, der im Juni d. J. seine Frau erdrosselt hat, fand gestern vor den Geschworenen des Landgerichts II.

Am 16. Juni früh wurde die im dritten Stockwerk des Hauses Plottwellstraße 13 wohnende 25 Jahre alte Buchhalterin Rosa Zinke, geborene Doebel, neben ihrem Bett tot aufgefunden. Die die Strangulationsmarcen an ihrem Hals und eine um den Hals geschlungene Schnur erwiefen, war sie ermordet worden und als Täter kam sofort nur der eigene Ehemann der Ermordeten, der 35jährige Buchhalter Julius Zinke in Betracht. Das Zinkeische Ehepaar war erst seit drei Jahren in kinderloser Ehe verheiratet. Die Ehe gestaltete sich zu einer recht unglücklichen, so daß sich die Eheleute wiederholt voneinander trennten, dann aber auch wieder zusammenzogen. Ihre Wohnung in der Plottwellstraße lag in demselben Hause, in welchem die Mutter der Frau Zinke wohnte. Der auf seine Frau nicht ohne Grund eifersüchtige Zinke hatte eine Stelle in einer Lederfabrik in Kofen in der Provinz Posen angenommen und verlangte nun von der Frau, daß diese ihn dorthin begleiten solle. Die Frau aber lehnte dieses Verlangen ab. Es kam über diesen Punkt zu Mißverständnissen. Die Ehefrau wieder darauf hin, daß sie die aus drei Zimmern und einer Küche bestehende Wohnung doch nicht plötzlich aufgeben und außerdem auch nicht ihre Chambregarnisten ohne weiteres sich selbst überlassen könne. Am 15. Juni hielt sich das Ehepaar bis gegen 10 Uhr abends in der Wohnung der Schwiegermutter auf und begab sich dann nach der eigenen Wohnung hinüber. Dort muß es bei der Erörterung der Frage, ob die Frau ihrem Manne nach Kofen folgen wolle oder nicht, zu einem heftigen Streit gekommen sein, in dessen Verlauf sich Zinke in blinder Wut auf seine Frau stürzte, sie am Hals würgte und als sie schon bewußtlos war, mit der Zugschnur des Fenstervorhanges erdrosselte. Dann rückte er das in einem Schranke befindliche Geld seiner Frau im Betrage von 110 Mark zu sich und entfloh. Er trieb sich zunächst planlos in Berlin umher, fuhr später nach Halle und von dort nach Leipzig. Von dort teilte er seinem Bruder und einem Wostwirts befreundet mit, daß er seine Tat tief bereue und sich das Leben nehmen wolle. Er hat auch versucht, diese Absicht auszuführen. Er war in Leipzig in einem Hotel unter dem Namen August Feigener aus Halle a. S. abgestiegen und hatte in seinem Zimmer eine Selbstmordversuch und der angebliche Kaufmann Feigener wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Leipziger Kriminalpolizei schöpft den Verdacht, daß der angebliche Feigener mit dem gesuchten Julius Zinke identisch sei und dieser Verdacht wurde dann auch nicht nur durch die von dem Gattenmörder vorhandene Photographie, sondern auch durch eine Postkarte bestätigt, die man in seinen Kleidern vorfand. Die Verletzungen, die ihm die Salzsäure zugefügt, waren nicht lebensgefährlich. Zinke wurde nach wenigen Tagen in das Berliner Untersuchungsgefängnis übergeführt und stand nun vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter der Anklage des Totschlages.

Der Angeklagte gab auf Befragen des Vorsitzenden die Tat an sich zu. Nach seiner Darstellung ist seine im ersten Jahre ganz glückliche Ehe nach und nach getrübt worden. Das Verhältnis zwischen dem Angeklagten und seiner Schwiegermutter war ein recht schlechtes, der Angeklagte behauptet sogar, daß die Schwiegermutter ihn geradezu gehäht habe. Das eheliche Verhältnis wurde dann auch sehr unglücklich, da der Angeklagte längere Zeit keine Arbeit finden konnte und, wie er behauptet, mit vollem Recht eifersüchtig auf einen Mann war, mit dem seine Frau unerlaubten Verkehr zu unterhalten schien. Es kam darüber mehrfach zu erregten Szenen und am 1. Februar rücht ihm seine Frau mit sämtlichen Möbeln aus, so daß er sich ein möbliertes Zimmer mieten mußte. Es kam dann wieder zu persönlicher Annäherung zwischen den Eheleuten, aber der Mann, auf den der Angeklagte eifersüchtig war, trat immer als Störenfried dazwischen und der Angeklagte ließ sich sogar zweimal zu einer Mißhandlung seiner Frau hinreißen. Dann kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung in einem Schönkloster, die den Angeklagten so aufregte, daß er sich ins Wasser stürzte, um sich das Leben zu nehmen. Wie er berichtet worden ist, wehrt er nicht; er erwachte erst wieder im Krankenhanse, wo er auch den Besuch seiner Frau empfing. Nach seiner Genezung bat er seine Mutter, doch als Vermittlerin zwischen ihm und seiner Frau zu wirken. Die Mutter kam auch nach Berlin und es gelang ihr auch, eine Versöhnung zustande zu bringen. Wegen ein Zusammenziehen der beiden Eheleute erhob aber die Schwiegermutter sehr energischen Einspruch und erst am 1. April gelang es dem Angeklagten, seine Frau dazu zu bewegen, mit ihm eine gemeinsame Wohnung zu beziehen, nachdem sie ihm hoch und teuer zugesichert hatte, daß sie mit dem „andern“ endgültig gebrochen habe. Die Schwiegermutter ließ aber, wie der Angeklagte behauptet, nicht nach, ihm ihren Haß fühlen zu lassen und soll ihn auch verhöhnt haben, weil er sich sein Brot als Arbeiter bei der Untergrundbahn verdient. Dann kam die Episode in Kofen. Der Angeklagte war froh, mit Hilfe seines Schwagers eine Stelle als Buchhalter in Kofen erlangt zu haben und er trat dort seine Stellung an, mietete auch eine Wohnung, da seine Frau ihm versprochen hatte, am 1. Juli zu ihm nach Kofen überzuziehen. Dann blieben aber die Briefe seiner Frau gänzlich aus und der Angeklagte, der nun wieder stark von Eifersucht geplagt wurde und keine ruhige Stunde mehr hatte, fuhr kurz entschlossen nach Berlin. Hier kam es, wie der Angeklagte unter Tränen erzählt, wieder zu häßlichen Auseinandersetzungen mit der Frau und namentlich mit der Schwiegermutter, die ihn durch böshafte Redensarten in seinem Ehrgefühl schwer gekränkt habe. Seine Erregung darüber wurde immer größer, als seine wiederholten inständigen Bitten, doch zu ihm nach Kofen zu kommen, von seiner Frau schändlich zurückgewiesen wurden. In der Nacht zum 16. Juni konnte er nicht schlafen und er drang nochmals bittend in seine Frau, doch am nächsten Tage mit ihm nach Kofen zu fahren; sie antwortete aber: „Nein, ich komme nicht mit, ich muß mich in die Arme eines andern werfen; sieh zu, wie Du fertig wirst, ich habe Verpflichtungen gegen meine Mutter.“ Diese Ablehnung stieß dem Haß den Boden aus. Der Angeklagte geriet darüber so in Erregung, daß, wie er sagt, ihn schwarz vor den Augen wurde. In diesem Zustande sprang er seiner Frau an die Gurgel, würgte sie in furchtbarer Weise, zog sie aus dem Bett, würgte sie auf dem Fußboden noch weiter, bis die Frau nur noch röchelte und schlang ihr dann noch die Gardinenschnur um den Hals bis sie tot war. Der Angeklagte versichert, daß er seine Frau sehr geliebt und die Absicht gehabt habe, sich nach der Tat, bei der er seine Niederlegung erhebt, selbst zu töten. Er habe sich schon in Berlin ins Wasser stürzen wollen, es seien aber zu viele Menschen schon auf den Beinen gewesen. Auch seine Absicht, sich in Halle in die Saale zu stürzen, sei mißlungen und so habe er dann in Leipzig zur Salzsäure gegriffen. Soweit der Angeklagte.

In der Beweisaufnahme wurden manderlei Momente festgestellt, die das trübe Verhältnis zwischen dem Angeklagten und seiner Schwiegermutter illustrierten. Es kam auch zur Sprache, daß der Angeklagte einmal bei einer häßlichen Szene, nachdem er die Wohnstube mit dem Fuße eingestampft, mit dem Feuerhaken auf seine Schwiegermutter losgegangen ist. Es steht auch fest, daß die Ehefrau des Angeklagten ein Liebesverhältnis mit einem jungen Techniker unterhält. Die Frau hat sogar noch am Tage vor der Tat, als in Aussicht genommen war, daß der Angeklagte allein nach Kofen zurückkehren würde, kurze Gelegenheiten benutzt, um noch zwei Briefe an ihren Liebhaber zu richten und ihn zu einem Rendezvous unmittelbar nach der Abreise ihres Mannes zu bestellen. In dem ersten Briefe hieß es unter anderem: „Mein liebstes süßes Fräulein! Was sagst Du nur dazu? Es ist noch alles gut gegangen. Wir können uns am Sonntag wiedersehen, mein Liebling!“

Wenn Du Lust hast, komme doch nach Bahnhof Alexanderplatz, er fährt um 8 Uhr. Es grüßt Dich in Liebe Dein Köschchen.“ Bald nachher schickte sie einen zweiten Brief an ihn, in welchem sie schrieb: „Mein lieber Fröh! Schon wieder ein Brief, aber ich habe zu große Sehnsucht. Komme doch morgen, Sonntag, zu mir, es ist gleich, um welche Zeit, da er schon Sonntag mittag fährt. Ich habe alles zur Zufriedenheit erledigt. Mein Fröh wird mit seinem Köschchen zufrieden sein. Es grüßt Dich Dein Lieb; auch Mutter läßt grüßen!“ Der Empfänger dieser Briefe, der über den Grad seiner Intimität mit Frau Zinke die Aussage verweigerte, bestätigte als Zeuge, daß das Verhältnis des Angeklagten zu seiner Schwiegermutter ein sehr schlechtes war.

Über den Geisteszustand des Angeklagten im Augenblick der Tat begutachtete Gerichtsarzt Dr. Marg: von einer Geisteskrankheit des Angeklagten könne keine Rede sein, auch eine „Bewußtlosigkeit“ im Sinne des § 51 Str.-G.-B. liege nicht vor. Es handele sich hier aber um eine im stärksten Affekt begangene Handlung. Wehnlich sprach sich Gerichtsrat Dr. Strauch aus. Nach kurzen Plädoyers des Staatsanwalts und des Verteidigers sprachen die Geschworenen den Angeklagten des Totschlages schuldig und bildeten ihm milde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten und 4 Wochen Untersuchungshaft.

Aus Industrie und Handel.

Vorsennumsätze in den Kriegsmoenten.

Die Umsatzsteuer für den Aktienhandel (im Börsenverkehr) gibt ein einigermaßen zutreffendes Bild über den Umfang und die Höhe der an der Börse gehandelten Wertpapiere. Für 1000 Mark gehandelter Papiere wird vom Staat eine bestimmte Stempelabgabe erhoben. Je größer der Börsenverkehr, um so höher die Steuererträge. Der Balkankrieg und die Kriegsjahre haben nun etwa nicht zu einer Einschränkung des Börsenverkehrs geführt; im Gegenteil! Während im Juli und August d. J. 2,03 bzw. 2,33 Millionen Mark an Börsensteuern in die Reichskasse flossen, stieg der Ertrag im September auf 3,15 und im Oktober auf 3,08 Millionen Mark. Gegen die Monate September und Oktober des Vorjahres zusammen erbrachte diesmal die Börsensteuer 2,30 Millionen Mark mehr. Nicht beteiligt an der Umsatzerhebung waren Anleihen und Schuldverschreibungen von ausländischen Staaten, Kommunen, Eisenbahngesellschaften. Dagegen zeigte die Spekulation in ausländischen Aktien eine erhebliche Zunahme.

Gegen die Monopolbestimmungen in der Elektroindustrie.

Die Regierung hatte sich in einem Erlaß an die Gemeinden gewandt mit der Aufforderung, nicht durch langfristige Verträge den großen Elektrofirmen das ausschließliche Recht der Wegebenutzung für Stromleitungen zu gewähren und damit Privatmonopole zu fördern. Jetzt wenden sich die Städte an die Regierung mit dem Vorwurf, daß die Regierung selbst solchen Monopolen Vorschub leiste. Der Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Städte spricht sich in einer Eingabe an das Preussische Abgeordnetenhaus gegen den Vertrag aus, den die Preussische Regierung mit den beiden großen Elektrizitätskonzernen wegen der Energieversorgung für die zu elektrifizierenden Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen abzuschließen beabsichtigt.

„Der Vorstand ist davon überzeugt — so heißt es in der Eingabe —, daß, wenn der Staat im vorliegenden Falle ohne ganz schwerwiegende Gründe, etwa nur aus rein finanziellen Rücksichten, privaten Großfirmen in einem langfristigen Vertrage außerordentlich wichtige Monopolrechte überläßt — daß es dann den Selbstverwaltungskörpern mehr und mehr unmöglich werden wird, bei Verhandlungen über Überlandzentralen ihre Interessen gegenüber den Großfirmen so durchzusetzen, wie die Staatsbehörden es immer wieder entgegen, denn diese Großfirmen werden es mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verstehen, die Bedeutung eines solchen Vertrages des Staates mit ihnen bei allen jenen Verhandlungen vor Augen zu führen und damit vor allem bei der erfahrungsgemäß wenig über die gesamte Sachlage unterrichtete Bevölkerung der kleinen Städte und des Bundesgebiets einen nachhaltigen Eindruck zu wecken.“

Der Vorstand bittet daher das Abgeordnetenhaus, dafür einzutreten, daß die elektrische Kraft für die geplante Elektrifizierung von Staatsbahnen vom Staate selbst hergestellt werde.

Aus der Frauenbewegung.

Die evangelischen Frauen im Bund.

Dem deutsch-evangelischen Frauenbund und seiner Vorsitzenden Paula Müller wurden von konservativen Blättern scharfe Vorwürfe gemacht, daß sie auf der Gothaer Tagung des Gesamtbundes der bürgerlichen Frauenvereine nicht gegen die Politisierung der Frau Protest erhoben hätten. Der deutsch-evangelische Frauenbund hat sich diese Angriffe zu Herzen genommen. Er zieht sein früheres Abkommen mit dem Bund deutscher Frauenvereine zurück; er verpflichtet sich nicht mehr auf den Satz: „Der deutsch-evangelische Frauenbund nimmt dem politischen Stimrecht gegenüber eine neutrale Stellung ein, lehnt jedoch eine Agitation dafür ab.“ Er behält sich vielmehr jetzt vor, seine Meinung auch hierüber uneingeschränkt zum Ausdruck zu bringen. Wenn Worte und ihre Ableugnung einen Sinn haben sollen, kann daraus nur gefolgert werden, daß die evangelischen Frauen ihre neutrale Stellung aufgeben und künftig die Harmonie der Verbandstagen durch eine Polemik gegen die Forderung politischer Frauenrechte stören werden. Daß die evangelischen Frauen so artig vor der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Kreuzzeitung“ einschwenken, ist schließlich ihre Selbstopfener einer seiner Haupt- und Grundforderungen gefallen lassen will, ist ein neues Zeichen innerer Kraft und Haltlosigkeit. Nur um eine nicht vorhandene Einheit der bürgerlichen Frauenbewegung vorzuspielen — eins ist sie nur in dem Bekennnis zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung — und in dem ja keine Mitglieder zu verlieren, gibt sich der Gesamtbund den reaktionären Frauen preis, ohne auch nur als Entgelt die Achtung vor den eigenen Prinzipien zu fordern. Den Erscheinungen innerer und moralischer Verfalls der bürgerlichen Frauenbewegung reicht sich diese Wendung würdig an!

Aus aller Welt.

Meuterei in einem französischen Gefängnis.

Am Dienstagabend kam es im Zivildgefängnis von Rochefort zu einer schweren Meuterei der Gefangenen. Die Revolte brach in dem Augenblicke aus, als der Oberaufseher den Gefangenen das Essen brachte. Die Gefangenen schritten dem Oberaufseher die Kehle durch und extrahierten ihm den Revolver. Seiner Frau, die zur Hilfe herbeieilte, erging es ebenso. Ein Ratroffe, der den Oberaufseher verteidigen wollte, wurde durch zwölf Messerstücke schwer verwundet. Beamte und Truppen, die herbeieilten, fanden einen zweiten Aufseher in einer Zelle ermordet mit abgeschnuttem Kopfe auf. Die Gendarmen verfolgten die Meuterer in das zweite Stockwerk. Dabei

erhielt ein Unteroffizier einen Krüchel und einem Kommissar wurden die Kleider zerfetzt. Zwei gefangene Matrosen verbarrikadierten sich in einer Zelle. Gendarmen schlugen die Tür ein, feuerten und töteten die beiden. Im ganzen wurden fünf Personen getötet und drei verwundet.

Bootskatastrophe in Kalkutta.

Eine schwere Schiffskatastrophe wird der „Frankf. Zig.“ aus Kalkutta gemeldet. Dort ist am Mittwochabend ein Boot, in dem sich fünfzig Passagiere, darunter sieben Europäer, befanden, infolge Ueberlastung gesunken. Die sämtlichen Insassen ertranken. Wegen der starken Strömung konnte bisher noch keine Leiche geborgen werden. Das untergegangene Schiff ist ein Fährboot, das die Verunglückten von der Landungsbrücke zu einem Dampfer bringen sollte.

Panik in einem Polizeiquartier.

Im Polizeihauptquartier in Los Angeles hat ein Geisteskranker, ein Deutscher namens Karl Barr, am Dienstag die Polizei- und Gerichtsbeamten während 1 1/2 Stunden in hochgradige Aufregung versetzt. Der Geisteskranke betrat das Gebäude mit einer Riste auf dem Rücken, die mit Dynamit gefüllt und mit einem komplizierten Entzündungsmechanismus ausgestattet war, und ersuchte die Polizei, einen hohen Eisenbahnbeamten herbeizurufen, den er in die Luft sprengen wolle. Mehrere Polizeibeamte beschützten Barr durch ein Gespräch, während andere die Arrestanten aus dem Gefängnis holten und sie in Sicherheit brachten. Die im Gebäude tagenden Gerichtshöfe schlossen in Eile die Sitzung. Richter, Geschworene und Zuhörer stürzten auf die Straße. Nach geraumer Zeit gelang es einem Polizeibeamten, Barr von hinten mit seinem Knüttel niederzuschlagen, so daß er die Besinnung verlor. Die Riste enthielt 80 Stangen Dynamit von hoher Sprengkraft.

Nach einer anderen Meldung, die etwas wahrscheinlicher klingt, bestand die furchtbare Dynamitlast aus einer mit Sand gefüllten Konservendbüchse. Sehr begreiflich ist es, daß die tapferen Polizisten und Richter dem Vorgang einen möglichst ersten Charakter geben, da sie sonst einem Hochgelächter ausgesetzt wären.

Ein frommer Bankrottier.

In Baden-Baden fallierte kürzlich das Bankinstitut Jörger, dessen letzter Inhaber, Anton Müller, insbesondere das Vertrauen der Rentierskreise genoss. Es wurden eine große Anzahl von Vereinskassen von frommer Gesellschaften und auch die selber vieler kleinen Leute dem Bankier Müller in Verwahrung gegeben, der jeden Morgen mit dem Gebetsbuch zur Kirche ging. Nun betragen die angemeldeten Forderungen dreieinhalb Millionen, wovon 2 1/2 Millionen Mark anerkannt wurden. Als Aktion verzeichnete man nur den Erlös des für etwa eine Viertelmillion verkauften Müllerschen Bankanweins. Ein schwacher Trost wird es den trauernden Hinterbliebenen sein, daß sie die 90 Proz. ihrer Guthaben durch einen gottesfürchtigen Mann verloren haben.

Unwetter auf der Insel Jamaica.

Eine große Flutwelle hat die Städte Sabanna la Mar und Luca auf Jamaica zerstört. Dampfer, die nach Kingston kamen, berichten, daß 42 Personen infolge des Orkans in der Montego-Bay umgekommen sind. Die telegraphische Verbindung ist noch gestört. Der Gouverneur von Jamaica ließ einen Spezialzug mit 300 Zelten und Lebensmitteln abgehen. Der Sturm begann am 15. November und nahm mehrere Tage hindurch an Gewalt zu. Er erreichte eine Maximalstärke von 100 Meilen in der Stunde. Durch den furchtbaren Sturm ist auf der Insel die Bananenenernte zu einem großen Teil vernichtet worden. Der Verlust soll 60 Proz. der Ernte betragen.

Erdbeben in Mexiko.

Ein Erdbeben hat in Mexiko zahlreiche Opfer gefordert. Wie ein Telegramm meldet, sind bei dem Beben in Acambaro etwa 100 Menschen ums Leben gekommen. In der Stadt Mexiko machte sich das Beben in einem etwa drei Minuten andauernden heftigen Erdstoß bemerkbar. Eine Mauer, die zum Einsturz kam, begrub eine größere Anzahl Menschen unter ihren Trümmern. Fünfzehn Personen kamen dabei ums Leben.

Kleine Notizen.

Grubenbrand. In den Mollerschächten bei Gladbeck brach Donnerstag früh aus unauflöslicher Ursache ein kleinerer Brand aus, bei dem zwei Steiger erstickten; ihre Leichen konnten geborgen werden. Die Brandstelle konnte eingedämmt werden, der Betrieb ist nicht gestört.

Die Schwiegertochter erschlagen. In Saasdorf bei Großschlo wurde die Frau eines Gutbesizers beim Drehen von ihrem Schwiegervater mit einem stumpfen Werkzeug gegen den Kopf geschlagen, so daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Der Täter erkämpfte sich auf dem Heuboden. Der Zustand der Frau ist besorgniserregend.

Russische Räuber. Auf der Ratharntebahn hielten Räuber Mittwoch nacht durch ein falsches Signal einen Schnellzug an und raubten dreißig Passagieren Geld und Wertgegenstände. Ein Bahnwärter und ein Oberkondukteur wurden verwundet.

Das fällige Eisenbahnlohn. Ein nach Osten gehender Expresszug der Canadian Pacificbahn stieß bei Gull Lake mit einem Güterzuge zusammen. Achtzehn Personen sollen getötet worden sein.

Marktbericht von Berlin am 19. November 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidiums. Kartoffelpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speltzbohnen, weiße, 36,00—40,00. Erbsen 35,00—40,00. Karloffeln (Kleinhandl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—5,50. 1 Kilogramm Stäpeln 1,20—2,40. Halm 1,60—3,20. Bänder 1,40—3,60. Dichte 1,40—2,80. Barische 0,80—2,40. Schokolade 1,60—3,20. Mehl 0,80—1,40. 60 Stück Rindfleisch 3,00—30,00.

Witterungsübersicht vom 21. November 1912.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag, Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag.

Wetterprognose für Freitag, den 22. November 1912.

Zunächst kühl, dann heiter bei mäßigen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Lebhaftigkeit und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.



# An die Arbeiterschaft von Groß-Berlin!

„Rein ganzer Reichtum ist mein Lied.“  
Georg Herwegh.

Wenn Spott und Hohn, allen Verfolgungen und Bedrückungen zum Trotz hat sich die politisch reife, freibewusstige Arbeiterschaft zu einer

## Kulturpartei

entwickelt, deren Gegenwartsgedanken und Zukunftsziele unserem Zeitalter das Gepräge geben. Aber noch immer hat das Proletariat jene Periode nicht ganz hinter sich, in der wissenschaftliche und

## künstlerische Bestrebungen

auf manchmal recht harte Gegnerschaft stießen.

Wir Arbeiter-Sänger treten heute wieder einmal vor die Klassenbewußte Groß-Berliner Arbeiterschaft, um alle Kultur-, Kunst- und Sangesfreunde, die noch nicht in unseren Reihen stehen, für unsere Organisation, den

## Deutschen Arbeiter-Sängerbund

Gau Berlin und Umgegend

zu gewinnen. — Je mehr die der politischen und wirtschaftlichen Befreiung entgegendrängende Arbeiterschaft sich zu gewaltigen Kampfesheeren zusammenschart, desto weniger kann und darf sie gut gekulturten Massenchorer entzogen, die das Sturmlied des modernen Kampf- und Freiheitsliedes durch die Lande brausen lassen.

Je mehr das Proletariat aus den Niederungen unserer heutigen „Volksschicht“ den Höhen der Kunst und der Kultur zustrebt, desto weniger kann und darf es sich die Gelegenheit rauben lassen, in der ersten und besten aller menschlichen Kunstbetätigungen mitwirkend, mitgenießend neben dem sozialistischen Tendenzlied das Volkslied und auch den Kunstgesang des mehrstimmigen Männerchors zu hegen und zu pflegen.

Millionen Männer und Frauen haben den Arbeiter-Sängern dankbar gelauscht, wenn sie am ersten Mai, auf Sängersfesten, bei Arbeiterfesten politischen oder künstlerischen Gepräges durch die Weiche des Liedes Stimmung und Gedanken in höhere Sphären trugen als die des Alltags und der proletarischen Front. Wer kann sich Arbeiterfeste, bedeutsame Tagungen denken, denen das Lied nicht Lust und Ausklang gibt? Welcher Genosse, welcher Kollege mag in der trübsten Stunde, am Friedhofshügel, den Trostgesang aus dem Munde Gleichgestimmter missen, jene Lieder, die uns mehr zu sagen haben als alle Choräle und geistlichen Eröstlungen der Welt!

Dann aber noch eins: Wo wir heute hinschauen, sehen wir, daß die kleinen Organisationsgebilde sich konzentrieren und zu großen, leistungsfähigen

## Zentralkörperchaften

zusammenschließen. Auch mit der Sache des Arbeiterliedes wäre es weit besser bestellt, wenn nicht immer noch so viele winzige Vereine ihr eigenbrüderliches Klein- und Scheinleben fristeten, statt sich dem über das ganze Reich organisierten Deutschen Arbeiter-Sängerbund anzuschließen, der Kraft seiner großen Mittel und gestützt auf seine 150 000 Mitglieder nicht nur Feste und Konzerte veranstaltet, die wegen ihrer Größe und künstlerischen Ausgestaltung Aufsehen erregen, sondern zur Weiterbildung seiner Mitglieder eine Chorführerschule zu gründen in der Lage war, einen leistungsfähigen Bundesverband besitzt und neben anderen wertvollen Einrichtungen ein eigenes Organ unterhält, die

## „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“

die sich mit ihrer 90 000-Anfsage sehen lassen darf!

Leider stehen sehr viele Arbeiter noch in bürgerlichen Gesangsvereinen, denen die Gunst der Unternehmer, der Behörden, der Regierungen winkt und die sich erkenntlich erweisen, indem sie das „patriotische“ und das „fromme“ Lied pflegen!

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund verzichtet auf das freundliche Lächeln der gelben, blauen oder schwarz-weiß-roten Gnadenföhne — —, nur

## die Gunst des Volkes

ist es, die er begehrt. Ganz auf sich selbst gestellt, ward unser Bund das, was er ist; auf seine eigene Kraft bauend und auf die Hilfe der Arbeiterschaft, will er sich immer weiter, immer höher entwickeln. Heraus also aus den bürgerlichen Gesangsvereinen, Ihr proletarischen Arbeitsbrüder! Hinein in den Deutschen Arbeiter-Sängerbund, der — demokratisch geleitet und verwaltet — auch künstlerisch mindestens zu leisten imstande ist, was die „besten“ bürgerlichen Vereine bieten.

Wie das Bürgertum den Arbeiter so gern zum „Stimmvieh“ herabdrücken möchte, so ist ihm der Arbeiter-Sänger in den bürgerlichen Vereinen eigentlich nur „Singvieh“, und unwürdig ist es des modern organisierten Proletariats, im Kreise seiner politischen Feinde und Unterdrücker zu bleiben, wenn er in der eigenen Klasse seine Erholungs- und Kunstbedürfnisse mindestens so gut befriedigen kann wie im gegnerischen Lager.

Seitdem der Deutsche Arbeiter-Sängerbund dazu übergegangen ist, immer mehr und mehr die kleinen Vereinsgebilde zu größeren Chören zu verschmelzen, ist er an künstlerischen Erfolgen — das liegt in der Natur der Sache — empor- und vorwärtsgeschritten. Auf dieser Linie liegt (organisatorisch) seine weitere Entwicklungs-Tendenz, wenn die Arbeiterschaft dem Bunde allenthalben das Verständnis entgegenbringt, dessen er sich in manchen deutschen Gauen längst erfreut und das wir ihm auch in der Riesenstadt Berlin endlich zu erkämpfen hoffen.

Noch vielen tausenden arbeitender Männer und Frauen gilt es die Kampfeslust zu stärken, gilt es das Bewußtsein für die nationalen und internationalen Aufgaben der proletarischen Kulturarmee einzupumpen. Der Massengesang, der Volksgesang ist zu allen Zeiten einer der mächtigsten Freiheits- und Kulturhebel gewesen. Das Lied schwingt sich über Berge und Meere, auch zu den Sklaven, die noch im Joch ihrer Unterdrücker einhergehen. Wie der sturmrauschende Chorgesang die Heere der Vergangenheit durch Blut und Pulverdampf vorwärtsgewaltig hat, so wird er die Kulturarmee der Zukunft zum Licht und zum Siege führen!

## „Das Lied, das Lied hat Flügel!!!“

Sangeskundige und sangeslustige Arbeiter von Groß-Berlin! werbet und werbet Mitglieder!

## Hinein in den Deutschen Arbeiter-Sängerbund!

Am Sonntag, den 1. Dezember, mittags 1 Uhr, findet im großen Saale der Brauerei Friedrichshain eine

## öffentliche Sänger-Versammlung

statt.

Tagungs-Ordnung: Die Kulturbestrebungen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Referent: Reichstagsabgeordneter G. Davidsohn.

Alle Sänger und Sangesfreunde sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes  
Gau Berlin und Umgegend.

17/16

### Ortskrankenkasse der Bureauangestellten zu Berlin.

Zu der am Freitag, den 29. d. Mts.,  
abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler  
Hof“, Rosenthaler Straße 11-12,  
Hof links 1 stattfindenden

### General-Versammlung

werden hiermit die für das Jahr 1912  
gewählten Vertreter der Kasse ein-  
geladen. 281/12

### Tagungsordnung:

1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1912.
2. Antrag des Vorstandes, die Ortskrankenkasse unter der Reichsversicherungsordnung als Sonderkasse fortzubehalten zu lassen.
3. Persönliche Verwaltungsangelegenheiten.
4. Wahlen von Vorstandsmitgliedern für 1913/14.

Delegiertenbefähigung gilt als  
Legitimation!

Berlin, den 1. November 1912.

Dirksenstraße 4.

Der Vorstand. J. H. Sauer.

### Arbeiter-Radfahrer- Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

### Touren

zum Sonntag, d. 24. November.

2. Abt.: 1 Uhr: Hirschgarten (Kartoffel- und Heringsbowl). Start: Schönleinsstraße 6.

3. Abt.: 1 Uhr: Streifzüge durch den Osten. Endziel: Hirschgarten. Start: Sauerberg Platz 12. — Heute abend: Abteilungsfeier.

Jugendliche: 1 Uhr: Hirschgarten (Waldschloß). Start: Straußener Brücke 3.

4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Marienpark (Waldschloß). Start: Kottbuser Platz. 13/10

5. Abt.: 1 Uhr: Berman (Solkmann). Start: Eichenweg.

6. Abt.: 6 Uhr: Döbige, Schwedter Straße 29/34.

7. Abt.: 1 Uhr: Franz-Buchholz (Kesself). Start: Schillerstr. 29.

8. Abt.: 1 Uhr: Wannsee (Häfenhof). Start: Rebeckowstr. 21.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, direkt am

Moritzplatz

10-2. 6-7. Sonntags 10-12. 2-4

*Josef*

# JUNO

QUALITÄTS- CIGARETTE

# 2

PFG.

Offener in nur feiner, schöner Ware:  
Nur ein Preis!  
Fette, junge

## Gänse pro 73.

8-16 Pfund schwer. 100/12

Nur allererste Qualität!

Gänserümpfe, 1/2 Gänse,  
fette Suppenmacher, junge Brathühner.

Berlin 50,  
Wegner, Mariannenstr. 34.

140/16

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Sonntag, den 24. November, nachmittags 1 1/2 Uhr:

## Generalversammlung

in den Arminkallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagungsordnung:

1. Vortrag. Referent: Kollege Schlichting. — 2. Kassenbericht. —

3. Ordungsangelegenheit.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
Schleichen Besuch erwartet zu dieser Versammlung  
Die Ortsverwaltung.

## Versicherungsbeamte! Handlungsgehilfen!

Freitag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr:

## Protest-Versammlung

im Deutschen Hof, Ludauer Straße 15.

Referenten Rechtsanw. Heinemann und Dr. Rud. Breitscheid:

## Der Gewaltstreik der „Victoria“.

Versicherungsbeamte! Handlungsgehilfen! Erscheint in  
Massen! Es handelt sich um eure heiligsten Rechte!  
Keiner fehle!

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Bureau: Wägnitzstraße 20.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Bautischler.

Sonntag, den 24. November, vormittags 10 Uhr,  
bei Boeker, Webersstraße 17:

## Branchen-Versammlung für Groß-Berlin und die Vororte Groß-Lichterfelde und Steglitz.

Tagungsordnung:

1. Bericht der Kommission und wie stellen wir uns zur  
Vertragsänderung? 2. Diskussion.

Die arbeitlosen Kollegen werden dringend ersucht, an  
dieser Versammlung teilzunehmen. 91/9

## Mitglieder-Versammlungen:

## Modell- und Fabriktschler.

Montag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof,  
Rosenthaler Straße 11/12.

Tagungsordnung:

1. Bericht von der General-Versammlung 2. Stellungnahme zum  
Vertrag. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

## Tischler, Bezirk Nordosten.

Montag, den 25. November, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Boeker,  
Webersstr. 17.

Tagungsordnung:

1. Bericht von der General-Versammlung 2. Stellungnahme zum  
neuen Vertrag. 3. Diskussion.

Die Ortsverwaltung.



Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Westen. Morgen Sonnabend in Rihles Festsaal, Dammwegstr. 13: Unterhaltungs-Abend der 1. und 2. Abteilung, bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Eintrittskarten 30 Pf.

Wilmersdorf-Galensee. Montag, 25. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 115, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Die letzten Stadterordnetenwahlen und die Reorganisation der Parteiarbeiten. Es referieren D. Kiedel und W. Schröder. Das Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Lichterfelde. Am Sonntag, den 24. d. Mts. (Totensonntag), veranstaltet der hiesige Bildungsausschuss einen Kunstabend unter Mitwirkung namhafter Künstler im Lokal von Richter, Chausseestraße 104. Beginn 1/2 Uhr. Entree 40 Pf. Billets und Programme sind an den bekannten Stellen zu haben. — Gleichfalls sei noch darauf hingewiesen, daß am Montag, den 25. d. Mts., der letzte Vortrag des Genossen Vorchardt über den wissenschaftlichen Sozialismus stattfindet. Zu beiden Veranstaltungen wollen die Genossinnen und Genossen eine rege Agitation entfalten, sowie selbst daran teilnehmen.

Friedrichshagen. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Volksversammlung bei Verche, Friedrichstr. 112. Tagesordnung: Krieg dem Kriege! Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn.

Am Sonntag, den 24. November, veranstaltet der Wahlverein eine Herrenpartie nach Hohenbünde bei Erner (Restaurant „Zum Gutenberg“). Treffpunkt morgens 8 1/2 Uhr Friedrichs- und Kurze-Strassen-Ecke. Für Raucher bis 10 1/2 Uhr Rahnsdorfer Mühle im Restaurant früher Witwe Klemm.

Pantow. Heute abend findet im Lützischen Zelt der 4. Vortrag des Genossen Vorchardt mit dem Thema: „Die Frage der Taktik“ statt. Die Genossen, welche sich an dem Kursus noch nicht beteiligt haben, zahlen pro Abend 20 Pf.

Bohndorf und Umgegend. Der vierte Vortrag des Genossen Eichhorn über: „Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus“ findet am Montag, den 25. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in der Villa Kahl statt. Gleichzeitig machen wir auf den am Sonntag, den 24. November, in demselben Lokale stattfindenden Negitationsabend aufmerksam. Zum Vortrag gelangt: „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Referent: Herr Emil Walloite. Anfang nachmittags 5 Uhr. Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben beim Genossen Klemm, Paradiesstr. 7.

Schönholzer See. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 23. November, pünktlich abends 8 Uhr, bei Otto Pätzsch statt.

Rosenthal. Heute Freitag, abends 7 Uhr: Handzettelverbreitung von den Jahlabendtotalen aus.

Berliner Nachrichten.

Der Verkauf des russischen Fleisches ist in den letzten Tagen fortwährend sehr rege gewesen. Am 16., 18. und 19. d. Mts. sind insgesamt 987 Rinderviertel von 1134,14 Zentnern Gewicht und 1182,96 Zentner Schweinefleisch zum Absatz gelangt.

Nachdem in verschiedenen Teilen der Stadt der Verkauf des eingeführten Fleisches auch in besonderen Läden stattfindet, ist den Wünschen der Bevölkerung zum Teil Rechnung getragen. In den von der Konsumgenossenschaft gemieteten Läden hantieren Schlächtergesellen. Dadurch wird die ungewöhnliche Ueberschneidung des Publikums vermieden, die vielfach von den Schlächtermeistern geübt werden, die den Verkauf ausländischen Fleisches übernommen haben. Es zeigt sich, daß das Publikum sehr gern diese neue Einkaufsmöglichkeiten benützt. Der Andrang zu diesen Läden ist größer als zu den Markthallenständen, weil das Publikum größeres Vertrauen hat und auch schneller und besser abgefertigt wird.

Der Natursehnsucht für den schönen Stenigsee zwischen Strausberg und Mödendorf ist durch die inzwischen von Vertretern des Niederrheinischen Kreisverbandes und von Sachverständigen unternommene Beschäftigungsfahrt in eine neue Phase getreten. Es bestätigt sich, daß das Verhandlungsprojekt für die Südküste des Sees in Gestalt einer mächtigen Drehschiffanlage zum Kalfbrennen, zu der die baulichen Anlagen, ohne daß die behördliche Bauverlaubnis erteilt ist, merkwürdigerweise schon vorhanden sein sollen, von dem Großindustriellen Thyllen ausgeht. Dessen Sohn, der in dem bekannten Millionenkrach viel von sich reden machte, wollte am Südufer des Sees eine großartige Villa- und Gartenstadt errichten, was nicht glückte. Der alte Thyllen ist ein besserer Kaufmann und will die Millionen, die sein Sohn verpulvert hat, aus industriellen Anlagen wieder herausholen. Ob darunter das Erholungsbedürfnis der Menge und der Natursehnsucht leidet, ist ja einem rechnenden Kaufmann Nebensache. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ dürfte richtig informiert sein, wenn er schreibt, der alte Thyllen habe als Vertreter der „Rittergut Mödendorf-Gesellschaft“ die beteiligten Gemeinden, die gegen die Drehschiffanlage Einspruch erhoben haben, für sich zu gewinnen versucht mit dem Stöder, daß die geplanten Unternehmungen durch ihre Gewinne einen großen Teil der von diesen Gemeinden aufzubringenden Lasten mit Steuerzahlungen decken würde. Damit ist die Gefahr der Naturveränderung nur noch größer geworden. Die interessierten Gemeinden werden sich aber hoffentlich überlegen, daß die industrielle Ausbeutung des Seegeländes jede andere bauliche Entwicklung und auch den geldbringenden Strom der Ausflügler fernhalten wird. Es macht sich nun nach der vorgenannten Beschäftigung auch im Kreisverband ansehender eine nicht zu unterschätzende Stimmung für die Genehmigung der Drehschiffanlage geltend. In festigen Auseinandersetzungen wurde an Ort und Stelle darauf hingewiesen, daß ja bereits die Nordseite des Sees durch die Himmendorfer Ziegeleien, die ihren Rauch nach der Südküste wehen, „verkohlet“ sei. Das trifft keineswegs zu. Zunächst ist die ganze Nordseite unbewaldet im Gegenwärtigen zu der völlig mit Wald umzogenen Südküste. Sodann bestreichen die Himmendorfer Ziegeleien nur einen kleinen Teil des langgestreckten Seesufers. Endlich ist der See so breit, daß die Rauchentwicklung aus den hohen Ziegeleischornsteinen nicht allzuweit in Betracht kommt. Mit dem Rauch will man ablenken von den Schädigungen des Kalfstaubes. Rauch verzieht sich, aber der Kalfstaub bleibt auf weite Strecken hinaus liegen und würde auch der Entwicklung der benachbarten Vegetation zweifellos beträchtlich schaden. Schließlich wäre die Drehschiffanlage sicher nur der Anfang der Verkohlung. Der Appetit kommt auch bei der geldmachenden Industrie mit dem Eisen, und so könnte man schon den Zeitpunkt voraussehen, an dem der gesamte Wald am Stenigsee unter der Art fällt. Hoffen wir, daß diesmal das Veranlassungsgeleite nicht nur auf dem Papier steht und die Geldeinkünfte der Industrie nicht die Oberhand gewinnen.

Nach Einführung des Schulwagens für blinde Kinder (Gesetz über Beschulung blinder Kinder vom 7. August 1911) müssen Eltern

solche Kinder zur Einschulung rechtzeitig anmelden, in Berlin bei dem zuständigen Schulkommissionsvorsitzer. Als blind werden auch die Kinder angesehen, welche so schwachsichtig sind, daß sie blinden Kindern gleich geachtet werden müssen. Der Direktor der städtischen Blindenanstalt in der Oranienstr. 26 ist bereit, in einer besonderen Sprechstunde — jeden Freitag von 12—1 Uhr — Eltern in dieser Angelegenheit über Schulpflicht, Einschulung, Zurückstellung vom Schulbesuch, Erziehung, Zuführung zur Schule usw. zu beraten. Im eigenen Interesse der Eltern — unbegründete Schulverweigerung wird bestraft — insbesondere aber im Hinblick auf die Segnungen, welche dem blinden Kinde durch rechtzeitige Einschulung und Ausbildung erwachsen, ist es wünschenswert, daß Eltern von dieser Einrichtung Gebrauch machen, ebenso alle, welche über Ausbildung später Erblindeter, über Fortbildungskurse für blinde Jünglinge und Mädchen und deren Beschäftigung Rat suchen.

Eine Vermehrung der Nordringzüge in den Frühstunden ist endlich beschlossen worden. Der Arbeiterverkehr in der Zeit von 6—7 Uhr früh ist hier so gewaltig, daß die etwa 25 Züge, welche bisher in dieser einen Stunde auf der Strecke von Stralau-Rummelsburg bis Westend verkehrten, bei weitem nicht ausreichten. Besonders zwischen 6 1/2 und 7 Uhr sind sämtliche Züge so vollgepfropft, daß die Fahrt zur Dual wird. Bösartige Vereitelung der Uebelstände wird die Vermehrung um einige Züge auch noch nicht bringen. Notwendig ist auch der Ersatz des größeren Teiles der fast oder ganz leer mitfahrenden Wagen zweiter Klasse durch solche dritter Klasse. Wenn in denjenigen Frühzügen, welche überhaupt zweite Klasse führen, nur ein solcher Wagen mitfährt, genügt das vollkommen.

Mit der Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn beschäftigte sich gestern eine Kommission des Abgeordnetenhauses. Gegenstand war vor allem die Frage, ob die Notwendigkeit zu dieser geplanten Aenderung vorliege und ob ferner die beabsichtigte Tarifserhöhung gerechtfertigt sei. Die Notwendigkeit ist bewiesen durch den gesteigerten Verkehr. Von sozialdemokratischer Seite wurde auf die heutigen unerbittlichen Zustände der Ueberfüllung der Züge in den Morgen- und Abendstunden und an den Sonn- und Feiertagen hingewiesen, einer Tarifserhöhung aber entschieden widersprochen. Die vorgelegten Berechnungen der Regierung über die Rentabilität seien so aufgestellt, daß kein Sachmann, geschweige denn ein Laie die Rechnung nachprüfen könne.

Die Kommission beschloß, noch das Kriegsministerium und die Postverwaltung um Vertretung in der Kommission zu ersuchen. Der Verkehrsminister erklärte schließlich noch, daß die Erhöhung der Fahrpreise auch eintreten würde, ohne Elektrifizierung, da Bahnhofserweiterungen, Lokomotiven und Schuppen auch dafür schon große Aufwendungen nötig machten. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß das Antwortmaterial der Regierung den Mitgliedern der Kommission erst vor ein paar Tagen zugegangen ist, wird die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 27. November, angesetzt.

Berlin und Schöneberg.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit: Auf das am Dienstag vom Magistrat Berlin an den Schöneberger Magistrat gerichtete Schreiben, dessen Inhalt wir mitgeteilt haben, ist inzwischen im berlinischen Rathaus eine Antwort eingegangen. Nach einigen anerkennenden Sätzen über das loyale Verfahren Berlins bei der Beschaffung des russischen Fleisches erklärt der Magistrat von Schöneberg, daß er annehme, die Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg würde nach erteilter eingehender Auskunft über die gesamten Verhältnisse, insbesondere über das Vorgehen Berlins in sachlicher Beziehung, von der seitens Berlins gegebenen Möglichkeit einer sofortigen Auflösung der Vereinbarung mit Berlin keinen Gebrauch machen. Er, der Magistrat, habe jedenfalls hierzu keine Veranlassung. Des Weiteren wird in dem Schreiben noch bemerkt, daß die Besatzen über den Fleischverkauf in Schöneberg von dort aus nachgeprüft werden würden. Es habe den Anschein, daß einigen der Sache ferner stehenden Personen über die Verhältnisse beim Einkauf des Fleisches seitens Berlins und beim Verkauf desselben seitens Schönebergs eine Verwechslung untergelaufen sei. Der Magistrat Berlins wird zunächst die weiteren Entschlüsse der Schöneberger Gemeindebehörden abwarten.

Die verhinderte Theateraufführung. Zu erregten Szenen kam es am Vortag vor dem Theater in der Königgräber Straße. Als sich dort abends die Theaterbesucher, etwa 800 Personen einfinden, um auf Einladung eines Sportvereins der Vorstellung der „Fünf Frankfurter“ beizuwohnen, fanden sie das Theater geschlossen. Vor der Tür hatte ein Polizeileutnant mit zwei Beamten Posto gefaßt und bedeutete den Zutrittsleuten, daß auf polizeiliche Anordnung die Vorstellung aufgehoben worden sei. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den enttäuschten Theaterbesuchern und den Beamten. Als Grund für die polizeilichen Maßnahmen wurde dem Vorsitzenden des veranstaltenden Vereins mitgeteilt, es sei polizeilich festgestellt worden, daß am Eingang des Theaters ein Mann sich an Passanten herandrängte und ihnen Billets für die Vorstellung am Vortag offerierte. Der Billetthändler wurde festgenommen und die Schließung des Theaters befohlen, da ein öffentlicher Verkauf stattgefunden habe. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, auf welchem Wege der Billetthändler die Billets erhalten hatte.

Eine überflüssige Vereinsgründung

beabsichtigt ein Herr Frisch, der heute abend zu einer Versammlung nach dem Elstern eingeladen hat, und in der der Herr die Mängel der Fleischverteilung und neue Leitfäden besprechen will. Die Versammlung soll beschließen:

- 1. die sofortige Einfuhr lebenden Viehes unter Vollermäßigung,
2. Ablösung der Quarantänestellen und Tragung der Kosten durch das Reich,
3. Aufhebung aller Futtermittelzölle und
4. weitere Ermäßigung der Eisenbahnfrachten auf lebendes Vieh und Futtermittel.

Geplant ist die Gründung eines Vereins, der vorstehende Grundzüge zur Durchführung bringen soll.

Die sozialdemokratische Partei hat schon längst viel weitergehende Forderungen, u. a. gänzliche Aufhebung der Zölle, gestellt und auch im Reichstage vertreten. Ein Verein, wie ihn der Einberufer oder das Komitee obiger Versammlung stellt, ist sehr überflüssig und zeigt nur, wie politisch unschuldig oder unklug die Macher dieser neuen Gründung sind.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich am Vortagmorgen an der Ecke der Kurfürsten- und Wenthiner Straße. Beim Ueberfahren des Fahrweges wurde dort der 40 Jahre alte Schneider Johannes Perlitius von einer Automobilmaschine erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen und wurde nach der Unfallstation in der Stögler Straße gebracht, wo der Arzt aber keine Hilfe mehr bringen konnte, da der Tod inzwischen schon eingetreten war. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Die Schädlichkeit der Rabattsparevereine

wird wieder in erneute Erinnerung zurückerufen aus Anlaß der jetzt endlich erfolgten Verhaftung der Leiter des verurteilten Rabattsparevereins Norden. Reide und Heise sind bereits verhaftet, während auf Stiebig, der sich aus dem Staube gemacht

hat, eifrig gefahndet wird. Es wird ihnen zur Last gelegt, annähernd 200 000 kleine Sparer um mehr als eine halbe Million Mark geschädigt zu haben. Ueber die Wirtschaft, die die Leiter des Rabattsparevereins geführt haben, wird auf Grund der gerichtlichen Untersuchung folgendes mitgeteilt:

Bei der Umwandlung in eine G. m. b. H. hatten die Gründer es von vornherein darauf abgesehen, unbeschränkte Gewalt zu bekommen. An dem Stammkapital von 20 000 Mark waren Max Stiebig mit 10 000 M., Reide und Heise mit je 2500 M. und mit ebensoviele zwei andere Gesellschafter beteiligt, die für die weitere Entwicklung nicht mehr in Betracht kommen. Stiebig ließ sich als Hauptgeschäftsführer, der seine gesamte Tätigkeit der Gesellschaft zu widmen hatte, jährlich eine Entschädigung von 5000 M., in Vierteljahrstraten im voraus zahlbar, bewilligen, die anderen bekamen je 750 M. Der Uebersehler über diese Entschädigungen hinaus sollte unter die Mitglieder des Rabattsparevereins „Norden“ verteilt werden. Beschlüsse der Gesellschafter wurden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Jede 100 M. eines Geschäftsanteils hatten eine Stimme. Die förmliche Berufung von Versammlungen der Gesellschafter waren nach dem Gesellschaftsvertrag in keinem Fall erforderlich. Alle Bekannmachungen erfolgten nur im „Deutschen Reichsanzeiger“, den ganz sicher nicht ein einziger Sparer liest. Stiebig allein hatte für sich 100 Stimmen, die anderen Gesellschafter zusammen nur ebensoviele. Er verfügte immer über die Mehrheit, wenn er nur einen einzigen der anderen Gesellschafter auf seiner Seite hatte, oder wenn er fehlte. Für den Fall des Todes oder Ausbleibens eines Gesellschafters war vorgesehen, daß die anderen seinen Geschäftsanteil übernahmen und die Gesellschaft fortsetzten. Nach diesen Bestimmungen konnten die Gesellschafter machen, was sie wollten. Schon am 2. April 1904 erhöhten sie die Entschädigungen für Stiebig auf 6000 M. und für die anderen vier Herren auf 1200 M., nach zwei Jahren für Stiebig auf 10 000 M. und für die anderen auf je 2000 M. Die Kündigung des Gesellschaftsvertrages war zunächst auf fünf Jahre abgeschlossen. 1906 wurde die Frist um 10 Jahre verlängert. 1910 übernahm Stiebig den Geschäftsanteil eines geforderten Gesellschafters. Jetzt hatte er unter allen Umständen die Mehrheit. Zu Liquidatoren der Gesellschaft wurden Stiebig und Reide ernannt. Nach Eintritt in die Liquidation beantragten einige Sparer das Konkursverfahren. Die Liquidatoren beinhalten sie zur Zurücknahme ihrer Anträge, indem sie ihre kleinen Forderungen befriedigten. Andere Gläubiger, die ihr Geld durch persönliche Vorstellungen zu retten suchten, wurden von Februar 1911 auf Pfingsten und dann wieder auf Weihnachten vertopft, aber niemand erhielt etwas. Im Februar 1912 stellten endlich 151 Sparer den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens. Sie wiesen darauf hin, daß die Gesellschaft eine jährliche Einnahme von 3 Millionen Mark und nach überschläglicher Berechnung einen Reingewinn von 250 000 M. gehabt habe. Hiernach hätte sie selbst nach Abzug der Gehälter jährlich etwa 200 000 M. unter die Sparer verteilen müssen, während sie in Wirklichkeit so gut wie gar nichts verteilt hat. Der Antrag scheiterte aber an den Stimmen, die in diesem einzig dastehenden Verfahren, besonders wegen der ungeheuren Zahl von Gläubigern und der erforderlichen Prüfung ihrer Ansprüche außerordentlich hoch werden mußten und von einem Konkursverwalter auf 80 000 M. geschätzt wurden. Es wären zu der Zeit nicht weniger als 180 000 Gläubigerbücher zu prüfen gewesen, die unfortiert 58 Zweizeitensieder füllten. So viele Bücher waren auf die Aufforderung der Gesellschafter eingekauft worden, viele Hunderttausende schickten noch. Die erforderliche Kostensumme aufzubringen, war ganz unmöglich, auch dann noch, als das Gericht sie zunächst auf 20 000 Mark herabsetzte. Dem stand zudem noch das Risiko gegenüber, daß für die Gläubiger schließlich gar nichts herausgekommen wäre. So unterließ denn das Konkursverfahren, und die Strafanzeigen waren erst erfolgreich, als in den Wüchtern Industrieunternehmungen aufsuchten, von denen die früheren Buchhalter nie etwas geahnt haben. Hierher gehören für über 133 000 M. Grubenanteile in Zlatoustow, ein Kalkumverfahrskonto mit 211 000 M., ein Kupferwerk in Korbeil (Ungarn), das nach der Behauptung der Liquidatoren 100 000 M. wert sein sollte. Daß die Gesellschaft an derartige Unternehmungen beteiligt war, davon hatten die Sparer keine Ahnung. Hätten die Gesellschafter mit diesen Unternehmungen Glück gehabt, so würden die Gewinne wohl auch nur in ihre eigene Tasche geflossen sein. Nach dem Mißerfolg jedoch und dem Zusammenbruch erschienen die Verluste plötzlich in den Büchern der Gesellschaft und zu Lasten der Sparer.

Diese Transaktionen beweisen mit aller Deutlichkeit, daß der Rabattspareverein Norden nur dazu diente, einigen wenigen Leuten die Taschen zu füllen auf Kosten der Sparer. Und wenn seitdem auch versucht worden ist, einige Rabattsparevereine auf eine andere Grundlage zu stellen, an dem Wesen dieser Rabattvereine wird nichts geändert. Es ist kein Zweifel, daß das Publikum bei dem Rabattumwesen betrogen wird. Die Ärmsten der Armen werden dabei am schlimmsten angebeutelt. Wer dem entgegen will, hat es heute in Berlin sehr leicht. Er braucht nur Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden. Er kauft dann im eigenen Geschäft. Wie in der Partei auf politischem, wie in den Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete, so müssen sich die Konsumenten im Konsumverein zusammenschließen, um gemeinschaftlich den Warenbezug zu organisieren. Je größer der Konsumverein, desto leistungsfähiger kann er für die Mitglieder sein. In jeder Verkaufsstelle werden neue Mitglieder aufgenommen.

Unterschlagung bei einer Bank. Bei der Revision des eigenen Depots der Diskontogesellschaft wurde gestern morgen entdeckt, daß circa 20 000 M. preussische Konfols fehlen. Verdächtig ist der Bankbeamte Heinrich Schürmann, geboren am 7. August 1883 in Oelde, Kreis Bedum. Bei seiner Entfernung aus der Bank war er mit einem grauen Rodenjackett bekleidet und trug eine blaue Mütze mit Fliegeremblem. Er wohnte Tempelhofer, Viktoriastraße 9; sein jetziger Aufenthalt ist unbekannt. Schürmann hat sich bei Jeannin als Flieger ausbilden lassen. Von einer Bank in Tempelhof hat er eine halbe Stunde nach der Revision 7000 M. abgehoben, angeblich, weil er diese Summe zum Ankauf eines Flugapparates brauchte. Schürmann ist 1,80 Meter groß, schlank, dunkelblond, hat hohe Stirn, englischen Schnurrbart, harte Augenbrauen, gebogene Nase; sein Gang ist „wacklig“. Auf die Ergreifung Schürmann ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden.

Wer ist der Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 15. November er wurde im Veltener Stichkanal an der Einmündung in die Havel (Großschiffahrtsweg) im Gemeindebezirk Hennigsdorf gelegen — eine unbekannt männliche Leiche gefunden. Die Leiche ist etwa 1,60 Meter groß, circa 50 Jahre alt, hat Glatze mit blondem übergekämmten Haar und blondem Schnurrbart. — Bekleidung: Schwarzer Gehrockanzug, dunkler Sommerbergzieher, ein buntes und ein schwarzes wollenes Chemisett, weißes Hemd und Unterhemd, schwarze Jagdstiefel. Folgende Gegenstände wurden bei der Leiche gefunden: 1. Eine Remontoiruhr mit Goldrand Nr. 8989 — Y 82 T. in Uhrtafel. 2. Ein Pincenez mit Ridel-einfassung, schwarzer Schnur. 3. Ein Taschmesser mit weißer Hornschale. 4. Drei weiße Taschentücher, gezeichnet H. L. und B. L. und ein rotes Taschentuch. 5. Geld im Betrage von 1,87 M. — Nachricht erbitte die Kriminalpolizei, Zimmer 849 III zu den Adressen 4577 IV 55. 12, auch nimmt jedes Polizeirevier event. Nachricht entgegen.

Zeugen gesucht. Am 11. Juli d. J., nachmittags zwischen 4 und 4 1/2 Uhr wurde am Petriplatz gegenüber der Grünstraße von einem Automobilbus der Linie 8 ein Arbeitsburche der städtischen Straßenreinigung überfahren und getötet. Zeugen des Vorfalls werden dringend gebeten, sich zu melden bei dem Vater Albert Jander, Berlin, Kurische Str. 1, Ecke Greifswalder Straße.

# Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

## Die Stichwahlen

für den 1., 3. und 6. Bezirk finden heute statt.

Was vorauszuwählen war, ist eingetroffen. Die bei der Hauptwahl feindlichen Reaktionen und Liberalen treten für einander ein. Der Bund der Selbstbestimmten, der bei der Hauptwahl Stimmhaltung beschlossen hatte, gibt jetzt die Parole für die bürgerlichen Kandidaten aus. Gefesselt ist der große Haufen unter den bürgerlichen Parteien, der zu einer niedrigen persönlichen Herabsetzung der gegenseitigen Kandidaten führte, indem man sich gegenseitig Unfähigkeit zur Ausübung eines Stadtverordnetenmandats vorwarf.

Jetzt ist man emsig bemüht, diesen unfähigen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Ein erstes Antwortwort in letzter Stunde.

Während die Demokraten offiziell an ihrer Parole, Stimmhaltung zu üben, festhalten, richten 12 bekanntere Anhänger unter obiger Ueberschrift in einem Flugblatt die Mahnung an die Wähler, für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

In dem Flugblatt heißt es:

„Mitbürger! Wir, die wir nicht der sozialdemokratischen Partei angehören und uns der Grundverschiedenheit unserer politischen Weltanschauung und der ihrigen sehr wohl bewusst sind, müssen gleichwohl anerkennen, daß es einzig und allein der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion zu danken ist, wenn das schon herkömmlich schlechte Wahlrecht durch die unerhörte Enttragung des Magistrats in die Wählerliste nicht noch weiter verschlechtert worden ist. Es steht ferner fest, daß jeder der wenigen Fortschritte in unserer Stadtverwaltung durchgesetzt wurde infolge der Mitwirkung und meist auf Veranlassung der sozialdemokratischen Stadtverordneten, vielfach dagegen wider den Willen der alibürgerlichen oder der kommunalfortschrittlichen Fraktionen, von denen die eine lediglich die Sonderinteressen einer kleinen Spekulantengruppe vertritt, die andere sich mißbedacht den Anschein eines gewissen Liberalismus gibt, es aber bezeichnenderweise nicht einmal mag, gegen das ungerechteste aller Rechte, das geradezu vorintuitivliche Hausbesitzerprivileg, Stellung zu nehmen. Diesen beiden Parteien, in deren Reihen heute noch die Wahlrechtsräuber von 1908 sitzen, kann ein freisinnlich und gerecht denkender Bürger nimmermehr Vertrauen schenken, sondern nur solchen Parteien, die eine sichere Garantie gewähren, daß sie Verschlechterungen des kommunalen Wahlrechts nicht zulassen werden.“

Im gegenwärtigen Stichwahlkampf kommt hierfür lediglich die Sozialdemokratie in Betracht, und wir sind der Ansicht, daß auch die Anhänger dieser Partei in einem aufgeklärten Gemeinwesen nicht Bürger milderer Rechte sein dürfen und sehr wohl geeignet sein können, eine Mehrheit zu bilden, die sie bei uns fähiglich selbstloser und gerechter gebrauchen werden, als die jetzige Stadtverordnetenmehrheit dies getan hat. Auch bürgen ja unsere preussischen Aufsichtsbehörden den Jagdhofen dafür, daß die sozialistischen Wäuer nicht in den Himmel wachsen! Der Versuch aber muß gemacht werden, dieser Partei Gelegenheit zu geben, ihre Befähigung für die Verwaltung einer Großstadt, wie der unsrigen, zu erweisen und zu zeigen, daß sie nicht nur einseitig Arbeiterinteressen vertritt, sondern daß sie auch Sachwalterin der Allgemeinheit sein will, eine Partei, die nicht unter allen Umständen negiert, sondern mitzuarbeiten gewillt ist, zum Wohle des Ganzen!

In diesem Sinne bitten wir Sie, getreu dem Vermächtnis Theodor Barth's: „nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Wahlrechtsräuber aus dem Stadtparlament verschwunden sein werden“, Ihre Stimme bei der Stichwahl am Freitag, den 22. November cr., den sozialdemokratischen Kandidaten zu geben.“

Es wird sich heute zeigen, inwieweit die Anhänger der Demokraten diesem Ruf nach Folge leisten werden. Zunächst entsteht für unsere Parteigenossen die Verpflichtung, alle Kräfte anzuspannen, um neue Erfolge für die Sozialdemokratie zu erringen. Auf jede Stimme kommt es an.

Die Stichwahlen finden in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt und zwar für den 1. Bezirk, Abstimmungsbezirk a, im Wahllokal Dohsenstausenkäse, Kottbusser Damm 78.

Schlepplokal: Böning, Kottbusser Damm 74.

Für den Abstimmungsbezirk b ist das Wahllokal Turnhalle, Weferstr. 12/13.

Schlepplokal: Schmidt, Pannierstr. 9a.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: Robert Dichte, Eigentümer, Wilhelm Fiechmann, Eigentümer.

Die Wahl für den 3. Bezirk, Abstimmungsbezirk a, findet in dem Wahllokal Deutsches Wirtshaus, Bergstr. 189/97, statt.

Schlepplokal: Schenk, Rosenstr. 24.

Für den Abstimmungsbezirk b findet die Wahl statt im Wahllokal Dolar Wolff, Kirchhoffstr. 41, Ecke Wipperfstr. 31.

Schlepplokal: Hoff, Kirchhoffstr. 40.

Der Kandidat der Sozialdemokratie ist der Eigentümer Karl Berger.

Für den 6. Bezirk, Abstimmungsbezirk a, findet die Wahl statt im Wahllokal Turnhalle des Realgymnasiums Kaiser-Friedrich-Strasse 209/10.

Schlepplokal: Werner, Eibe- und Kaiser-Friedrich-Strassen-Ecke.

Für den Abstimmungsbezirk b findet die Wahl statt im Wahllokal Neue Welt, Hakenheide 108-114.

Schlepplokal: Jechendt, Hakenheide 9.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: Hermann Wille, Fabrikant, Otto Kirstein, Eigentümer.

Die Genossen, welche Wahlhilfe leisten wollen, finden sich in den Schlepplokalen ein. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Gommeyer, Kaiser-Friedrich-Str. 232/33.

Der Polizeipräsident von Neukölln hat die Stadt durch polizeiliche Verfügung aufgegeben, den Bürgerkrieg vor einem Kirchhofgrundstück von Schnee und Eis zu befreien und mit abstrumpfendem Material zu streuen. Die Stadt erklärte sich nicht für verpflichtet, die Aufträge zu erfüllen. Eine solche Verpflichtung der Bürgerkriegsreinigung von Schnee und Eis fällt der Stadt nicht zu. Die Stadt lagte deshalb auf Aufhebung der Verfügung. Der Bezirksausschuss erkannte zum Gunsten der Stadt und das Oberverwaltungsgericht entschied jetzt ebenfalls, daß die Stadt verpflichtet sei, der polizeilichen Verfügung nachzukommen. — Aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist in prinzipieller Hinsicht von Wichtigkeit, daß jetzt auch das Oberverwaltungsgericht, gleich dem Strafgericht des Kammergerichts, sich in Gegenwart zu einem Urteil des Reichsgerichts gestellt hat. Das Reichsgericht nimmt an, daß Polizeiverordnungen auf Grund des § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes den Grundbesitzern die Pflicht zur Befreiung des Bürgerkriegs von Schnee und Eis selbständig auferlegen könne, ohne Rücksicht auf eine Obervorgang beziehungsweise ein Ortsstatut zu Lasten der Grundbesitzer. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt ausgesprochen, daß ohne das Vor-

liegen einer Obervorgang zu Lasten der Grundbesitzer für diese lediglich durch eine Polizeiverordnung die Verpflichtung zur Befreiung der Bürgerkriegs von Schnee und Eis nicht begründet werden könne. Auch der erste Instanz des Kammergerichts steht auf diesem Standpunkt.

## Lichtenberg.

Bei der Wahl der ersten Abteilung am Donnerstag blieben von 96 eingeschriebenen Wählern 58 ihr Wahlrecht aus. Bemerkenswert sind die Verhältnisse in Lichtenberg außerordentlich charakteristisch ist die Tatsache, daß die Vorwählergruppe sich nicht mit der bisherigen direkten Vertretung der Wahl begnügte. Diesmal hat man außer dem Direktor Hönig auch noch einem anderen Bankvertreter, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats — Herrn Puls — ein Mandat gegeben. Auch der bei der Wahl in der zweiten Abteilung überford gefallene Dr. Volkoff hat ein Mandat von den Erstklassigen erhalten.

Über den Ausfall der Wahl in der zweiten Abteilung ergibt sich das „L. Z.“ in lamentationen. Es entbehrt nicht des pilantzen Reizes, aus dem Blatte zu entnehmen, daß viele Wähler bürgerlicher Couleur aus Angst vor den bürgerlichen Freunden nicht gewählt hätten. Auf das Wahlrecht verzichteten sie aus Sorge, es entweder mit dem Grundbesitzerverein oder mit den Mittelständlern zu verderben. Die letzteren müssen den Vortwurf einstecken, „dem eingeschüchternen Spießbürger die schlotternde Furcht in die Weisheit verkehrt“ zu haben. Ob die Herren Ägte und Genossen das ruhig einstecken werden? Wir registrieren die Vorwürfe zum gelegentlichen Gebrauche, wenn die Herren wieder mal Terrorismandate gegen die Sozialdemokratie erfinden.

Nach Spitzbubenakt macht das „L. Z.“ die Mittelständler für den Verlust eines Mandats im 6. Bezirk verantwortlich. Der Kompromißkandidat Hohlhand erhielt 171 Stimmen, der reime Mittelstandskandidat nur 110 und der echte Grundbesitzer 59 Stimmen, womit er gegen 134 sozialdemokratische Stimmen durchgecrücht war. Logischerweise können die Mittelständler den Vorwählergruppen den Vortwurf machen, den Sieg der Sozialdemokratie verschuldet zu haben, weil sie nicht den Mittelstandskandidaten gewählt. Höhnend reklamiert das genannte Blatt die Kompromißkandidaten für die Vorwählergruppe. Das kommt davon, wenn man sich mit solch unsicheren Antonten abgibt, die des Vertrauens zweier Parteien würdig besunden werden.

## Stralau.

Heute nachmittag von 5-8 Uhr findet eine Ersta Wahl für die dritte Klasse statt. Da nach den alten Listen gewählt wird, werden die im April und Oktober verzogenen zahlreichen Wähler erlucht, am Orte ihr Wahlrecht auszuüben. Das Wahllokal ist bei Steinicke, Alt-Stralau 5.

## Röpenitz.

Aus Liebeshummer in den Tod. In der Grünstr. 19/20 verübte am Samstagmittag der 19 Jahre alte Buchhalter Bernhard Köhler Selbstmord, indem er sich durch einen Revolverbeschuß tötete. Der junge Mann unterhielt mit einem jungen Mädchen, das in demselben Hause bedientet war, ein Liebesverhältnis, von dem die Eltern des Mannes aber nichts wissen wollten. Als das Mädchen von dem Selbstmord des Bräutigams hörte, erlitt es einen so schweren Nervenschock, daß es nach dem Krankenhause gebracht werden mußte.

## Ober-Schöne-weide.

Die Fleischermeister und der Fleischverkauf der Gemeinde war das Thema einer öffentlichen Versammlung, welche am Dienstag im „Wilhelmshof“ tagte. Der Andrang zu der Versammlung war so stark, daß sämtliche Tische aus dem Saale entfernt werden mußten. Der Referent Bergmann vom Zentralverband der Fleischer zeigte in treffenden Worten, wie überall so auch hier die Schlächtereinnahmen bewiesen hätten, welche rücksichtsloses Gebilde sie darstellen; ihr Vorgehen bei dem ihnen übertragenen Fleischverkauf verdiene die allerhäufigste Beurteilung, die Meister wären nur bestrebt, aus der allgemeinen Notlage des Volkes Gewinn zu ziehen. Den Kommunen wäre dringend zu empfehlen, sich an die Fleischergelehenorganisation zu wenden, dort ständen reichlich tüchtige Kräfte zur Verfügung. In der folgenden Diskussion bekamen die Fleischermeister gerade keine Schmeicheleien zu hören; von allen Rednern, auch Frauen, wurden die Angehörigkeiten der Meister verurteilt und die Maßnahmen der Gemeinde als unzureichend dargestellt. Eine Resolution, welche die Einwohner ermahnt, den Schlächtern gegenüber die gebotene Konsequenz zu üben, und die von der Gemeindevertretung die Schaffung weiterer Verkaufsstellen mit längerer Verkaufszeit fordert, fand Annahme.

## Treptow-Baumshuleneweg - Nieder-Schöne-weide.

Der „Männerchor Oberpre“ (M. d. K. S. V.) veranstaltete am 24. November (Totensonntag), abends 8 Uhr, im Stabliement „Trepogarten“, Treptow, sein diesjähriges Herbstkonzert. Mitwirkende: Margarete Blume (Sturfsängerin), Max Lohsche (Violone), Berliner Tonkünstler-Orchester (Fritz Blume). — Programm und Liedertexte 50 Pf. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

## Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. An der Uferpromenade, in der Nähe der Amalienstraße, soll der dort befindliche Pavillon in ein Milch- und Brauhaus umgebaut werden; die Kosten im Betrag von 3000 M. werden bewilligt; ebenso soll in der Nähe eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen errichtet werden, auch hierfür werden 3000 M. bewilligt. Die Einstellung von weiteren fünf Kühen in Viehholz gab dem Genossen Frey Anlaß, auf den verfallenen Milchvertrag einzugehen. Die Redner mittleile, hat der diesige Milchvertrieb sich so gehoben, daß die Gemeinde gezwungen ist, teure Milch anzulassen, während die Viehholzer Milch zu einem billigeren Preise an die Milchzentrale verpackt ist. Dem Vorgesetzten schien die Aufstellung der Milchdebatte nicht recht zu sein, denn er wendete sich ganz entschieden gegen Genossen Frey und betonte, diese Frage gehöre nicht hierher. In der geheimen Sitzung wurden von der Vorgesetzten die Besetzung der Stelle eines besoldeten Schöpfen an Stelle des seines Amtes entlassenen Dr. Pape. Auf die ständige Ausschreibung haben sich 7 Bürgermeister, 5 Stadträte, 17 Magistratsassessoren, 4 Rechtsanwältler, 45 Gerichtsassessoren und einige Referendare gemeldet. Der neue Schöpfen soll den Titel Gemeindegewinn erhalten. Das ganze Material wurde der Finanzkommission zur Erlebigung übertragen. Die Schöpfenwahl, bei der zugleich auch zwei unbesoldete Schöpfen zu wählen sind, soll am 3. Dezember stattfinden.

Vor circa 1500 Personen referierte am Dienstag im Schloß Weißensee Genosse Freisfeld über das Thema „Wir und der Balkankrieg“. Redner erledigte seine Aufgabe in überaus glänzender Weise. Die Versammlung spendete reichen Beifall.

In Kindesäußerungen legen wir Ihnen bitten wir, sich an die Genossin Luise Sälze, Ranghandstr. 186 III, zu wenden.

## Neuenhagen (Ostbahn).

Da zur Linderung der Fleischnot die von unseren Genossen beantragten Maßnahmen von der Gemeindevertretung abgelehnt und andere bisher noch nicht ergriffen sind, stellen unsere Vertreter in der letzten Sitzung den Antrag: 1. Die Unterstützungs- und Pflegegelder der Ortsarmen vom 1. November bis 31. März um 20 Proz. zu erhöhen, denselben eine Extraweihnachtsgratifikation zu gewähren und 2.: Der Elektrizitätskommission die Erhöhung des Stundenlohnes der Werkarbeiter um 2 Pf. anzubringen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Die Vertretung nahm sodann Kenntnis von der Rechnungslegung für das Jahr 1911. Die ordentliche Einnahme (Uebertrag vom Vorjahr, Erträge aus dem Grundbesitz, Steuern und Gebühren, veräußerte Pflastergelder) betrug 77 529,78 M. Die außerordentliche Einnahme

(Pflastergelder von Anliegern, Anschließungsgebühren, Beiträge zum Fonds für Gemeindezwecke, Abfindung vom Kreis für Uebernahme der Eisenallee und Neuenhagener Allee) 324 171,65 M.; hierzu gehört auch die Einnahme des Elektrizitätswerks in Höhe von 44 010,02 M. Die ordentliche Ausgabe (Besoldungen und Dienstbezüge, sachliche Ausgaben, Armen-, Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, Wegebau, Versicherungs- und Feuerlöschwesen, Schule und Kirche, Kreissteuer) betrug 76 021,31 M. Die außerordentliche (Pflasterung der Schmidtstraße, der Eisenallee und Bürgersteig im Dorf, Uebernahme der Eisenallee, Zuführung an Fonds) 307 882,81 M., dazu die Ausgabe des Elektrizitätswerks 44 010,12 M. Die Gesamteinnahme betrug 437 790,02 M., die Ausgabe 427 414,24 M. Der Uebertrag wird der nächstjährigen Rechnung vorgezogen. Die Erteilung des Zuschlages zur Pflasterung der Bahnhofsstraße wurde ausgesetzt. — Genosse Reinhardt erhob Beschwerde gegen den Architekten resp. dessen Beauftragten als Aufsichtsführender beim Schulneubau. Es wurde betont, daß durch das übermäßige Halten die Solidität der Arbeit leidet und daß die Entlastung und Anstellung von Arbeitskräften Sache des Bauvermeisters sei. In geheimer Sitzung wurde über Erwerb von Straßenland verhandelt und das Gehalt der Sekretärstelle auf 2400 M., von drei Jahren um 200 M. steigend bis zum Höchstgehalt von 3000 M. festgesetzt.

## Tegel.

Der Gesangsverein „Immergrün“ Tegel, M. d. K. S. V., veranstaltet am Totensonntag in Trapp's Festsaal, Bahnhofstraße 1, ein Konzert unter Mitwirkung von Frau Maria Seipelt (Soprano), Herrn Armin Liebermann (Violoncello), am Klavier Herr Andre Torgiano. Karten a 60 Pf. sind vorher bei den Mitgliedern zu haben. Anfang 7 1/2 Uhr. Um rege Unterstützung der seitens Arbeiterchaft wird gebeten.

## Rosenthal.

Eine öffentliche Ausstellung von Jugendschriften und Wandschmuck veranstaltet der Wahlverein im Lokale von G. Milbrodt, Kronprinzenstraße 15, am Sonntag, den 24. November, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Um 3 Uhr hält Genosse Walter Zimmermann, Karlshorst einen Vortrag über: „Jugendschriften und Wandschmuck im proletarischen Heim“.

Der Seefischermarkt der Gemeinde, der bis jetzt immer bei der Bevölkerung gute Aufnahme fand, hatte in dieser Woche nicht diesen Zuspruch zu verzeichnen. Es lag dies daran, daß ein hiesiger Geschäftsmann die Bevölkerung irreführte, indem er tags vorher Palaas, die genau im Ansehen und Takt denen der Gemeinde gleichen, an denselben Stellen veröffentliche. Auch waren die Preise so niedrig gesetzt, daß kein Verdienst für ihn übrig blieb; billiger wie die Gemeinde konnte er jedoch auch nicht liefern. Durch diese Irreführung hatte der von der Gemeinde veranstaltete Verkauf keinen großen Zuspruch. Das Publikum merkte nichts von diesen Manipulationen und war der Meinung, daß dem betreffenden Geschäftsmann der Verkauf übertragen war. Im Interesse des Publikums wird darauf hingewiesen, daß der Verkauf immer noch beim Gemeindevorsteher Genossen Milbrodt, Kronprinzenstraße 15, stattfindet.

## Vernau.

In der Stadtverordnetenversammlung widmete der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Volk dem verstorbenen Vorsteher A. Bernick ehrende Worte der Anerkennung. Alsdann wurde der neu gewählte Ratsherr König in sein Amt eingeführt. Die Magistratsvorlage betreffend die Abänderung der Lehrerbefolgsordnung für die Lehrer und Lehrerinnen der städtischen Volksschule wurde von der Versammlung angenommen. Die Neuwahl der Rechnungsprüfungs- und Statiskommission wurde auf Antrag Schmechel bis zum Januar 1913 vertagt. In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Bezirksfeldwebel Franz Stenholz aus Dersau als Magistratsvorsteher gewählt. Alsdann gab die Versammlung der Magistratsvorlage betreffend die Anstellung des Maschinenmeisters Seidel, welcher am hiesigen Wasservort beschäftigt ist, ihre Zustimmung.

## Sergelshe.

Die Gemeindevertretung im benachbarten Lichtenow wählte in ihrer letzten Sitzung zum Gemeindevorsteher den Rentier A. Hinge und zum Gemeindefeldwebel den Lehngutsbesitzer O. Wreded.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ III. Joden das 8. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: An der Seite der Hierarchie. Von J. Reesfeld. — Marxistische Theorie und revolutionäre Taktik. Von Anton Cammel. — Die „Dachaukultus“ und die Organisationskämpfe im Orient. Von Wladimir Warandian. — Die Petrovskindustrie in Oesterreich. Von Hermann Diamant (Reinberg). — Der Schweizer Parteitag in Neuchâtel. Von Robert Grimm. — Literarische Rundschau: Prof. Dr. Franz Culenburg. Die Preissteigerung des letzten Jahres. Von Sp. Dr. Johannes Kinkel. Die sozialökonomischen Grundlagen der Staats- und Wissenschaftslehren von Aristoteles. Von K. K. — Richter: Selbstberichtigung. Von A. Bebel.

Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 15: Die französische Sprache vor und nach der Revolution. Untersuchungen über die Wurzeln der modernen Bourgeoisie. Von Paul Lafargue. Uebersetzt von Karl Kautsk jun.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportiere zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 24. November: Nach dem Golener Bergen, Schmöderich, Golener Berge, Golener Mägdelein, Friedrichshagen. Für Nachzügler im Lokal „Vandenhof“, Eißwaldstraße 14, in Gosen. Treffpunkt Bahnhof Eißwald-Erdmühl 6 1/2 Uhr.

Arbeiter-Ordnungsverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 24. November: Wanderung von Birkenwerder nach Hüllhaus Glesend, Summit, Dreifalt, Birkenwerder. Abfahrt nach Birkenwerder vom Stralauer Bahnhof früh 6,57.

Arbeiter-Wanderverein „Die Naturfreunde“, Wanderschaft am Sonntag, den 24. November: I. Grünberg — Schreien — Schwante. Abf. Stett. Fernbf. 7,42 Uhr vorm. II. Potsdam — Coarund — Neudabsberg. Abf. Stett. Friedrichstraße 6,47 Uhr vorm. III. Blumberg — Neuenau — Westphal. Abf. Stett. Eißwald (Weizener Bf.) 6,41 Uhr vorm. IV. Arnshau — Birkenwerder. Abf. Stett. Vorschütz 7,03 Uhr vorm. V. Hülseheide-Dt — Teltow — Jekendorf. Treffpunkt 2 Uhr nachm. Abf. Hülseheide-Dt (Endstation der Stralauerbahn Nr. 99).

Deutscher Arbeiter-Abteilungsverband. Ortsgruppe Berlin. Bezirksversammlungen heute, am 22. November: Norden. Dantsger Str. 93. 8 1/2 Uhr. Vortrag: Unser Programm. Süden und Neutölln. West. Spalshaus, Dresdener Str. 19 L. 8 1/2 Uhr. Vortrag: Die sozialökonomischen Grundlagen der Staats- und Wissenschaftslehren von Aristoteles. Diskussion. Gäste willkommen.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau

Wasserstand	am 20. 11.		Wasserstand	am 20. 11.	
	cm	cm		cm	cm
Wemel, Tist	310	-20	Saatz, Grodsh	181	-8
Wegel, Unterburg	10	-10	Dabel, Spandau	56	-8
Wegeln, Thorn	264	+28	Dabel, Rathenow	63	0
Obere, Rathor	210	-14	Spre, Spreemburg	56	+2
• Krollen	263	+10	• Westow	96	+2
• Hvanstorf	294	+9	Weser, Rindem	292	-8
Bartze, Sarum	108	+4	• Rindem	402	-11
• Landsberg	53	+4	• Rhein, Margilliansbau	—	—
Reg, Barman	29	-4	• Rind	228	-16
Eibe, Leitmeritz	75	-9	• Rind	306	-21
• Dresden	47	-1	Redar, Dellbronn	102	-3
• Barby	598	-20	Rain, Danna	241	-18
• Magdeburg	254	-25	Wosel, Trier	114	+1

+) bedeutet Hoch, —) Niedrig.